Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 20. Mai 2006 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Koalition der Beliebigkeiten

Merkel, Müntefering & Co. machen Politik ohne Überzeugungen

Von Klaus Hornung

Der politische Betrieb gewährt einer neuen Regierung eine Schonfrist von 100 Tagen als Gelegenheit zur Einarbeitung, ja selbst für verzeihliche Anfangsfehler. Für die schwarz-rote Große Koalition und Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde diese Frist sogar auf 200 Tage verdoppelt. Die Kanzlerin hat sie vor allem auf dem Gebiet der prestigeträchtigen Außenpolitik genutzt, wo sie das deutsch-amerikanische Verhältnis wieder ins Lot brachte und im Verhältnis zu Putins Rußland die Kontinuität der deutschen Interessen, vor allem in der Energiepolitik, deutlich zu machen verstand. Wie ihr Lehrmeister Kohl opferte sie jedoch deutsche Interessen in vorauseilender Euphorie auf dem Altar Europa, wo auch für sie einige hundert Millionen Euro mehr für die Gemeinschaftskasse keine Rolle spielten und auch sie das Rundum-Lob der „Großen Europäerin“ einheimsen und genießen kann.

Darob blieben freilich die harten Brocken der Innenpolitik – Massenarbeitslosigkeit, Staatsschuldenberg, Demographie, um nur sie zu nennen – erneut ein halbes Jahr liegen. Erst jetzt, sieben Monate nach der Regierungsbildung, werden diese Brocken angefaßt. Die allzu gekünstelte Harmonie von Koalition und Regierung zeigt Risse, die SPD zeigt nicht zuletzt über ihren Rückstand in der Wählergunst verständliche Nervosität. Eines ist schon jetzt deutlich: Dies wird keine Neuauflage der Großen Koalition von 1966, die bedeutende Persönlichkeiten aufwies, man denke an Willy Brandt, Franz Josef Strauß und Karl Schiller, die alle von dem patriotischen Willen bestimmt wurden, über die Parteiinteressen hinaus dem Gemeinwesen durch die Lösung seiner akuten Probleme zu dienen. Heute stehen sich die Koalitionspartner trotz aller ostentativen Harmonie einander eher lauernd gegenüber. Insbesondere aber überwiegen heute in allen Parteien die reinen Berufspolitiker und Parteisoldaten, die nach dem Wort Max Webers weniger *für* die Politik und das Gemeinwesen leben als *von* der Politik, die über Seilschaften und in Kungelrunden auf ihre Posten kamen und ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Rang vor allem der Partei und ihrem Apparat verdanken, für die nicht Überzeugungen, sondern der bloße Tageserfolg zählt. Die derzeitigen Generalsekretäre der beiden sogenannten Volksparteien verkörpern geradezu Prototypen dieser tiefgreifenden Veränderungen im Personal unserer politischen Klasse seit 30 Jahren. Man wird diese parteistrukturellen Veränderungen fest im Auge behalten müssen bei der Beurteilung gerade auch der Regierung Merkel-Müntefering.

Foto: keystone

In ungetrübter Feierlaune: Kurt Beck (r.) freut sich über seine Wahl zum SPD-Parteivorsitzenden.

Nun beginnt jedoch die Stimmung zu schwanken, wenn nicht umzuschlagen. Die „großen“ Medien formulieren Einsichten und Urteile, die noch vor wenigen Wochen undenkbar waren, es sei denn in konservativ-„rechten“ Organen wie der *PAZ*. Die „Welt“, das Springer-Flaggschiff, dessen Urteilsschärfe freilich nicht selten schwankt, veröffentlichte auf der hervorgehobenen dritten Seite einen großaufgemachten Beitrag von Ansgar Graw („CDU – Außer Form“), der mit ungewohnter Deutlichkeit darauf hinweist, daß die Union „in den großkoalitionären Harmonieübungen sich selbst abhanden kommt“, sie ihre Reformpositionen aus dem Wahlkampf inzwischen „reihenweise geräumt“ hat und auch in der Bundestagsfraktion der Unmut darüber heftig wachse.

> Vor lauter Harmonie kommt die Union sich selber abhanden

Es sind nicht nur die Ankündigungen der „Steueränderungsgesetze“ mit ihren Einschnitten wie der Kürzung der Pendlerpauschale und anderer Steuersubventionen, die diesen Unmut hervorrufen. Es ist vor allem die Preisgabe von Grundpositionen der Union etwa beim sogenannten „Antidiskriminierungsgesetz“, das die Unionsunterhändler wie die rheinische Frohnatur Wolfgang Bosbach weitgehend schluckten, zum Teil in seltsamen „Kompromissen“ gegen die künftige faktische Mehrwertsteuerbefreiung für die Landwirtschaft. Solcher Glaubwürdigkeitsverlust in der Politik hat nun auch in der Unionsfraktion des Bundestages Aufbegehren ausgelöst und den Vorwurf, der bisher nur bei der konservativen Rechten erhoben wurde, die Union betreibe eine „Politik ohne Überzeugungen“ und verliere bei Mitgliedern und Wählern einmal mehr ihre Glaubwürdigkeit.

Ebenfalls in der zweiten Mai-Woche beendete auch der „Spiegel“ die Schonfrist gegenüber Regierung und Kanzlerin und meldete Zweifel an, ob sie eine Kraft der Reform und des Aufbruchs werde. „Statt die Probleme des Landes mutig anzugehen, einigen sich die Regierungsparteien stets auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie verteilen Geld, das sie nicht haben, und beschließen neue Belastungen. Die Kanzlerin beschränkt sich aufs Modernisieren.“ In derselben Nummer veröffentlicht der „Spiegel“ ein Inter-

Fortsetzung auf Seite 2

Hans-Jürgen Mahlitz:

Volksparteien ohne Volk

Wir sind das Volk – mit diesem Ruf erzwangen mutige Menschen in der DDR vor nunmehr 17 Jahren das Ende der zweiten deutschen Diktatur. Wir sind das Volk – das hätte, über die endlich aufgerissenen Grenzen des kommunistischen Unrechtsstaates hinaus, zugleich das Signal für einen demokratischen Neubeginn sein können: ein nach Jahrzehnten der erzwungenen Teilung endlich wieder vereinigtes Volk, das seine Geschicke selbst in die Hand nimmt, das nicht mehr von außen gesteuert wird, das gefragt wird, wo es langgehen soll mit diesem unserem Land.

Daraus ist dann leider nichts geworden. Statt „Alle Macht dem Volke“ hieß die Devise „Alle Macht den Volksparteien“. Die Parteien machten sich diesen Staat zur Beute, degradierten das Volk zum Stimmvieh, das allenfalls noch alle paar Jahre darüber befinden durfte, welche Parteifunktionäre auf welchen – so oder so gut gepolsterten – Bänken Platz nehmen durften. Und nicht einmal das funktionierte immer wie gewünscht; wie oft mußten wir es erleben, daß nach der Wahl die Verlierer munter weiterregierten und die Sieger „in die Röhre guckten“. Der vielbeschworene „Wählerwille“ – eher Wunschdenken unverbesserlicher Demokraten denn Realität.

Die „Volkspartei“ CDU unter ihrem Langzeitvorsitzenden Kohl war sogar noch einen Schritt weitergegangen. Sie gewöhnte das Volk daran, daß es in entscheidenden Zukunfts- und Schicksalsfragen vorsichtshalber gar nicht erst gefragt wurde. Typisches Beispiel: die von oben verordnete Erweiterung und Vertiefung der EU und die Einführung des Euro. Sollte es der „Größte Europäer aller Zeiten“ etwa riskieren, in den Geschichtsbüchern doch nicht ganz so groß vorzukommen, nur weil sein Volk unerwünschte Antworten gab?

Nun werden wir seit gut einem halben Jahr – angeblich dem Wählerwillen, also Volkes Votum folgend – von einer Großen Koalition regiert. Zwei Parteien, Union und SPD, die sich selbst als Volksparteien verstehen, können sich auf eine breite parlamentarische Mehrheit stützen. Aber auch auf breite Unterstützung und Zustimmung des Volkes?

Anfangs sah es so aus. In Umfragen begrüßten die Menschen mehrheitlich eine große Koalition, wohl auch, weil sie das Feilschen um Posten und Positionen leid waren und schneller als die Politiker erkannt hatten, daß dieses verkorkste Wahlergebnis nichts anderes zuließ.

Viele hatten wohl auch die Hoffnung, eine große Koalition habe tatsächlich die Kraft, die Weichen wieder richtig zu stellen, die Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zu korrigieren, Reformen einzuleiten, die diesen Namen wirklich verdienen. Mancher hat sich vielleicht auch blenden lassen von den Pluspunkten, die Kanzlerin Merkel auf internationalem Parkett verbuchen konnte (obwohl: Was hätte sie nach sieben Jahren Schröder und Fischer außenpolitisch schon falsch machen sollen?).

In dieser Zeitung war schon vor sechs Wochen die Schlagzeile „Reformhaus Deutschland – alles wird teurer“ zu lesen. Damals standen wir mit unserer Skepsis noch ziemlich allein. Inzwischen scheint die öffentliche Stimmung uns eingeholt zu haben (Lesen Sie dazu auch den Beitrag von Prof. Klaus Hornung auf dieser Seite). Das heißt, eigentlich ist es nicht die öffentliche, sondern die veröffentlichte Stimmung, die in den letzten Tagen umkippte.

Denn das Volk, also die „Öffentlichkeit“, hat schon früher gemerkt, wie weit die großkoalierenden „Volksparteien“ sich von ihm entfernt haben. Daß sie Deutschland nicht reformieren, nicht besser machen, sondern nur teurer. Daß ihnen das eigene Profil wichtiger ist als die Zukunft des Volkes: hier die sich zunehmend sozialdemokratisierende CDU, mit einer merkwürdig schweigsamen CSU an der Seite, da die SPD mit wieder mal einem neuen Vorsitzenden Beck, der noch seinen Weg zwischen Müntes altsozialistischen Heuschreckenängsten und Steinbrücks reformerischen Denkansätzen sucht.

Volksparteien? Eher Parteien ohne Volk – die wahre Volkspartei wird, wenn es so weitergeht, die der Nichtwähler sein.

... und die Kollaboration geht weiter

Neue Pläne zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entmachten die Birthler-Behörde und kommen der Unterschlagung von Beweismaterial gleich

Von Ulrich Schacht

Wären die Zeiten normal, dann hätte die Idee, im 16. Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands nach institutioneller Zukunft und programmatischer Ausrichtung der Bundesbehörde für die Stasiunterlagen in Berlin zu fragen, durchaus seine Berechtigung; aber die Zeiten sind nicht normal. Und so können die versammelten Vorschläge einer noch von der rot-grünen Bundesregierung eingerichteten „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘“, das heißt zur Abwicklung der einstigen Gauck- und jetzigen Birthler-Behörde, nach ihrem Vorsitzenden auch „Sabrow-Kommission“ genannt, nur alle Alarmglocken auf einmal schrillen lassen. Denn in und mit dem 21seitigen Dokument zeigt sich, daß die jahrelange, in letzter Zeit jedoch immer dreister geführte Kampagne zur Relativierung der verbrecherischen Diktatur der kriminellen Organisation SED durch ihre Nachfolgeorganisation PDS Wirkung bis tief in das Parteien- und Geschichtswissenschafts-Establishment der Berliner Republik gezeitigt hat.

Aber auch der Umstand, daß das Kommissionsergebnis – mitsamt dem abweichenden Votum der DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier – nun in die Kompetenz eines CDU-Ministers, des Staatsministers für Kultur Bernd Neumann, fällt, kann ganz und gar nicht beruhigen, angesichts der Geschwindigkeit, mit der seine Partei unter Bundeskanzlerin Angela Merkel freiheitlich orientierte Positionen im Wahlkampf der Koalitionsräson opfert.

Die Sabrow-Kommission war 2005 von Kulturstaatsministerin Weiß eingerichtet worden. Ihr Staatssekretär Nevermann (SPD), ein unvermischtes 68er-Produkt, trotz des betont bürgerlich-hanseatischen Habitus, sorgte schon im Ansatz dafür, daß der von ihm und verwandten Relativierungsgeistern aus der alten Entspannungs-SPD intendierte „Paradigmenwechsel“ bei der „wissenschaftlichen und musealen Auseinandersetzung mit dem SED-Regime“, wie die „FAZ“ schreibt, durch Ansiedlung der Kommission beim „linksorientierten Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam“ garantiert wurde. Sabrow selber hat sich als revisionistischer Charakter bekannt, da er für die DDR-Aufarbeitung den „vorwiegend entlarvenden Gestus, der besonders in den 50er und dann wieder in den frühen 90er Jahren vorherrschend war“, ablehne. Auch zieht Sabrow, ebenfalls laut „FAZ“, „seit Jahren gegen die Kennzeichnung der DDR als totalitäre Diktatur zu Felde“ und ließ sich soeben vom Berliner PDS-Kultursenator Flierl für das Projekt eines „Museums des Kalten Krieges“ requirieren, das dem bei der neostalinistischen deutschen Linken wegen seiner ungebrochen antitotalitären Grundausrichtung so verhaßten „Haus am Checkpoint Charlie“ zukünftig Erinnerungs-Paroli bieten soll.

Um so wichtiger ist der weiterhin freie Zugang zu den Akten des MfS, vor allem aber ihre starke Präsenz im Rahmen einer unübersehbaren Behörde, der auch symbolpolitisch Gewicht zukommt und so zu einer hohen Bewußtseinspräsenz des Materials und seiner politischen Voraussetzungen wie Ziele beiträgt.

Das Verschwinden des Materials der Behörde im Bundesarchiv, wie mittelfristig von der Kommission vorgeschlagen, nebst anderen Aufarbeitungsinstituten, darunter eine Art „Verniedlichungs“-Museum zur Präsentation von „DDR-Alltags-Kultur“, wäre in der Konsequenz für das öffentliche Bewußtsein gleichbedeutend mit der Unterschlagung von Beweismaterial. Darum geht es der PDS und ihren intellektuellen und politischen Kollaborateuren aus der westdeutschen Entspannungs-Tradition. Denn eine weichgezeichnete DDR-Geschichte läßt nicht nur die SED-Erben besser aussehen, auch die geistig-moralischen Verratshandlungen westdeutscher Politiker, Wissenschaftler, Theologen und Journalisten vor dem Mauerfall würden dadurch verblassen, und übrig bliebe das beide Interessenten verbindende „Antifaschistentum“, das die politischen Diskurse der Bundesrepublik von Tag zu Tag mehr mit dem Leichengift Stalins infiziert.

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Aus dem Tritt geraten

Schuluniformdebatte ist Symbol dafür, daß die Politik sich hinter Äußerlichkeiten versteckt

Von Hans Heckel

Aus dem vereinzelten Experiment ist eine breite Bewegung geworden: Die Schuluniform erobert Schritt für Schritt die deutschen Klassenräume. Schon jetzt kündigen immer weitere Schulen und Klassen an, zum kommenden Schuljahr einheitliche Kleidung anzubieten, in Hamburg allein neun Lehranstalten.

Viele, denen der seit Jahrzehnten beklagte Zerfall der Gemeinschaft auf der Seele brennt, sehen die Entwicklung mit Wohlwollen. Die Gegner der Einheitskleidung, die die Individualität von Zehn- oder 14jährigen wegen der Uniformen in Gefahr sehen wollen, sind sichtbar in die Minderheit geraten. Gemeinschaftsgefühl fördern statt folgenlos über die fortschreitende Vereinzelung zu lamentieren – mit diesem Argument und dem freudigen Lächeln „uniformierter" Kinder, die sich stolz in der neuen Standartkluft ablichten lassen, haben die Uniformfreunde die Debatte offenbar für sich entschieden.

Man muß nur wenige Jahre zurückblättern, um ins Staunen zu geraten über die neue Entwicklung. Seichte Vorstöße, über Schuluniformen auch nur nachzudenken, wurden lange Zeit mit dem kompletten Repertoire pazifistischer oder „antifaschistischer" Demagogie ins Reich bräunlicher Finsternis verwiesen.

Heute plädiert selbst die SPD-Bundesministerin Brigitte Zypries für die einheitliche Schülertracht. Sind denn auf einmal alle ideologischen Scheuklappen abgefallen? Selbst die Gegner der Einheitskleidung verzichten auf polemische Tiraden und begnügen sich mit sachlichen Einwänden, und die gibt es durchaus: „Markenfetischismus" etwa läßt sich problemlos vom Herzeigen teurer Jacken auf das Präsentieren edler Uhren, Funktelefone, Schmuck oder Schuhe (letztere wollte bislang niemand vereinheitlichen) verlagern.

Vielleicht stecken aber auch weniger ideologische Läuterung und plötzliche Einsichtsfähigkeit hinter dem jähen Zusammenbruch der Front der strickten Uniformhasser als vielmehr ein ganz anderer, weitaus weniger vornehmer Beweggrund: Die Bildungspolitik hat – Pisa-bestätigt – jahrzehntelang grausam versagt. Ideologisch motivierte „Reformen" haben seit den 60er Jahren das einst weltweit bestaunte deutsche Bildungswesen verkrüppelt. Nachrichten wie die aus der Berliner Rütli-Schule lassen die Bildungspolitik im Verein mit Multikulti-Verirrung als einen einzigen Trümmerhaufen erscheinen. Die Schule als Spiegel des ganzen Landes: Aus dem Tritt geraten.

Doch die Bildungspolitiker streiten munter weiter. Dabei wandeln gerade Verfechter der Einheits- und Ganztagsschulen offenbar noch immer auf den ideologischen Pfaden, die einst schnurstracks in die derzeitige Misere geführt haben. Die 16 Kultusminister mit dem Verwaltungsmonstrum der „Kultusministerkonferenz" im Rücken kommen höchstens punktuell voran.

Wer in den großen Sachfragen aber nicht recht punkten kann, der verlagert sich gern auf äußerst symbolträchtige, in der Substanz aber kaum bahnbrechende Maßnahmen. Das nennt man „Symbolpolitik". Die Schröder-Ära war voll solcher Auftritte.

Die Uniformdebatte ist eine hervorragende Gelegenheit für Politiker, ideologische Unbefangenheit und Beweglichkeit mit der Bereitschaft zu „unkonventionellen Maßnahmen" zu markieren, ohne sich wirklich anstrengen zu müssen. Die Einheitskleidung fällt auf und gibt schöne Bilder ab, ihre Einführung ist schnell und günstig umzusetzen. Den Uniformgegnern von der GEW bietet sie die Chance, Standfestigkeit zu demonstrieren.

Die Schuluniformen selbst werden gewiß keinen Schaden anrichten. Eine „breite Debatte" haben sie aber auf keinen Fall verdient. Die muß um die harten Sachfragen kreisen, auf welche die Politik, längst nicht allein im Bereich Bildung, zu viele Antworten schuldig bleibt.

Stolz auf die Schuluniform: Die Hamburger Schülerin Gülistan präsentiert die mögliche Einheitskleidung ihrer Schule.

Koalition der Beliebigkeiten

Fortsetzung Seite 1

view mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, das immerhin den Umriß einer Reformpolitik mit Vernunft und Verantwortung zeichnet und sich von der bisherigen, vor allem sozialdemokratischen Programmatik des „fürsorglichen Staates, der sich um alles und jeden kümmert", verabschiedet, jener „Überschätzung des Staates und seiner Handlungsmöglichkeiten, als ob Politik und Staat den Menschen alle Risiken vom Halse halten könnten", eine Illusion, der Politiker aller Parteien unterlagen. Hier weist immerhin ein moderner Sozialdemokrat den Weg in die richtige Richtung aus der Sackgasse der Politik der letzten Jahre, als die sozialliberale Koalition 1969/70 den Weg in den Schuldenstaat begann, ein Weg, für dessen Kritik Konservative und Patrioten immer wieder der Prügel bezogen und außerhalb des Verfassungsbogens gestellt wurden.

Die Frage ist freilich auch heute, da – 20 Jahre zu spät – auch Sozialdemokraten den Ernst der Lage erkennen, ob dem Reformer Steinbrück die Klientel seiner Partei in der Mehrheit folgen wird. Und damit eng verknüpft ist die andere Frage, ob die Kanzlerin in der Lage sein wird, ihren bisherigen, oft schwankenden und „populistisch" anpasserischen Kurs zu beenden und eine Politik mit Überzeugung aus Einsicht zu führen.

Was die Deutschen heute brauchen, ist jedenfalls mehr die Standfestigkeit und Stetigkeit Konrad Adenauers als der Populismus Helmut Kohls, und Angela Merkel wird sich erst noch zwischen beiden Wegen zu entscheiden haben. Und nicht zuletzt: Wird eine Politik des liberal-konservativen Adenauer-Stils mit dem heutigen Personal unserer politischen Klasse überhaupt zu machen sein? Wege aus den Sackgassen zeichnen sich deutlich genug ab. Doch Zweifel drängen sich auf, ob wir in der Lage sind, sie zu beschreiten.

Aufgeschreckt

Tschechei sucht Stätte für deutsche Gebeine

Von Jochen Arp

Für die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge geborgenen Gebeine von 4000 gefallenen deutschen Soldaten und getöteten Zivilisten, die in einer stillgelegten Fabrik in Aussig im nördlichen Böhmen in Pappkisten gestapelt worden sind (*PAZ* Nr. 13), zeichnet sich eine Zwischenlösung ab. Wie der Volksbund mitteilt, haben sich seine Beauftragten mit Vertretern des tschechischen Verteidigungsministeriums und der Stadtverwaltung Aussig getroffen, nachdem tschechische und deutsche Zeitungen über diese „Schande für Deutschland" berichtet hatten. Auch der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier setzte sich in Gesprächen mit seinem tschechischen Kollegen in Prag für eine Lösung innerhalb der nächsten zwölf Monate ein. Die Tschechen boten dem Volksbund jetzt an, die Pappsärge zunächst in Räumen innerhalb eines militärischen Sperrgebietes in Pribram, 35 Kilometer östlich von Pilsen, das von Unbefugten nicht betreten werden kann, aufzubewahren. Die Särge sollen bereits in diesen Tagen von tschechischem Militär überführt worden sein.

Der Volksbund sucht weiter „mit Hochdruck" nach einer geeigneten Fläche. Das Problem, in Tschechien ein geeignetes Gebiet für einen würdigen Friedhof zu finden, liegt in der Weigerung tschechischer Gemeinden, eine Fläche zur Verfügung zu stellen. Der zunächst ins Auge gefaßte ehemalige deutsche evangelische Friedhof in Prag, der nach Kriegsende nicht mehr benutzt worden ist, verwildert. Das Prager Denkmalschutzamt verlangt vom Volksbund enorme Zahlungen, die der Volksbund aus den Spenden nicht aufbringen kann.

Daß viele Jahre lang in der Tschechei angeblich kein geeigneter Platz zu finden gewesen ist, die Überreste von 4000 toten Deutschen angemessen zu begraben, ist offenbar bei der tschechischen Regierung jetzt auf Unbehagen gestoßen. Jedenfalls möchte sie, daß die Affäre „auf keinen Fall" die, wie sie sagt, „hervorragenden" deutsch-tschechischen Beziehungen gefährdet. Es handele sich lediglich um ein „technisches Problem".

Die Gefallenen und die ermordeten deutschen Zivilisten konnten bisher nur zum Teil identifiziert werden. Jetzt sollen die bei der Bergung erstellten Umbettungsprotokolle vordringlich vom Volksbund bearbeitet werden. Dort erfolgt dann anhand des Erkennungsmarkenverzeichnisses und der sonstigen umfangreichen Archivunterlagen die endgültige Klärung des Schicksals der Toten. Erst dann, so teilte der Volksbund mit, können die Angehörigen gesucht und benachrichtigt werden.

Als Täter entlarvt

Generalsekretär Rentmeister war Offizier bei der Stasi

Von H.-J. von Leesen

„Eine Unverschämtheit" sei es, polterte der Generalsekretär des internationalen Sachsenhausen-Komitees, Hans Rentmeister, als der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm im April auf einer Gedenkveranstaltung nicht nur der KZ-Häftlinge aus der Zeit vor dem Mai 1945, sondern auch der Opfer des Kommunismus gedachte, die die Sowjets nach der Eroberung des KZs Sachsenhausen in dasselbe Lager sperrten. (*PAZ* Nr. 18) „Ideologisch geprägte Gleichsetzung (der Häftlinge von vor 1945 mit denen der Sowjetzeit) stellt die Mörder auf eine Stufe mit unseren Kameraden", markierte er Empörung. Und er behauptete, daß die vom NKWD eingesperrten Häftlinge „bis zu 80 Prozent … Mörder, Peiniger und Quäler unserer Kameraden" gewesen seien. Auch der Direktor der Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten, Prof. Günter Morsch, meinte: „Im Rahmen einer solchen Gedenkveranstaltung finde ich jede Auseinandersetzung nicht hilfreich."

Wer sich darüber wunderte, daß dieser Generalsekretär Rentmeister die geschichtlichen Tatsachen auf den Kopf stellte und ganz offensichtlich log, wurde nun über den Hintergrund aufgeklärt. Hans Rentmeister, Generalsekretär des internationalen Sachsenhausen-Komitees, der so gar nichts wissen will von der kommunistischen Terrorstätte Sachsenhausen, war niemals KZ-Häftling, dafür aber hauptamtlich Offizier für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (Stasi). Ihn hatte das Internationale Sachsenhausen-Komitee in das Amt des Generalsekretärs befördert, das er nun, nachdem seine politische Vergangenheit aufgeflogen ist, niederlegen mußte. Der Präsident des in Paris ansässigen Gremiums, Pierre Gouffault, bedauerte den Rücktritt Rentmeisters und nahm ihn „schweren Herzens" an.

War das Komitee Sachsenhausen wirklich unwissend?

Welche Rolle spielte bei der Duldung des ehemaligen Stasi-Offiziers an der Spitze der antifaschistischen KZ-Häftlinge die dem brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur zugeordnete „Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten"? Der Zeitung „taz" erscheint es „merkwürdig … wie die Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten … ‚völlig überrascht' wurde … Prüft die Stiftung so wenig die Menschen, mit denen sie eng zusammenarbeitet? Oder wollte man es nicht so genau wissen?" Tatsächlich war der Direktor der Stiftung, der aus dem Westen stammende Prof. Morsch, nicht nur einmal ins Zwielicht geraten. Immer wieder hat sich die „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 bis 1950" darüber beklagt, daß sie sich bei der Zusammenarbeit mit der Stiftung zurückgesetzt fühlen mußte.

Geändert hat sich an der deutlichen Bevorzugung des von Kommunisten dominierten Internationalen Sachsenhausen-Komitees durch den Direktor der Stiftung nichts.

Daher ist es verständlich, wenn jetzt die „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 bis 1950" gemeinsam mit den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen den Rücktritt von Direktor Prof. Dr. Morsch fordert.

Nun wundert es niemanden mehr, daß Hans Rittmeister, ausgewiesener Antifaschist, die 60000 nichtkommunistischen Häftlinge diffamiert hat, die von der Roten Armee eingesperrt worden waren und von denen mindestens 12000 ihr Leben verloren. Bemerkenswert, daß ihm von heute noch kommunistischen Zeitungen in Deutschland (die gibt es tatsächlich noch) die Stange gehalten wird.

Die Schulden-Uhr:

Melkkuh Steuerzahler

Die Steuereinnahmen steigen stärker, als im vergangenen November erwartet. Dies ist eine positive Nachricht, denn sie bedeutet, daß die Konjunktur anzieht. Die negative Nachricht sind die geplanten Steuererhöhungen. Sie sind totaler ökonomischer Unsinn", kommentierte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl Heinz Däke, die Ergebnisse der Steuerschätzung. Die Belastungsschraube ist nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler bereits jetzt überdreht.

1.502.059.085.972 €

(eine Billion fünfhundertzwei Milliarden neunundfünfzig Millionen fünfundachtzigtausend und neunhundertzweiundsiebzig)

Vorwoche: 1.500.598.529.660 €
Verschuldung pro Kopf: 18.207 €
Vorwoche: 18.189 €

(Stand: Dienstag, 16. Mai 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Unterwürfigkeit als Boomerang

Von Harald Fourier

Wie unterwürfig sind die Deutschen? Wer neuerdings den „Berliner Kurier“ aufschlägt, der kommt sich vor, als halte er die britische „Sun“ in den Händen. Jenes Kampfblatt, das wahlweise gegen Deutsche („Krauts“) oder Franzosen („Frösche“) hetzt oder über Spanier verbreitet, sie hätten nur Syphilis und die Inquisition über die Welt gebracht.

Als die britische „Yellow Press“ neulich Fotos veröffentlichte, die angeblich Angela Merkel beim Baden zeigten, da war die Empörung groß. Wenige Tage später hielt Uwe Vorkötter einen Vortrag vor Studenten. „Die Grenzen der Geschmacklosigkeit sind bei Briten eben anders“, kommentierte der bisherige Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ diese Bilder.

Derzeit werden diese „Grenzen der Geschmacklosigkeit“ offenbar auch in Deutschland auf britisches Niveau gesenkt. Und zwar von einer anderen Zeitung des selben Berliner Verlages, in dem auch der „Berliner Zeitung“ erscheint. Der „Berliner Kurier“ schlagzeilte am 2. Mai: „Merkel ist wie Hitler“. Dazu waren der erhobene Arm des „Führers“ und die Kanzlerin zu sehen. Erst daneben der kleine Hinweis, ein polnischer Minister pöbele derart gemein gegen Frau Merkel. Im Vorbeigehen leicht zu übersehen, so daß beim flüchtligen Blick die Hitler-Merkel-Gleichsetzung unerklärt im Raum bleiben mußte. Leserfang der untersten Kategorie.

Seit der Berliner Verlag von ausländischen Finanzinvestoren unter Führung des Briten David Montgomery übernommen worden ist, stehen die beiden hauseigenen Blätter unter großem Druck. Die Kapitalanleger erwarten Ergebnisse. 20 Prozent Rendite soll die Zielmarke sein. Um ihre Arbeitsplätze zu sichern, müssen die Mitarbeiter der Blätter das Geld erwirtschaften. Wie, schert Finanzinvestoren traditionell wenig.

Augenscheinlich ratlos, was dem neuen Eigentümer denn gefallen könnte, eifert der „Kurier“ einfach dem Londoner Radaublatt „Sun“ nach. Mit Vergleichen à la „Merkel gleich Hitler“ begibt sich die Redaktion in die grenzdebilen Niederungen des britischen Blätterwaldes. Es fehlt nur noch ein Jubelbericht über die Erfolgsaussichten der britischen Fußballmannschaft bei der WM.

Kein Wunder, daß Uwe Vorkötter das Handtuch warf. Wäre er nur frustriert über die Investoren, die er bis zum Schluß bekämpft hat, dann hätte er bereits zum 1. Januar gehen können. Es spricht einiges dafür, daß ihm die Wendehalsmentalität seiner Verlagskollegen den Rest gegeben hat. Deren Tragik: Den Finanzinvestoren ist völlig egal, wie die Gewinnerwartungen erfüllt werden, Hauptsache mehr Leser. Da die Deutschen „Merkel-Hitler“-Schlagzeilen jedoch kaum so anziehend finden wie die britischen Leser, könnte die vorauseilende Anbiederung an den vermeintlichen Geschmack der neuen Herren gründlich nach hinten losgehen. Die Unterwürfigkeit würde so zum Boomerang.

Mut tanken im Spreewald

Frühlingstour: Berlins Wowereit und Brandenburgs Platzeck forschen in der Provinz nach Lichtblicken

Hände weg vom Gläschen: Mattias Platzeck (li.) und Klaus Wowereit auf gemeinsamer Tour im Spreewald

Foto: Schleusener

Von Markus Schleusener

Wir werden die nicht mehr los“, sagt Dieter Friese. Er spricht über die alten Fabrikgebäude der Textil-, Glas- und Chemieindustrie im Landkreis Spree-Neiße, seinem Landkreis. Die Betriebe stünden leer und symbolisierten nur noch den Niedergang, seufzt er – „die Situation ist weder lustig, noch vergnügungssteuerpflichtig“.

134 000 Einwohner zählt der Kreis in der Lausitz. Tendenz sinkend. 1990 lebten noch 90 000 Erwerbstätige in Spree-Neiße. Davon blieben 50 000. Welche Chancen bieten sich einem solchen Landkreis – weitab von Berlin? Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck wollten sich ein Bild von der Lage machen und begaben sich vergangene Woche zum Tagesausflug gemeinsam in den Spreewald. Von einem Trupp Journalisten begleitet wollten die beiden Sozialdemokraten einen Blick auf Unternehmen werfen, die Mut machen sollen.

Fast auf den Tag genau zehn Jahre ist sie her, die gescheiterte Volksabstimmung über die Länderfusion von Berlin und Brandenburg. Vor allem Klaus Wowereit liegt ein Neuanlauf am Herzen. „Ich brauche nicht zu betonen“, sagt er zu den 30 mitgereisten Medienleuten, „daß Berlin nach wie vor für die Fusion der Länder ist. Das ist ein mühseliger Prozeß.“ Und fügt nach einer Denkpause hinzu: „... in Brandenburg“.

Matthias Platzeck, der erst auf einer Autobahnraststätte in Brandenburg zusteigt, setzt andere Schwerpunkte. „Die Arbeitslosigkeit wird uns noch eine Weile begleiten“, räumt er ein.

Das erste Fahrziel ist Schwarze Pumpe – eines der modernsten und umweltschonendsten Kraftwerke, wie der Betreiber „Vattenfall“ versichert. Das Werk produziert Energie für die ganze Region. „Wir könnten aber auch halb Berlin mit Strom versorgen“, gibt sich Klaus Aha vom Vattenfall-Vorstand selbstbewußt.

Wowereit und Platzeck lassen sich anhand von Schautafeln und einem Modell erklären, wie hier die Braunkohle der Gegend verstromt wird. Dann geht es ins Hauptgebäude. Platzeck und Wowereit vorweg, das Hauptstadtpressekorps hinterher. Alle mit einem weißen Helm auf dem Kopf.

Auf der Aussichtsplattform in 158 Metern Höhe drängeln sich Journalisten und Fotografen. Das gute Wetter erlaubt die Sicht bis nach Schlesien und Sachsen. Zwischendurch werden ein paar Häppchen eingeworfen. Und weiter geht es. Der Reisebus fährt nach Nordwesten.

Während Platzeck das erste Bier aufmacht, verzichtet Wowereit auf Alkohol. Auch später, als es Kräuterlikör, Champagner oder Wein zu trinken gibt, hält er sich zurück. Nur nicht wieder das schräge Image als „Partymeister“ stärken, denkt er wohl. Die Wortschöpfung aus „Bürgermeister“ und „Partylöwe“ hat er sich durch ein Übermaß an locker-flockigen Auftritten selbst zugezogen. Seit dem Heer arbeits- und hoffnungsloser Berliner das Lächeln über die dauernde Heiterkeit und Feierlaune ihres Stadtoberhaupts gefroren ist, will Wowereit nun um jeden Preis Ernsthaftigkeit versprühen. Also: Finger weg vom Gläschen, sobald Kameras lauern.

Im Bus eröffnet Landrat Friese seinen Vortrag über den Spree-Neiße-Kreis im Stil einer Verkaufsveranstaltung für Senioren: „Ich rede jetzt über meinen Landkreis. Sie können ja nicht aussteigen!“

Erst 1815 kam der zuvor sächsische Kreis zu Preußen. Als Strafe dafür, daß Sachsen im Napoleonischen Krieg auf der falschen Seite – nämlich derjenigen Napoleons – gestanden hatte. Ein Teil der Lausitz steht heute unter polnischer Flagge.

15 000 Sorben leben in Spree-Neiße, die meisten Schilder sind zweisprachig. Eine Vertreterin der slawischen Volksgruppe steigt in den Bus. Sie spricht über ihr Volk, über Störche, zitiert Fontane. Dann redet sie Wowereit – scheinbar wie bestellt – als „Herr Oberbürgermeister“ an. Der Regierende Bürgermeister verbessert sie, um dann feinsinnig hinzuzufügen: „Das wollen wir doch, daß Berlin wieder kreisfreie Stadt wird.“ Nach einem Länderzusammenschluß mit Brandenburg wäre der „Regierende“ tatsächlich nur noch Oberbürgermeister.

Der Bus hält vor der Spreewaldtherme in Burg. Das Spaßbad ist eines jener unzähligen, aus staatlichen Mitteln geförderten Projekte, Zeugnis einer zwar postkommunistischen, aber auch nicht gerade marktwirtschaftlichen Politik in Brandenburg. Im September wurde das Bad eröffnet.

Therme-Chef Stefan Kannewischer tritt der Kritik entgegen: „Die Fördermittel haben sich gelohnt.“ Platzeck will das sehen: „Machen wir eine kleine Runde?“ Kannewischer übernimmt die Führung. Im oberen Stockwerk ist eine junge Frau in einem separaten Raum, sie nimmt ein Schaumbad und hält ein Glas Sekt in der Hand. Die 19jährige Badenixe heißt Juliette, ist Praktikantin in der Spreewaldtherme und wurde von der Geschäftsführung gezielt plaziert. Platzeck streichelt Juliette über den Kopf. Die Fotojournalisten sind vollauf begeistert. Eine Reporterin sagt, daß sei ja wie im Zoo. Es geht weiter zur Kanufahrt.

Dann besucht die Truppe das preisgekrönte Nobelhotel (Denglisch: Wellnesshotel) „Zur Bleiche“. In dem Haus geht es ausgesprochen luxuriös zu. 130 Euro kostet das kleinste Zimmer („Storchennest“) pro Nacht und Person.

Wowereit wiederholt seine Botschaft von der Notwendigkeit der Länderfusion. Und: „Der Tourismus ist für uns sehr wichtig, aber auch für Brandenburg. Deswegen sind auch die Fördermittel wichtig, wie wir in der Therme gesehen haben.“

Wie denkt eigentlich der Brandenburger über die Verschmelzung mit der Hauptstadt? Platzeck gefällt der Druck aus Berlin nicht: „Die Frage der Fusion steht immer im Raum. Sie ist wichtig für die Menschen und die Wirtschaft. Das ergibt sich von selbst, da müssen wir nicht ständig drüber reden.“

Als der Bus abends wieder vor dem Roten Rathaus die erschöpfte Journalistenschar absetzt, begibt sich Wowereit noch einmal in sein Amtsgebäude. „Hallo, Herr Wowereit“, wird er von einem Touristen begrüßt. Wowereit winkt freundlich, murmelt etwas und verschwindet im Rathaus. „Das war der Oberbürgermeister“, klärt der Passant seine Frau auf.

Luises Spur im märkischen Sand

Neue Reiseroute zu den Wegmarken im Leben der legendären preußischen Königin eröffnet

Von Patrick O'Brian

Werden Berliner nach Königin Luise gefragt, dann antworten sie gerne mit „... das war doch die Gemahlin vom Alten Fritz“. Stimmt zwar nicht, zeigt aber, welcher Stellenwert der Mutter von Kaiser Wilhelm I. heute noch in Preußen eingeräumt wird.

Königin Luise, geboren im Jahr der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776, war und ist eine der bekanntesten und beliebtesten Gestalten Preußens. Zeitgenossen beschreiben sie als gleichermaßen schön und aufgeschlossen. Sie war – auch als Unterstützerin der Erneuerer Stein und Hardenberg – ausgeprägt reformwillig und repräsentiert damit den besonders erfolgreichen und vorbildlichen Teil von Preußen, dessen König sie im Alter von 17 Jahren 1793 heiratete. Angeblich war es zwischen ihr und Friedrich Wilhelm III. Liebe auf den ersten Blick. Luise, die Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz, brachte bürgerliche Ideale mit an den Hofstaat. So duzte sie sich mit ihrem Ehemann, aus Sicht von Friedrich dem Großen und seiner Entourage 50 Jahre zuvor ein noch unvorstellbarer, weil unverfrorener Vorgang. Auch hat sie den Walzer – zum Schrecken ihrer Hofdamen – eingeführt.

Zu Lebzeiten gehörte die Berliner Pfaueninsel zu ihren Lieblingsausflugszielen. Luise residierte natürlich im Schloß Charlottenburg. Doch dann verstarb sie – viel zu jung – bereits 1810 im Alter von 34 Jahren.

Der Trauerzug, an dem schon damals die Bevölkerung reichlich Anteil nahm, soll jetzt ein touristisches Markenzeichen werden. Vom Schloß Hohenzieritz bei Neubrandenburg bis nach Berlin-Charlottenburg haben die Schlösserverwaltung Mecklenburg-Vorpommern und die Stiftung Preußische Schlösser Berlin-Brandenburg eine „Königin-Luise-Route“ konzipiert.

Auf der Route, die sich am besten mit dem Pkw zurücklegen läßt, laden zahlreiche Sehenswürdigkeiten zum Besuch ein: die Residenzstadt Neustrelitz, das Schloß Mirow, Fürstenberg, Dannenwalde, Gransee, das Schloß Oranienburg, Schloß und Kirche Paretz und schließlich die Pfaueninsel im Berliner Wannsee. Alle Orte lassen sich wohl nicht auf einmal bewältigen. Als lohnendes Ziel für eine Tagestour bietet sich der eine oder andere Vorschlag aber allemal an.

Foto: Archiv

Königin Luise (1776–1810)

Für die Initiatoren steht fest: Ohne Interesse am geschichtlichen Erbe wird es kein Bewahren der historischen Baukunst und Kulturdenkmäler geben. Die Erfinder der Königin-Luise-Route profitieren davon, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit wieder Personen zuwendet, von denen noch vor zehn oder 20 Jahren kaum jemand etwas wissen wollte. Die plötzliche Hochkonjunktur von Erinnerungsdaten (zuletzt 250. Geburtstag Mozarts, 150. Geburtstag Freuds) gibt ihnen Hoffnung. Sie rechnen mit dem Durchbruch für ihr Projekt im Jahre 2010. Dann ist der 200. Todestag Luises.

Weitere Informationen wie die Broschüre und vor allem wertvolle Veranstaltungstermine zur Route: www.koenigin-luise-route.de

Stasi-Vereine unter der Lupe

Der Berliner Senat will prüfen, ob die im Jahre 2000 eingestellte Beobachtung von Vereinen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter wieder aufgenommen wird. Dies versprach Innensenator Ehrhart Körting (SPD) vergangene Woche im Abgeordnetenhaus. Der verfassungsschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Gram, warf der SPD vor, sich „in der Knechtschaft der PDS“ zu befinden und alte Stasi-Seilschaften daher in Ruhe zu lassen. Wo Diktatur verherrlicht und die bundesdeutschen Behörden verhöhnt würden, sei die Grenze der freien Meinungsäußerung jedoch überschritten, so Gram.

Auch der innenpolitische Sprecher der Berliner Grünen, Volker Ratzmann, hielt dem SPD-Innensenator entgegen, den Aufwind der Stasi-Veteranenvereine verschlafen zu haben.

Michels Stammtisch

„Recht hat Bundeskanzlerin Merkel, wenn sie vor dem Bundestag eine Entfremdung zwischen dem vielzitierten Europa und den Bürgern feststellt“, meinte der Stammtisch im Deutschen Haus. Aber absolut unrecht habe Frau Merkel, wenn sie die seit den demokratischen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden tote „Europäische Verfassung“ künstlich wieder zum Leben erwecken wolle.

Es könne ja sein, daß Frau Merkel persönlich diesen Verfassungsvertrag zu gerne hätte – aber die Franzosen und Holländer wollen ihn nicht, und sie „sind das Volk“, während die Deutschen vorsichtshalber gar nicht erst hatten abstimmen dürfen, hieß es am Stammtisch.

Wenn nun Franzosen und Holländer so lange abstimmen sollen, bis endlich das von Politikern und der Eurokratie gewünschte Ergebnis herauskomme, würden sich die Bürger Europas nur noch weiter von der Brüsseler Umverteilungsmaschinerie entfernen. Peinlicher könne man vor aller Welt das Demokratieverständnis der politischen Klasse Europas wirklich nicht demonstrieren.

Die EU-Verfassung sei „überflüssig wie ein Kropf“, sie öffne einem „Überstaat“ die Tür, dessen Gesetzgebung der demokratische Nationalstaat „zu übernehmen habe“, wie das bei der „Antidiskriminierung“ wieder einmal deutlich geworden sei.

Die Briten hätten bis heute keine geschriebene Verfassung für ihr Commonwealth – und seien ganz gut damit gefahren. Sollten damit die Briten die besseren Europäer sein, fragte sich der Stammtisch.

Euer Michel

»Gegen die Menschenwürde«

Der Graphiker, Polit-Agitator und Jurist Klaus Staeck ist Präsident der »Berliner Akademie der Künste«

Von HANS.-J. MAHLITZ

Ein wenig war er wohl selber überrascht, als er sich da auf einmal als „Herr Präsident“ anreden lassen durfte. Denn erst als sich zeigte, daß keiner der ursprünglichen Kandidaten eine Mehrheit fand, war sein Name ins Spiel gebracht worden. So wurde Klaus Staeck, Graphiker, Polit-Agitator und versierter Jurist (was man spätestens spürt, wenn man mit ihm in Streit gerät), zum Präsidenten der „Berliner Akademie der Künste“.

Die Feuilletons der als konservativ geltenden Tageszeitungen „Welt“ und „FAZ“ waren allerdings von der Wahl nicht unangenehm überrascht – was wiederum überrascht, denn zu früheren Zeiten lag die nicht-linke Presse mit Staeck in heftiger Dauerfehde. So erfährt der überraschte „Welt“-Leser, Staeck sei „der richtige Präsident für ‚Berlins Akademie der Künste‘“. Vor knapp drei Jahrzehnten klang das noch ganz anders. Da hatte Axel Springers publizistisches Flaggschiff den politisierenden Plakatmaler noch der „Unverfrorenheit“ und „doppelten Moral“ geziehen.

Die „FAZ“ befand seinerzeit „mit Erschrecken“, aus einigen Werken des Graphikers Staeck spreche „totale Intoleranz, die Denk-Möglichkeit der Vernichtung des Gegners inbegriffen“, einer Geisteshaltung also, die man durchaus mit dem Begriff „faschistisch“ in Verbindung bringen könne. Heute hingegen erklären die Blattmacher Kritiker und „unvermeidliche Widersacher“ des neuen Akademie-Präsidenten zu „Kulturprovinzialisten“ und stilisieren Staeck zum Hoffnungsträger des hauptstädtischen Kulturlebens hoch.

Klaus Staeck, inzwischen 68 Jahre alt, führt seit Jahrzehnten eine Art Doppelleben. Er ist Rechtsanwalt, und zugleich ist er Künstler. Kunstgraphiker, um es genauer zu sagen. Erzeuger aggressiver politisch-agitatorischer Kampfplakate, um es vollends auf den Punkt zu bringen. Oder, um die Tätigkeitsbeschreibung zum juristischen Casus zu machen, ein politischer Agitator, „dessen Agitation typisch faschistisch“ ist.

So hatte sich damals der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm, seit vielen Jahren ständiger Mitarbeiter dieser Zeitung, in einem kritischen Leserbrief in der „Hersfelder Zeitung“ geäußert. Er hatte sich damit gegen Plakate verwahrt, auf denen unter anderem CSU-Chef Franz Josef Strauß als Metzger dargestellt war, mit einem langen Messer in der Hand, auf der blutverschmierten Brust den Spruch „Wählt christlich!“ und über dem massigen Kopf die Worte „Entmannt alle Wüstlinge!“

Böhm empfand diese Plakate als „Hetze gegen politisch Andersdenkende und folgerte: „Wenn sie ‚Kunst‘ sind, dann sind auch die Hetzkarikaturen der Nazis, mit denen sie im ‚Stürmer‘ unsere jüdischen Mitbürger verächtlich machten, nachträglich als ‚Kunstwerke‘ anzusehen.“

Wie bei selbsternannten „kritischen Geistern“ weitverbreitet, ist auch Staeck äußerst sensibel, wenn er einmal nicht selber austeilt, sondern einstecken muß. So fühlte sich durch Böhms Leserbrief der Künstler Staeck zutiefst beleidigt und setzte sofort den Juristen Staeck in Marsch: Auf drei Instanzen (Landgericht Fulda, Oberlandesgericht Frankfurt / Main und Bundesverfassungsgericht) versuchte er, dem Abgeordneten die kritischen Sätze untersagen zu lassen. In Fulda gewann er, in Frankfurt verlor er, in Karlsruhe wurde der Fall „mangels Erfolgsausssichten“ gar nicht erst angenommen.

Foto: laif

Unbequem: Der Name Staeck bürgt nicht gerade für Beschaulichkeit.

Die konservative Presse, allen voran „Welt“ und „FAZ“, kommentierten des Künstlers Niederlage vor Gericht ähnlich wohlwollend wie heute seine Wahl zum Berliner Akademie-Präsidenten. Wer allerdings damals gehofft hatte, damit sei diesem politischen Agitator das Handwerk gelegt, sah sich bald schon bitter getäuscht.

Zur Bundestagswahl 1980 nämlich trat ausgerechnet Staecks Lieblingsobjekt Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat der CDU/CSU an. Nun hätte man meinen sollen, der Bayer mit seinem durchaus deftigen Vokabular hätte der SPD eigentlich genügend Angriffsflächen für den Wahlkampf bieten sollen. Offenbar sah man das in der Bonner „Baracke“, dem sozialdemokratischen „Führerhauptquartier“, ganz anders und glaubte, nicht auf die Dienste des Künstlers mit den – laut Gerichtsurteil – „faschistischen“ Polit-Plakaten verzichten zu können. So erlebte Deutschland einen Wahlkampf mit einer bis dahin unvorstellbaren Hetzkampagne. Strauß und seine Wegbegleiter, darunter die konservativen Publizisten Axel Springer und Gerhard Löwenthal, wurden mit Hitler auf eine Stufe gestellt, als Verbrecher, Horrorgestalten und Unmenschen diffamiert. Diese Hetzkampagne, an der Staeck maßgeblich mitwirkte, hat – neben der unsolidarischen „Zurückhaltung“ feiger „Parteifreunde“ – wesentlich dazu beigetragen, daß der CSU-Chef diese Wahl nicht gewinnen konnte.

Der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte nach dem Wahldebakel in Bonn eine Ausstellung mit dem Titel „Politische Graphik gegen die Menschenwürde“ initiiert. Bei der Eröffnung verwies er auf eine „sukzessiv sich steigernde Kette von Negativplakatierungen: Strauß als Horrorgestalt, als Verkörperung der Brutalität, als Hitler von heute ... Wer diesen Vergleich zieht oder auch nur suggeriert, der weiß nicht, was er tut, oder er weiß es sehr genau – und will es“.

Der damalige Hetzer in Diensten der SPD (deren Mitglied er seit 46 Jahren ist) und heutige Akademiepräsident war und ist erkennbar ein Mann, der sehr genau weiß, was er will. Ob das aber auch im Sinne der altehrwürdigen Institution ist, darf trotz der überraschend freundlichen Begrüßung in „Welt“ und „FAZ“ bezweifelt werden.

Die Akademie, seit neuestem am Pariser Platz zu Berlin angesiedelt, steht in einer über 300jährigen Tradition, die wesentlich von preußischer Kultur- und Geistesgeschichte geprägt ist. 1696 war sie als „Academie der Maler-, Bildhauer- und Architectur-Kunst“ von Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg gegründet worden, der sich fünf Jahre später in Königsberg zum König in Preußen krönte. Noch heute beruft sich die Akademie ausdrücklich auf diese Tradition. Als strikter Hüter preußischer Tugenden – zu denen ja auch die Toleranz zählt – ist ihr neuer Präsident bislang jedenfalls nicht hervorgetreten.

Querschüsse aus den eigenen Reihen

Linksextremisten setzen sich mit Unvereinbarkeitsbeschluß gegen Burschenschafter durch / Der »Fall Jung«

Von BERNHARD KNAPSTEIN

Peter Glotz, der verstorbene ehemalige Bundesgeschäftsführer der SPD, konnte durch offene Worte schockieren, war aber für Positionen anderer stets offen. „Wenn ich etwas hasse, dann sind es Berührungsängste“, brachte er es einmal knallhart auf den Punkt.

Nicht jeder, der sich Sozialdemokrat nennt, soll aber auch einer sein dürfen. Der Parteirat hat einen Beschluß des Parteivorstands über die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der SPD mit der in einer Burschenschaft, die der Burschenschaftlichen Gemeinschaft innerhalb der Deutschen Burschenschaft (BG) angehört, bestätigt. Dies galt in erster Linie dem 33jährigen Juristen und früheren Leipziger Juso-Chef Sascha Jung, der nach unbestätigten Gerüchten in der SPD-Mitgliedskartei nicht mehr geführt wird.

Jung läßt sich als energisch und zielstrebig, aber auch als weltoffen beschreiben. Es gibt für ihn nichts, über das man nicht diskutieren kann. Er betrachtet jede Diskussion als Bereicherung. Im Zweifel hat man halt in die Gedankenwelt eines anderen Menschen blicken dürfen. Um solche Erfahrungen auszubauen, bereist Jung als freier Wandervogel, der nach seiner Offizierslaufbahn bei der Bundeswehr sein Jurastudium trotz Verpflichtungen in seiner Studentenverbindung und einjähriger Weltreise in Regelstudienzeit abgeschlossen hat, immer wieder Afrika und Südamerika. Während seiner Ausbildung wird er insgesamt zwei Jahre auf fast allen Kontinenten verbringen und dabei stets den Kontakt zu den einfachen Menschen suchen, um das Wesen der Völker zu studieren, denn für ihn liegt der Reichtum der Erde in ihrer kulturellen Vielfalt. Was ist aber nun mit diesem jungen Mann, daß die oberste SPD-Parteiführung ihn nicht mehr sehen und hören mag und deshalb die Scheuklappen anlegt, um mit ihm jedenfalls keine Debatte mehr führen zu müssen?

Jung trat gleich nach der Wende in seiner Heimatstadt Leipzig in die SPD ein und avancierte zum stellvertretenden Juso-Vorsitzenden im Freistaat Sachsen.

Presse bezeichnete den Hofgeismarer Kreis als »Fascho-Jusos«

In Thüringen gründete er 1992 mit einigen Jungsozialisten den „Hofgeismarer Kreis“, eine Wiederbelebung des 1923 durch Jungsozialisten begründeten gleichnamigen Kreises, der sich für einen demokratischen Sozialismus im nationalen Rahmen aussprach. Der neue Kreis um Jung nahm seine Arbeit als linkspatriotischer Diskussionskreis auf, um im Diskurs Alternativen für eine nationale Politik gegen gesamtgesellschaftliche Orientierungslosigkeit und wider den Kultur- und Werteverfall zu erarbeiten. Die Gruppierung fand rasch Anhänger. Und obwohl die Medien über die in linksextremistischen Zirkeln sogenannten „Fascho-Jusos“ berichteten, wurde der neue Hofgeismarer Kreis durch Seminare und Tagungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet und intellektuell gefördert.

Die offene Diskussion über „Nation“ und verschiedene Publikationen aus dem Dunstkreis der SPD, die sich ernsthaft mit Patriotismus befaßten, trieb allerdings auch schnell die Hysterie der Linksextremisten an die Oberfläche. Günter Thierse übernahm bald die Gutmenschenrolle des Anklägers in einem 1994 durchgeführten Parteiordnungsverfahren gegen mehrere Hofgeismarer. Ein Parteiausschluß war zwar nicht sein Ziel, aber Jung erhielt ein einjähriges Funktionsverbot. Andere Hofgeismarer in Westdeutschland flogen schneller aus der Partei, als sie in sie eingetreten waren, darunter auch Burschenschafter.

In der Folgezeit glätteten sich die Wogen, denn der Hofgeismarer Kreis wirkte nur noch unterhalb der Wahrnehmungsgrenze. So nahm man in der Parteizentrale auch nicht wahr, jedenfalls nicht offiziell, daß einige Hofgeismarer durch Eintritt in Burschenschaften ihre sozialdemokratische und patriotische Grundhaltung in diese hineintrugen. „Die Häuser unserer Studentenverbindungen sind Orte der freien Diskussion, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts“, erklärt Jung seine Affinität zur Burschenschaft. Die freie Diskussion sei für die Demokratie lebensnotwendig. Schon Parteigründer Lassalle war ein solcher Burschenschafter. Jung steht also in einer sozialdemokratischen Urtradition. Doch dies ficht heute jene nicht an, denen freie Meinung und Toleranz nur in selbstgesetzten Grenzen erträglich ist.

Die nun von der SPD durch den Vorstandsbeschluß angegriffene Deutsche Burschenschaft ist indessen weniger homogen als die SPD selbst. Ihre Mitgliedsvereinigungen setzen sich aus Mitgliedern und Sympathisanten nahezu aller im Spektrum der deutschen Parteienlandschaft zugelassenen Parteien zusammen. Gerade in Mitteldeutschland darf es da wenig verwundern, wenn sogar PDS- und NPD-nahe Burschenschafter mit Angehörigen der größeren Volksparteien als „Bundesbrüder“ an einem Tisch sitzen und gemeinsam studentische Traditionen pflegen. Streit ist da zwar nicht ausgeschlossen, aber der von Jung betonte „freie Diskurs“ lebt.

Diese Haltung bestätigt auch der Dachverband der Burschenschafter, deren Vorsitzende Burschenschaft erklärt hatte, daß man sich „weiterhin einer möglichen Diskussion mit der SPD nicht verschließen“ werde. Stefan Teufel, Sprecher der Deutschen Burschenschaft, kann sich den Parteibeschluß nur mit einer „Schwächung der SPD durch zahlreiche andere Probleme“ erklären. „Dies macht es solch ideologisch verbohrten Gruppen wie den Jusos natürlich leicht“, so Teufel weiter, „ihre Vorhaben durchzupeitschen.“

Sascha Jung ist, wie auch weitere Sozialdemokraten, Mitglied des Altherrenbundes der Burschenschaft Danubia, die der Burschenschaftlichen Gemeinschaft in der Deutschen Burschenschaft angehört. Der Danubenaktivitas wird von demokratiefeindlichen Kräften immer wieder Rechtsextremismus vorgeworfen. Dabei wird gerne übersehen, daß hier neben nationalkonservativen Intellektuellen auch eine bunte Mischung aus ehemaligen NS-Widerstandskämpfern, APO-Aktivisten und diversen Intellektuellen und Diplomaten aus dem Ausland zu Wort kommt.

Die SPD verweigert sich ihren »Burschenschaftern«

Der BG werfen die Urheber des Parteivorstandsbeschlusses beleglos eine „biologistische, völkische und großdeutsche“ Ausrichtung vor. Selbst, wenn man einzelnen Burschenschaftern eine politisch extremistische Haltung vorwerfen können sollte, so werden diese von ihren eigenen Bundesbrüdern, die mehrheitlich der demokratischen Mitte zugerechnet werden, neutralisiert. Letztlich sind auch Burschenschaften nur ein Spiegelbild der Gesellschaft. Das Einstehen für die eigene sozialdemokratische Ausrichtung in einer Verbindung, die sich den Wahlspruch „Frei in der Rede, kühn in der Tat!“ auf die Fahne geschrieben hat, ist jedenfalls nicht ehrenrührig. Und auch Jungs konkrete Verhaltensweisen gelten als untadelig.

Die Partei mag nun aber nicht mehr mit „ihren“ Burschenschaftern sprechen und trennt sich in der Folge auch gleich vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. So legte die Parteiführung den Nichtaustritt aus der Burschenschaft, zu dem Jung aufgefordert worden war, denn auch gleich als „Austritt aus der Partei“ aus. Ein Parteiordnungsverfahren oder auch nur ein formelles Anhörungsverfahren mochte man nicht durchführen, sondern ging zur direkten Liquidierung aus dem Mitgliedsregister über. Eine Mitteilung über das Ende der Mitgliedschaft liegt Jung allerdings noch nicht vor.

Jung will sich von den Vorgängen nicht unterkriegen lassen. „Unsere Demokratie braucht Mut. Gegebenenfalls muß man dafür auch Nachteile in Kauf nehmen.“

Der in der SPD von Linksextremisten forcierte und nun auch von der Parteispitze nach kurzem Zaudern mitgetragene Scheuklappenextremismus gefährdet nicht nur die demokratische Verfaßtheit der SPD, sondern unter Berücksichtigung des großen Einflusses dieser Partei auch die Demokratie insgesamt. Der „Fall Jung“ könnte zu einem „Fall Deutschland“ werden.

Von Sverre Gutschmidt

Gefangen im Gesetzesdschungel

Warum der Bürokratieabbau noch nie funktionierte und doch so wichtig ist

Zwei junge Leute wollen in eine gemeinsame Wohnung ziehen. Nach langer Suche finden sie eine, die Wohnungsgesellschaft würde sofort einen Mietvertrag aufsetzen, doch es kommt nicht dazu. – Bürokratie hat in Deutschland viele, oft absurde Gesichter. Im Fall der zwei Wohnungssuchenden, die nicht zueinander können, steht der sogenannte Wohnberechtigungsschein (auch Paragraph-Fünf-Schein) dazwischen. Günstige, mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen unterliegen Regulierungen – im Fall der zwei Suchenden erteilt das Amt zwei getrennte Berechtigungsscheine, die nicht für eine Wohnung reichen. Die beiden Suchenden sind zwar nicht gerade wohlhabend, aber auch nicht verheiratet. Der beabsichtigte Schutz Einkommensschwacher greift nicht, ein noch bedürftigerer Mitbewerber ist nicht in Sicht, die Wohnung steht leer.

Eine Studie der Weltbank (www.worldbank.org) von 2005 bestätigt das Bild eines überregulierten Deutschland. In Sachen Vorschriften und Gesetze sind wir demnach unter den Industriestaaten führend – dank mehr als 2000 Bundesgesetzen mit fast 50000 Einzelnormen. Was die Verantwortlichen an diesem lähmenden Zustand dazu sagen, klingt jedoch ganz anders.

„Die Bundesregierung entlastet Bürgerinnen und Bürger von einem Übermaß an Vorschriften und an bürokratischen Pflichten und Kosten. Als Sofortmaßnahme wird die neue Bundesregierung durch ein Artikelgesetz (‚Small Companies Act‘) Unternehmen von besonders wachstumshemmender Überregulierung befreien.“ Im Brustton tatkräftiger Entschlossenheit zeigt die Bundesregierung auf ihren Internetseiten, wie „Bürokratieabbau“ geht.

Dieser Einstieg voller Elan offenbart jedoch nur: Bevor etwas Regulierendes verschwindet, kommt eine neue Regel, ein neues denglisch formuliertes Modegesetz. So versteht auch der letzte Bürger Bürokratie: Das Überflüssige mit dem Nutzlosen beseitigen. „Standardkostenmodelle zur systematischen Ermittlung von Bürokratiekosten“ werden demnach bald eingesetzt. Im Kanzleramt wird „ein unabhängiges Gremium von Fachleuten (Normenkontrollrat) eingesetzt“.

> Das Überflüssige mit dem Nutzlosen beseitigen

Sie halten das für Satire – weit gefehlt. Verfahren und Posten sollten Ihrer Meinung nach abgeschafft oder vereinfacht und nicht aufgebläht werden? – Keine Angst, tatsächlich versucht die Regierung nichts unerhört Neues. Sie bekämpft Bürokratie mit Bürokratie, das Abschaffenswerte sich somit selbst. Damit steht die staatlich selbsternannte Verschlankungsfachfrau Angela Merkel in einer langen Tradition deutscher Bürokratiereform.

Schon Ex-Innenminister Otto Schily sagte 2005 anläßlich der „Freischaltung der 376. elektronischen Dienstleistung der Bundesverwaltung“ stellvertretend für die rot-grüne Vorgänger-Regierung: „Obwohl wir an manchen Stellen viel zu viel Bürokratie haben: Die deutsche Verwaltung genießt international ein hohes Ansehen und ist seit jeher ein Wettbewerbsvorteil für unser Land.“ Den haben viele Bürger bloß noch nicht erkannt. Die wesentlichen Leistungen der Politik in diesem Sektor werden offenbar ignoriert.

Das mußte 2003 Ute Voigt (SPD), seinerzeit noch Innen-Staatssekretärin und nicht an Bürgerferne gescheiterte Wahlhoffnung ihrer Partei für das Ministerpräsidentenamt in Baden-Württemberg, erleben. „Sie werden feststellen, daß der Bürokratieabbau in vielen Punkten schon sehr weit gediehen ist“, verriet sie zur damaligen Messe „Moderner Staat“ dem verblüfften Publikum und gab prompt konkrete Beispiele. Man habe die Behörden von 654 auf 533 reduziert. Intern sei „neu strukturiert“, „gestrafft“ worden. Auch das Gleichstellungsgesetz von 2001 habe zum Bürokratieabbau beigetragen.

Also damals schon: zusätzliche Gesetze zum Gesetzes- und Verwaltungsabbau. Die Federführung des Innenressorts beim „Bürokratieabbau“ verweist ebenso auf rot-grüne Kontinuität. Immerhin wurden vermehrt Dienstleistungen des Staates dem Bürger im Internet zugänglich gemacht – ein „Fortschrittsanzeiger“ dokumentiert das.

Fortschrittlich ist zum Beispiel der im internationalen Vergleich geringe Anteil von 12,5 Prozent Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst – in den USA, Großbritannien und Skandinavien gebe es mehr Staatsdiener, rechnet der jüngste „Fortschrittsbericht“ vor. Was das dem Bürger nützt, verrät er nicht. Ideologische Neuerungen wie das „Genderkompetenzzentrum“ dienten nachweislich der Effizienzsteigerung, so das Papier.

Echte Erfolge bleiben die Hochglanzmeldungen von der Bürokratiefront schuldig. 200 Gesetze wurden abgeschafft, 800 neue Bundesgesetze im selben Zeitraum verabschiedet.

Von den wenigen Ersparnissen war vieles „ohnehin zeitlich überholt“, so Innenminister Wolfgang Schäuble. Entscheidende, das heißt Arbeitsplätze schaffende Erfolge wurden bislang nicht bemerkt. Die aufwendigen Statistikpflichten für Arbeitgeber beispielsweise hat bisher kein Politiker zurückgefahren.

Auch unter Kanzler Kohl sollte Bürokratie abnehmen – statt dessen kamen der Grüne Punkt, der Solidaritätszuschlag und das Dosenpfand. Das Steuerrecht – damals wie heute ein Bereich, in dem sich Bürokratieabbauer beweisen könnten – wurde unter dem CDU-Langzeitkanzler entgegen jahrelanger Ankündigungen nicht vereinfacht. 1993 umfaßten die elf wichtigsten Steuergesetze 2500 Paragraphen auf rund 300 Druckseiten. Jedes Jahr kamen damals etwa 100 Verwaltungsrichtlinien zu diesem Bereich heraus.

> Schon unter Kohl sollte die Bürokratie abgebaut werden

Viel früher, unter Konrad Adenauer gab es Bürokratie freilich noch nicht als Problem. Gesetze mußten Not lindern sowie staatliche Ordnung nach den Kriegsfolgen wiederherstellen helfen. So hatte das Bundesgesetzblatt 1950 insgesamt 825 Seiten, aktuell sind es rund 4000. Auch die einsetzende europäische Einigung war noch nicht als das Bürokratiemonster zu erkennen, das heute unablässig Gesetze ausspuckt, die auf nationaler Ebene umzusetzen sind. Dennoch legte schon jene Bundesregierung mit ihrem Beitrag zur Supranationalität der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Ursprung der späteren EU, den Keim für die überstaatliche Regelungsmacht.

Dieses Prinzip, das zur Förderung der europäischen Einheit die Verlagerung von Entscheidungen auf eine vermeintlich unpolitische Verwaltungsebene vorsah, findet sich heute als eine Haupttriebkraft der Bürokratie. Die Auswirkungen gelten für Europa wie für Deutschland. Wo Politiker hier wie dort nicht entscheiden wollen oder Risiken scheuen, lassen sie Gesetz und Verwaltung sprechen. Das Politik mehr ist als nur Verwaltung, wußten Politiker in der Frühphase der Republik allerdings noch.

Das Problem kann nur behoben werden, wenn sich der Staat von vielen angeeigneten Aufgaben wieder trennt, denn auch das hat über die Jahre erkennbar zur Bürokratisierung beigetragen. Über das Nötige hinausgehende Vorschriften wie die des Antidiskriminierungsbeziehungsweise Gleichbehandlungsgesetzes sind auch die Folge überdehnter Prävention. Sie muß zurückgefahren werden. Beispiele dafür finden sich viele, so im Verbraucherschutz.

Die als negativ empfundene Regelungstendenz entmündigt paradoxerweise am Ende gerade den, den sie zu schützen vorgibt, den Verbraucher und Bürger. Gelingt es nicht sie zurückzutreiben, droht, wie die Philosophin Hannah Arendt im Zusammenhang von Bürokratie und Diktatur schrieb, „die Herrschaft des Niemand“ als „vielleicht die unmenschlichste und grausamste Herrschaftsform“.

Gedanken zur Zeit:

Ohne Mittelstand bleibt Aufbau Ost ein Torso

Von Lienhard Schmidt

Die seit 15 Jahren erfolgenden Transfers zum Wiederaufbau einer wettbewerbsfähigen und gesunden Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern haben mittlerweile eine Summe von rund 1100 Milliarden Euro erreicht. Zweifellos hat dieser in seinen Dimensionen wohl weltweit einmalige Vorgang auch beachtliche Erfolge erzielt. Beachtlich vor allem dann, wenn man sie vor dem Hintergrund des totalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs sieht, die DDR war 1990 einfach am Ende. Sie war handlungs- und zahlungsunfähig, das System hatte sich selbst erledigt. Wenn der Wiederaufbau Ost heute noch große weiße Flecken auf der Landkarte aufweist, so gibt es hierfür eine Reihe von Gründen, über die Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien kräftig streiten, wobei der Grund, daß zu wenig Geld geflossen sei, von vornherein ausscheiden dürfte. Zuviel Prinzip Gießkanne bei der Verteilung, zu wenig sinnvolle Investitionen, zuviel für den Konsum, so lauten einige der kritischen Kommentare. Konstruktive Vorschläge, die Klaus von Dohnanyi in jüngerer Vergangenheit unterbreitete, bedürfen wohl mehr als zaghafter Unterstützung, um die erhoffte Wirkung zu zeigen. Aber um das Kernproblem zu lösen, die in etlichen Regionen dominierende Perspektivlosigkeit, die Abwanderung junger, meist gut ausgebildeter Menschen von Ost nach West (etwa zwei Millionen) und die bedrohliche Höhen erreichende Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, ist eine flächendeckende Re-Etablierung des Mittelstandes unabdingbare Voraussetzung. Es ist allgemein bekannt, daß der Mittelstand in Deutschland zirka 75 Prozent der Arbeitsplätze stellt. Das war vor dem Kriege so und ist heute nicht anders. Ein ganz wesentlicher Grund für die gravierende Arbeitsplatzproblematik in weiten Teilen der neuen Bundesländer dürfte im Fehlen eines breiten Mittelstandes zu finden sein. Diese Erkenntnis scheint bei unseren „Machern“ in Politik, Wirtschaft und den Medien bislang nur wenig verbreitet zu sein. Vielleicht ist in unserer schnellebigen Zeit die Erinnerung daran verblaßt, daß ab 1945 in der sowjetisch besetzten Zone durch die Besatzungsmacht und das von ihr etablierte kommunistische Regime ein Kernpunkt der marxistisch-leninistischen Ideologie verwirklicht wurde: die Entmachtung, das heißt Vernichtung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen, der „Bourgeoisie“. Was hier stattfand, waren gezielte Maßnahmen der Entrechtung, Vertreibung, Eigentumsentziehung, oft verbunden mit Verhaftungen und Tötung, ganz im Sinne des ideologisch fundierten, totalitären Regimes mit der Absicht, die ökonomischen Organisationsstrukturen der Bürgergesellschaft und die sie begründenden Eigentumsrechte zu zerstören. Hunderttausende mittelständischer Unternehmen wurden vernichtet, wobei keineswegs nur großer Landbesitz verstaatlicht wurde. Fabriken, Handwerksbetriebe und Hausbesitzer waren ebenso betroffen. Schließlich war die Abschaffung des produktiven Privateigentums das erklärte politische Ziel.

> Abschaffung des produktiven Eigentums war politisches Ziel

45 Jahre danach erlebten wir den Bankrott der DDR, den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Diktaturen im gesamten Ostblock. Das „System“ hatte sich als Fehlleistung entpuppt. Es starb an innerer Auszehrung. Die Regime verschwanden, aber die Folgen des von ihnen angerichteten Unrechts spüren wir, wie in unterschiedlichem Grade auch unsere Nachbarn im Osten, noch heute. Unser Vorteil ist, daß ein großer Teil der in der DDR enteigneten und vertriebenen Mittelständler nach der Flucht in den Westen Unternehmen gründete, was zum „Wirtschaftswunder“ in der Bonner Republik erheblich beitrug. Wäre nach der Wiedervereinigung für diese Familien ein zumutbarer Weg eröffnet worden, an ihre alte Wirkungsstätten zurückzukehren, dürften wohl die meisten von ihnen Kapital und unternehmerisches Können in den Aufbau Ost eingebracht haben.

Fakt ist, daß 15 Jahre nach der Wiedervereinigung unser Staat noch auf etwa zwei Dritteln des erwähnten, zu hoch eingeschätzten Volksvermögens sitzt, daß seit 1995 die Preise für Immobilien in den neuen Bundesländern per Saldo fallen und daß eine Etablierung von Mittelstand dort, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht stattgefunden hat, mit den bereits erwähnten negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation und das wirtschaftliche Veröden etlicher Dörfer und Städte. Es ist viel darüber gestritten worden, wieweit die Gründe für das im Einigungsvertrag verankerte Rückerstattungsverbot einer objektiven Prüfung standhalten können. Den Protagonisten der damaligen Entscheidungen fällt es offensichtlich immer schwerer, die Version zu verkaufen, die Wiedervereinigung sei auf Grund sowjetischer und DDR-Einwände ohne Verzicht auf Rückerstattung nicht möglich gewesen. Jedenfalls hat Constanze Paffraths Buch „Macht und Eigentum“ vielerorts Nachdenken ausgelöst, wo bisher Gleichgültigkeit oder Vorurteil herrschten. Aufschlußreich hierzu war im vergangenen Jahr besonders eine TV-Sendung bei Phönix unter dem Titel „Enteignet für die Einheit?“ Zwar gelang es der Bundesregierung, die erforderliche Mehrheit des Bundestags (und wohl auch das Bundesverfassungsgericht) im Rahmen des Zustimmungsgesetzes zum Einigungsvertrag in der Schlußabstimmung vom 20. September 1990 von ihren Gründen für die Ergänzung des Grundgesetzes (GG) in Artikel 143 zu überzeugen. Hiernach können die gewaltsamen Eingriffe ins Eigentum (1945–1949) nicht mehr rückgängig gemacht werden. Aber immerhin gaben 112 Bundestagsmitglieder damals eine Protesterklärung heraus. Ihnen jedenfalls waren die tiefgreifenden moralischen, rechtlichen und politischen Folgen der wie auch immer begründeten Abweichung von den im GG festgelegten Grundwerten klar vor Augen. Fraglos stellt die erwähnte Grundgesetzergänzung nun einen Teil der deutschen Staatsbürger unter ein besonderes, minderes Recht. Die Grundlagen des Unrechtsstaates DDR und die Unrechtsmaßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone werden jedenfalls gegenüber dem Kreis der Enteigneten nachträglich sanktioniert, weil für rechtens erklärt. So sind dann im Verlauf der Jahre runde 1,7 Millionen Rückerstattungsanträge abgelehnt worden. Das Bundesverfassungsgericht beruft sich natürlich auf den Nachtrag zum GG in Artikel 143 und sieht keine Möglichkeit, den deutschen Bürgern minderen Rechts zu dem Recht zu verhelfen, das allen anderen uneingeschränkt zur Verfügung steht. Ein Zustand, der einer freiheitlichen Demokratie und eines Rechtsstaates unwürdig ist. Er bedarf aber auch aus dem schon zuvor erläuterten Grund (der Ermöglichung des Zugangs rückkehrwilliger Mittelständler zu ihrem ehemaligen Besitz, sofern dieser noch in Staatshand ist) dringend einer Korrektur.

Welch groteske Blüten die zur Zeit gültige „Rechtslage“ zeitigt, soll an einem Beispiel erläutert werden. Die Nachfahren einer heute in Hamburg lebenden Familie hatten sich nach der Wende bemüht, Haus und Betriebsgrundstück ihrer Eltern in Wittenberge an der Elbe zurückzuerhalten. Die Eltern hatten dort eine Autoreparaturwerkstätte betrieben (1939 noch mit acht Mitarbeitern). Aufgrund einer Denunziation durch Nachbarn wurden die Eltern im Jahre 1947 enteignet und von Haus und Hof vertrieben, obwohl sie weder Mitglied der NSDAP waren noch die damaligen Machthaber in keiner Weise unterstützt hatten. Sie wurden Opfer der Schikane eines ansässigen Kommunisten. Die Treuhand hat das Rückgabeersuchen abgelehnt unter Verweis auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Das Elternhaus der Antragsteller wurde von der Treuhand 1992 an einen alten Stasimitarbeiter verkauft. Das Betriebsgrundstück mit darauf stehendem Gebäude wurde von der Treuhand zweimal mit erheblichen Zuschüssen an ausländische Investoren veräußert. Beide Investoren gingen Pleite. Das Haus ist heute eine Ruine und das Grundstück eine Brache. Die Nachfahren der enteigneten Familie wandten sich kürzlich an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit der Frage, ob Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Verfahren bestünde, die ja in ihrem Urgrund auf falschen Voraussetzungen beruhten. Das Bundesverfassungsgericht hat solches natürlich abgelehnt mit Hinweis auf die Unanfechtbarkeit seiner Urteile auf nationaler Ebene. Die Verfahren seien endgültig abgeschlossen. Es liegt auf der Hand, daß die Institution, welche für die makellose Einhaltung des Grundgesetzes letzte Entscheidungsvollmacht besitzt, angesichts des am 20. September 1990 vom Bundestag beschlossenen Zusatzes zu Artikel 143 des GG keine Initiative ergreifen kann (oder will), die eine Wiedereinführung gleichen Rechtes für alle Bürger der Bundesrepublik zur Folge hätte. Wie die Dinge liegen, muß eine solche Initiative von der Legislative, also vom Bundestag selbst, ausgehen, möglicherweise nunmehr unterstützt von der Exekutive, der Bundesregierung. Letztere könnte unter Verzicht auf jegliche Schuldzuweisung hinsichtlich tatsächlicher oder vermeintlicher Sachzwänge, die unsere zur Zeit der Wende amtierende Bundesregierung dazu veranlaßte, einen Spagat zwischen Opportunität und Treue zu den Grundwerten unserer Demokratie zu wagen, nun in Würdigung der mittlerweile erkennbaren Schäden der strikten Anwendung des Rückerstattungsverbotes eine Revision des Zusatzes in Artikel 143 empfehlen. Etwa dergestalt, daß heute noch in Staatshand befindliche Immobilien aus dem „volkseigenen“ Besitzstand der damaligen DDR-Regierung zumindest den Enteigneten beziehungsweise deren Nachfahren rückzuerstatten sind, die bereit sind, einen unternehmerischen Neuanfang in ihrer alten Heimat zu wagen. So könnte der Wiederaufbau mittelständischer Strukturen in den neuen Bundesländern Impulse erhalten, welche die öffentliche Hand nicht belasten, ihr auf längere Sicht aber helfen können, die mehrfach erwähnten Probleme beim Aufbau Ost zu reduzieren, wenn nicht zu lösen.

> Irrtümer zu korrigieren ist das Gebot der Stunde

Fehler einzusehen ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Intelligenz, Irrtümer zu korrigieren das Gebot der Stunde. Gesetze sollten nicht der Fortführung von Unrecht dienen. Aus kommunistischem Unrecht sollte kein demokratisches Recht werden.

MELDUNGEN

Außer Kontrolle geraten

Kongo – Um die Wahlen in der von Unruhen beherrschten Republik Kongo am 30. Juli zu sichern, beabsichtigt die EU 1500 Soldaten in die Hauptstadt Kinshasa zu entsenden. Inzwischen wird jedoch immer offensichtlicher, daß die Durchführung der Wahlen in der Hauptstadt keineswegs derart von Zwischenfällen gestört zu werden droht, wie es im Osten des Kongos der Fall ist. Hier ziehen rebellierende Truppen durch die Provinzen, versetzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken und drohen, die Wahllokale zu besetzen.

Einer der Rebellenführer, die die Wahl zur Farce machen möchten, ist General Nkunda. Zwar versucht die internationale Eingreiftruppe der Monuc den vom ruandischen Präsidenten Kagames unterstützten Tutsi-Krieger zu fassen, doch der General kennt sich in seiner Heimat besser aus. Da er außerdem besser zahlt als die internationalen Truppen und Organisationen, kann er auf bis zu 15000 willige Kämpfer zurükkgreifen. Neben Geld ist Angst seine größte Waffe. Bis heute ist sein Überfall auf die Stadt Bukavu 2004, wo er seine Horden drei Tage ungestört plündern, morden und vergewaltigen ließ, in den Köpfen der Menschen. Gnade ist ihm fremd.

Neben Nkunda machen noch andere militärische Gruppierungen den Osten des Kongos unsicher. Die „FLNR“, Abkömmlinge der ruandischen Hutu, kann ebenfalls auf 10000 bis 15000 Kämpfer verweisen.

Die örtliche Polizei ist angesichts der Übermacht völlig hilflos. Selbst wenn die angeforderte Hilfe aus Kinshasa eintrifft, ist sie meist zu spät und die Rebellen sind weitergezogen. *Bel*

Werteunterricht soll es richten

Großbritannien – Die Londoner Regierung hat beschlossen, einen Werteunterricht an Schulen einzuführen, um extremistische Tendenzen schon im Keim zu ersticken. Zweck des Werteunterrichts sei es, „grundlegende britische Werte“ zu vermitteln, um einen stärkeren Zusammenhalt in der Bevölkerung zu erzeugen, damit Anschläge wie jene vor einem Jahr in London nicht noch einmal erfolgen können.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt soll vor allem auch moslemische Kinder mit einschließen, die laut einer am Montag herausgegebenen Studie der Universitäten Oxford, Warwick, Derby und Birmingham die am meisten benachteiligte Gruppe darstellen.

Bei den Tätern der Anschläge vom 7. Juli 2005 handelte es sich ausschließlich um nur scheinbar in die britische Gesellschaft integrierte junge Moslems. Diese Volksgruppe verzeichne besonders viele Arbeitslose und konzentriere sich vor allem in Armenvierteln. So lebe jeder dritte Moslem in England in einem sozialen Brennpunkt. Viele von ihnen seien überproportional schlecht ausgebildet und litten an Krankheiten. Außerdem fiel im Rahmen der Studie auf, daß Moslems die am wenigsten mobile Bevölkerungsgruppe seien. So habe sich an der Verteilung moslemischer Kommunen zwischen 1960 und 2000 kaum etwas verändert. Eine Vermischung und ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit nicht-moslemischen Briten könne so nicht entstehen. Dies solle der „Werteunterricht“ ändern. *R. B.*

Zusammenprall der Giganten

Der Ton zwischen den USA und Rußland wird schärfer – Droht Neuauflage des »Kalten Krieges«

Von Dietrich Zeitel

Die Indizien dafür, daß sich die russisch-amerikanischen Beziehungen ernsthaft verschlechtert haben, sind seit einiger Zeit unübersehbar. Ein erster deutlicher Hinweis hierfür war die vor einigen Wochen vom Pentagon lancierte Behauptung, ein russischer Diplomat habe im März 2003 Saddam Hussein Geheiminformationen über die US-Angriffsplanung verraten. Nach Aussage des russischen Außenministers Sergej Lawrow habe die russische Regierung von diesen Vorwürfen erst aus der Presse erfahren. Diese Informationen erwiesen sich allerdings als falsch, so daß darüber gemutmaßt werden darf, was die Amerikaner mit der Veröffentlichung des Vorgangs bezwecken wollten. Möglicherweise wollten sie dokumentieren, daß die Russen ihrem langjährigen Partner Saddam Hussein falsche Informationen zuspielten, um den Amerikanern den Angriff zu erleichtern. Dieses Vorgehen wäre aber mindestens als „unfreundlicher Akt“ seitens der USA gegenüber Rußland zu bewerten.

Anfang Mai trat dann Bushs Mann fürs Grobe, nämlich US-Vizepräsident Dick Cheney, auf den Plan. „Rußland muß eine Wahl treffen“, erklärte Cheney auf einer Konferenz von Führungspersönlichkeiten aus der Schwarzmeerregion und dem Baltikum im litauischen Wilna. Reformgegner in Rußland versuchten derzeit, so Cheney laut der britischen Zeitung „The Guardian“, die Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts zurückzudrehen und die demokratischen Rechte einzuschränken. Flankiert wurde Cheney von dem georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, der behauptete, daß Moskau die Souveränität und Freiheit der ehemaligen Sowjetrepubliken bedrohe. Die „imperialistische Nostalgie“ der russischen Regierung gelte es zu bekämpfen.

Vor allem aber warf Cheney Rußlands Präsidenten Putin vor, Öl und Gas zur Erpressung von Nachbarstaaten eingesetzt zu haben. Ein paar Tage später legte US-Präsident Bush nach, als er Putin „wirtschaftlichen Nationalismus“ vorwarf: „Eine unserer Sorgen betrifft den wirtschaftlichen Nationalismus“, so Bush, „etwa wenn Ölfirmen dazu benutzt werden, um politisch scheinende Ziele zu erreichen.“

Die USA werfen Putin vor, Nachbarstaaten mit Gas zu erpressen

Für weiteren Konfliktstoff im russisch-amerikanischen Verhältnis dürfte die Ankündigung Cheneys sorgen, die Region Kaukasus von seinen „eingefrorenen Konflikten“, womit er die unentschiedenen Konflikte in Nagorny-Karabach, Abchasien und Südossetien meinte, „befreien“ zu wollen. Wie auch immer sich die Amerikaner hier eine Intervention vorstellen: Sie dürfte zu einer weiteren Verschärfung des ohnehin angespannten Verhältnisses zwischen Rußland und den USA führen.

In den russischen Medien wurden insbesondere Cheneys Äußerungen mit der Rede Winston Churchills in Fulton (Missouri / USA) vom 5. März 1946 verglichen, in der dieser vom Ende der „Anti-Hitler-Koalition“ redete und den Übergang zum „Kalten Krieg“ in den Raum stellte. Es war jene Rede, in der Churchill von einem „eisernen Vorhang“ sprach, der sich durch Europa zöge.

Putin hat mittlerweile auf diese Vorwürfe reagiert. Er warf den USA vor, sie scherten sich nicht um Menschenrechte, wenn es um ihre eigenen Interessen ginge. Etwas kryptisch sagte Putin: „Wie das Sprichwort sagt: Kamerad Wolf weiß, wenn er fressen muß – und er frißt, ohne auf andere zu hören.“ Bereits Mitte April hatte sich der als „prowestlich“ eingestufte ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow zu Wort gemeldet und die steigenden Spannungen im amerikanisch-russischen Verhältnis beklagt („Mos-News“, 14. April). Mit ungewöhnlich deutlichen Worten prangerte Gorbatschow an, daß sich die USA „in der internationalen Arena die Rolle des Klägers, Richters und Polizisten reserviert hätten. Dies könne nicht anders als zurückgewiesen werden, und zwar nicht nur durch Rußland“. Gorbatschow betonte, daß Rußland die „Rolle des Juniorpartners nicht akzeptieren werde, die Washington vorgesehen hat“.

Foto: pa

Uneins in Sachen Aufteilung der Einflußbereiche: Rußlands Kremlchef Putin und der US-Präsident Bush

Es sind diese und andere Töne, die die politischen Auguren einen neuen „Kalten Krieg“ zwischen den USA und Rußland befürchten lassen. Nicht ohne Grund, versuchen doch einflußreiche Kreise in den USA, auf eine völlige Neuausrichtung der Beziehungen zwischen beiden Staaten hinzuarbeiten. So zum Beispiel der außerparlamentarische „Council on Foreign Relations“ (CFR), der Anfang März ein „Strategiepapier“ veröffentlichte, und zwar am gleichen Tag, an dem Churchill 60 Jahre zuvor seine oben bereits angesprochene Rede über den „eisernen Vorhang“ in Fulton hielt. Die Bedeutung des CFR kann nicht überschätzt werden: Die Gesellschaft wurde 1921 in New York von Edward Mandell House im Auftrag von David Rokkefeller gegründet. Ihr wird seit ihrer Entstehung eine herausragende Bedeutung bei der Entwicklun außenpolitischer Strategien zugesprochen. Das CFR agiert allerdings eher im Hintergrund und ohne Kontrolle von außen und lehnt eine ausführliche Publizierung seiner Aktivitäten ab. Laut CFR entwickelten sich die Beziehungen zwischen Rußland und den USA eindeutig „in eine falsche Richtung“. Die Idee einer „strategischen Partnerschaft“ erscheine nicht länger realistisch. Unterzeichnet ist dieses Papier von Exsenator John Edwards (Demokraten) und dem Ex-Abgeordneten Jack Kemp (Republikaner). Die Argumente, die in diesem Papier aufscheinen, sind in etwa deckungsgleich mit denen, die Bush und Cheney in der Folge benutzten.

Nachdenklich dürften Putin die Forderungen stimmen, die in diesem Papier erhoben werden. Da ist unter anderem die Rede davon, daß die Finanzmittel regierungskritischer Organisationen in Rußland erhöht werden müßten, beziehungsweise davon, daß die russische Regierung zu konkreten Schritten verpflichtet werden müsse, damit die Präsidentschaftswahlen 2008 „offen, vertragsgemäß und pluralistisch“ verliefen. Darüber hinaus müßten die USA energiepolitisch über Alternativen nachdenken, damit der russische Anteil an der Energieversorgung Europas verringert werden könne. Rußland müsse weiter gedrängt werden, die atomare Zusammenarbeit mit Teheran zu beenden. Bei den Verhandlungen über die Aufnahme Rußlands in die Welthandelsorganisation (WTO) sollte auf eine forcierte „Liberalisierung“ der russischen Wirtschaft gedrängt werden. Schließlich sollten die USA im Hinblick auf die Beziehungen zu den Nachbarn Rußlands russische Interessen hintenanstellen. Das alles liest sich nicht nur wie eine Kampfansage an Putin, es ist eine. Das CFR-Papier dürfte diejenigen Kreise in Rußland bestätigen, die schon länger darüber mutmaßen, daß die Vereinigten Staaten in Rußland eine neue „samtene Revolution“ à la Ukraine oder Georgien zur Ablösung Putins planten. Wohl auch deshalb hat Putin den Aktionsradius der Nichtsregierungsorganisationen in Rußland deutlich eingengen lassen.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß es sich bei dem besagten CFR-Papier um das Dokument explizit antirussischer Kräfte innerhalb der politischen Elite der Vereinigten Staaten handelt, ist dieses Papier ein Reflex auf die Grundsätzlichkeit der Interessengegensätze, die in den letzten Monaten zwischen der „einzigen Supermacht“ und Rußland evident geworden sind. Vor gut neun Jahren konnte die „graue Eminenz“ der US-Außenpolitik, nämlich Zbigniew Brzezinski, noch in seinem Buch „The great chessboard“, „Die einzige Weltmacht“, 1997, befriedigt darüber räsonieren, daß Amerika „nun der Schiedsrichter Eurasiens“ sei; kein „größeres eurasisches Problem“ lasse sich „ohne Beteiligung der USA oder gegen ihre Interessen lösen“. Einschränkend stellte Brzezinski schon damals fest, daß die Mitte Eurasiens nur solange „ein Schwarzes Loch“ bleiben werde, wie sich „Rußland zu keiner postimperialen Selbstdefinition durchgerungen“ habe. Für die USA gelte es sicherzustellen, daß „kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen“. Heute wird man feststellen dürfen, daß Rußland unter Putin diese „postimperiale Selbstdefinition“ gefunden hat und als „Globalplayer“ im eurasischen Raum wieder eine feste Größe darstellt. Ähnliches kann mit Blick auf China gesagt werden, dessen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sich, ähnlich wie im Falle Rußlands, in dem Maße verschlechtern, in dem es als Großmacht auf den Plan tritt und damit einem „expansionistischen Impuls“ folgt, der sich zu einer „Gefahr für die Stabilität des internationalen Systems“ auswachsen könne, wie es der einflußreiche US-Publizist Robert Kaplan in der Mai-Ausgabe 2005 der Zeitschrift „The Atlantic“ ausdrückte. Kaplan erwartet deshalb einen „zweiten Kalten Krieg“ zwischen China und den USA und die Rückkehr „einer traditionellen Machtpolitik“, womit er eine Politik meint, die auf „liberale Grundwerte“ und „multilaterale Konfliktbewältigung“ verzichtet.

Gegenseitige Beleidigungen sind an der Tagesordnung

Ähnlich fällt die Analyse im Hinblick auf Rußland aus. Wenn Rußland auch derzeit den Vereinigten Staaten militärisch nicht Paroli bieten kann, entfaltet es doch als Energie-Großmacht beziehungsweise als „Ressourcenstaat“ mehr und mehr Einfluß. Als „Ressourcenstaaten“ werden die Staaten bezeichnet, bei denen die Ressourcensektoren mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und mehr als 40 Prozent der Exporte ausmachen. Diese Position versetzt Rußland in die Lage, in der Außenpolitik deutlich selbstbewußter aufzutreten. Die Drohungen von Gasprom in Richtung Europa, nämlich die Energieversorgung zurückzufahren, wenn dessen Interessen „nicht genügend beachtet“ würden, tangieren eine Maxime amerikanischer Geopolitik, nämlich den „Brückenkopf Europa“, „von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zusammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten läßt“, wie es Brzezinski ausdrückte. Deshalb kann eine steigende energiepolitische Abhängigkeit Europas (insbesondere Deutschlands), mit der auch ein steigendes politisches Einflußvermögen verbunden ist, nicht im US-Interesse sein.

Vor diesem Hintergrund sind wohl auch die oben zitierten rußlandkritischen Attacken von Bush und Cheney zu sehen. Dazu kommt ein weiteres: Nicht wenige westliche Beobachter sind der Überzeugung, daß Rußland sein Potential als Energiegroßmacht nutzen könnte, um in den GUS-Staaten wieder nachhaltig Einfluß zu nehmen, sich von westlichen Werten abzuwenden und um mit China ein strategisches Bündnis gegen den Westen einzugehen. In der Tat ist das offene Eintreten für eine „multipolare Welt“ sowohl von Rußland als auch von China, die deshalb auch die Kooperation mit Indien suchen („Triadenbildung“), eine Infragestellung der hegemonialen Ansprüche der USA. Die USA haben diese Triadenbildung zuletzt dadurch zu durchkreuzen versucht, daß sie Anfang März dieses Jahres Indien den Status einer Atommacht verliehen haben, obwohl das Land sich weigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Auf die „Internationale Atomenergiebehörde“ (IAEO) wurde nachhaltig Druck ausgeübt, die Regularien so zu verändern, daß der Export von nuklearem Brennstoff und ziviler Nukleartechnologie möglich wird. Eindeutigen Versuchen seitens der USA, Indien in ein breiteres strategisches Bündnis einzubeziehen, hat sich Indien trotz dieser Zugeständnisse bisher erfolgreich entziehen können. Dies dürfte auch auf die erfolgreiche Politik Putins zurückzuführen sein, der es bisher verstanden hat, daß weder die Intensivierung der Beziehungen zwischen Indien und den USA noch die Kontakte zwischen Moskau und Islamabad das gute Verhältnis zu Indien beeinträchtigt haben.

Wie auch immer die Entwicklung im umkämpften asiatischen Teil Eurasiens weitergehen wird: Festgehalten werden kann, daß die USA ihre Rolle als Hegemon und Schiedsrichter auf absehbare Zeit, wenn nicht für immer, eingebüßt haben.

Schön bunt und teuer

EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Wien verlief weitgehend ergebnislos

Von R. G. Kerschhofer

„Guat is's gangen, nix is gschehn", dachten nicht nur die Sicherheitsverantwortlichen, sondern wohl die meisten Wiener. Tatsächlich kam es weder zu Terroranschlägen noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, und selbst die Verkehrsbehinderungen – unter anderem durch einen Protestmarsch der „Gegengipfler" – hielten sich in Grenzen. Die Polizei konnte zufrieden sein nach dieser Generalprobe für das Gipfeltreffen mit Präsident Bush im Juni. Und der wird ohnehin eine Armee von Leibwächtern mitbringen.

Manches verlief dennoch nicht ganz plangemäß: So schaffte es eine von „Greenpeace" mittels Presseausweis eingeschleuste argentinische Sambatänzerin, bis zu den Staatsmännern vorzudringen, die soeben für das obligate Gruppenbild Aufstellung genommen hatten. Ein paar Sekunden lang konnte sie ihr Transparent schwenken, ehe sie von einem Sicherheitsmann mit Macho-Griff um die Taille abgeführt wurde – es sah aus wie eine rustikale Aufforderung zum Tanz. Die Leibesvisitation auf Waffen oder Sprengstoffgürtel erübrigte sich angesichts der Spärlichkeit des Kostüms.

Unplangemäß war auch, daß an dem von Bundespräsident Heinz Fischer gegebenen Gala-Diner in Schönbrunn nicht alle Geladenen teilnahmen. Bei Tony Blair kann man es verstehen, denn der riskiert bei zu langem Auslandsaufenthalt, nicht mehr als Premierminister heimfliegen zu können. Aber warum auch Angela Merkel vorzeitig abreiste? Küche und Ambiente in Schönbrunn sind doch äußerst gepflegt, und nach der republikanischen Hoftafel konnte man sogar tanzen! Tanz in Schönbrunn – der Kongreß tanzt – das verleitete auch manchen Journalisten, geschichtliches Unwissen durchblicken zu lassen. Denn jeder Vergleich mit dem Wiener Kongreß von 1814/15 hinkt: Da saßen die Vertreter der damaligen Großmächte beisammen, in kleinem Kreis, neun Monate lang. Und sie faßten weitreichende, wenngleich nicht unbedingt segensreiche Beschlüsse.

Worum ging es bei diesem EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel? („Karibik" steht extra im Namen, weil die Inseln, nicht spanische oder portugiesische, sondern britische Kolonien waren.) Ja, worum ging es eigentlich? Es war schon das vierte derartige Treffen – das nächste ist wieder drüben – und am besten beschreiben läßt es sich mit dem von Kaiser Franz-Joseph so gerne gebrauchten Satz „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut."

Natürlich wurde alles „besprochen" – der Kampf für Demokratie und Menschenrechte, die Stärkung der Uno, der Umweltschutz, der Neo-Liberalismus. Weiter der Kampf gegen Terrorismus, Drogen, Armut und Arbeitslosigkeit. In Energiefragen will man enger zusammenarbeiten, wobei die „gemeinsame Entwicklung alternativer Energiequellen" im Zentrum stehen soll. Nur bei den immer wieder zur Sprache kommenden Assoziierungsabkommen hat die EU Probleme mit dem Gegenüber, denn die Mitgliedschaften in Mercosur und Anden-Pakt sind eher wechselhaft. Fix beschlossen wurden jedenfalls Verhandlungen über eine Freihandelszone der EU mit sechs mittelamerikanischen Staaten. Also bald zollfreie amerikanische Chiquita-Bananen für Europa?

Die österreichische Außenministerin Plassnik sah dennoch „viel Konkretes". Bundeskanzler Schüssel als Gastgeber betonte obendrein, daß es am Rande der Konferenz zu 300 bilateralen Gesprächen gekommen sei! Das ist gewiß nicht schädlich, und Wien bei angenehmem Frühlingswetter bleibt bestimmt allen in bester Erinnerung. Zeitgleich mit dem Schönbrunn-Empfang fand übrigens auf dem Rathausplatz die Eröffnung der Wiener Festwochen statt.

Daß sich der bolivianische Präsidenten-Lehrling Evo Morales unprotokollarisch gab, hatte einen folkloristischen Reiz. Bei Venezuelas Hugo Chávez war weniger einleuchtend, warum er das offizielle Abendprogramm mied und sich lieber bei Gegenveranstaltungen von linkslinken Amerika-Fressern bejubeln ließ. Denn so versäumte er die einmalige Gelegenheit, den europäischen Kollegen klarzumachen, daß und warum ihre Haltung sie in der Dritten Welt als Erfüllungsgehilfen der US-Regierung erscheinen läßt. Immerhin absolvierten Morales und Chávez am Tag der Abreise noch einen Staatsbesuch bei Bundespräsident Fischer in der Hofburg – mit rotem Teppich und Garde-Bataillon.

Besondere Erwähnung verdient schließlich auch das Benefiz-Fußballspiel zwischen der „EU-Präsidentschaft" und der „EU-Kommission": Schüssel brillierte dabei durch Querpässe für Torjäger Erdogan, diesmal nicht bloß im übertragenen Sinn. Ein symbolträchtiger Akt, an den sich die Wähler erinnern sollten.

Foto: AFP

Schrill, aber friedlich: Alternativ-Gipfel vor der Wiener Hofburg

Pressestimmen zum EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel

„Welchen Zweck hat eine internationale Konferenz?', lautet eine alte Scherzfrage. Die Antwort: ‚Um das Datum der nächsten festzulegen.' Nun gut, der fünfte Gipfel EU-Lateinamerika-Karibik findet im Jahr 2008 in Peru statt." **„Pagina/12", Buenos Aires**

„Der Gipfel war ein Fiasko. Er endete mit mehr Leid als Herrlichkeit. Weder die Südamerikaner noch die Kariben konnten konkrete Abkommen mit nach Hause nehmen. Dabei haben 60 Staats- und Regierungschefs am Vormittag und Nachmittag in drei Gruppen zu je 20 über mögliche Integrationsabkommen der beiden Blöcke diskutiert. Der Gipfel nützte eher den Europäern." **„Ultimas Noticias", Caracas**

„Während des Gipfels wurden die ideologischen und politischen Differenzen unter den Staaten unseres Kontinents offenbar, zum Beispiel zwischen Mexiko und Venezuela. Selbstverständlich sind sie kein monolithischer oder homogener Block ..., sie könnten aber bei Treffen wie diesen größere Anstrengungen zur Einigung zeigen. Die EU ist ein Beispiel, wie man Interessen einig vertreten kann trotz der Verschiedenheit der Völker. Wir brauchen mehr Intelligenz und weniger Ideologie, um Lateinamerika tatsächlich Gehör und Einfluß zu verschaffen." **„El Universal", Mexiko**

Das Boot ist voll

Angela Merkel kündigt die Notwendigkeit klarer EU-Außengrenzen an

Von Martin Schmidt

Die aktuelle Europapolitik zeigt ein Janusgesicht: Angela Merkel will gemäß Regierungserklärung vom 11. Mai die gescheiterten Brüsseler Pläne für eine EU-Verfassung mit neuem Leben erfüllen, sobald die Bundesrepublik im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft übernimmt. Im Hintergrund steht der Wunsch nach zentralistischer „Vertiefung" der Staatengemeinschaft, dem die Franzosen und Niederländer per Volksentscheid bereits eine Absage erteilten und dem auch künftig keine Mehrheit der europäischen Bevölkerung zustimmen wird – wenn man sie denn fragt ...

Andererseits möchte die Kanzlerin die Vision der Vertiefung offenbar nicht mehr mit einer weitergehenden Ausdehnung der Union verbinden und damit ein vorhersehbares Scheitern des ganzen Projekts heraufbeschwören. Jedenfalls kündigte sie am 11. Mai im Bundestag nicht nur einen beschleunigten Bürokratieabbau auf europäischer Ebene an und bekräftigte, daß Deutschland den Stabilitäts- und Wachstumspakt künftig wieder einzuhalten gedenke, sondern sie betonte auch die Notwendigkeit klarer EU-Außengrenzen: „Ein Gebilde, das keine Grenzen hat, kann nicht schlüssig handeln." Die Versprechen an die Beitrittskandidaten müßten eingehalten werden, so Merkel. Allerdings seien auch die Kriterien für den Beitritt klar: „Beitrittsverhandlungen sind keine Einbahnstraße." Dementsprechend forderte sie die Europäische Kommission auf, in ihren Berichten auch die Defizite der Beitrittskandidaten deutlich zu machen.

Die Kanzlerin nannte weder Rumänien noch Bulgarien,

EU-Politiker fordern Rücknahme des Erweiterungstempos

geschweige denn die Türkei beim Namen, trotzdem spricht derzeit manches dafür, daß die EU-Erweiterung um diese Länder aufgeschoben beziehungsweise ganz unterbunden wird. Zwar entgegnete der finnische Ministerpräsident Matti Vanhanen postwendend, alle europäischen Länder, die „unsere Werte teilen", hätten ein „Recht" auf die EU-Mitgliedschaft, doch die jüngsten Äußerungen Angela Merkels scheinen eher im Trend zu liegen.

So kritisierte der inzwischen mehr im Hintergrund wirkende, aber nach wie vor einflußreiche Ex-Kommissionspräsident Jacques Santer Ende April, daß die zum 1. Mai 2004 verwirklichte EU-Erweiterung um zehn Staaten zum Teil „ein Schuß aus der Hüfte" gewesen sei. Deshalb empfehle er eine Rücknahme des Erweiterungstempos.

Bei einem Kamingespräch des österreichischen Marketingclubs Linz bekannte Santer, aus den „Fehlern" der Vergangenheit gelernt zu haben. Die EU-Erweiterung um Rumänien, Bulgarien oder Kroatien müsse sehr behutsam angegangen werden, sagte er, und die Türkei solle zwar stärker an die Staatenunion gebunden, nicht aber aufgenommen werden. Was jetzt passiere, sei nicht nur eine Hypothek für unsere Kinder, sondern teilweise auch heuchlerisch, warnte der christdemokratische Spitzenpolitiker aus Luxemburg.

Während die Türkei die Vorgaben Brüssels ignoriert, indem sie beispielsweise die Anerkennung der Unabhängigkeit Zyperns verweigert, weisen Rumänien und Bulgarien nach wie vor erhebliche Unzulänglichkeiten in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justizreformen und Umweltpolitik auf.

Da der diese Woche veröffentlichte Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission den in Aussicht gestellten Beitritt zum 1. Januar 2007 mindestens bis 2008 hinausschieben dürfte, konzentrieren sich die maßgeblichen Politiker in Bukarest und Sofia mittlerweile darauf, die „Gefahren" einer „Demütigung" (so der bulgarische Außenminister Ivaylo Kalfin) an die Wand zu malen.

Die bürgerliche rumänische Regierung Tariceanu warnt vor einer bevorstehenden Ablösung durch die sich immer näherkommenden Postkommunisten (PSD) und Nationalchauvinisten der Großrumänien-Partei (PRM) per Mißtrauensantrag.

Doch selbst wenn es den Rumänen, Bulgaren und Kroaten gerade noch gelingen sollte, ihren Beitritt bis spätestens 2008 durchzusetzen, wird sich die Liste der abgewiesenen EU-Bewerber in den kommenden Jahren deutlich verlängern.

Nachdem man 1987 bereits den Antrag Marokkos abgelehnt hatte,

Liste der abgewiesenen EU-Bewerber wird sich verlängern

setzte Brüssel kürzlich die EU-Annäherungsverhandlungen mit Serbien aus.

Auch Moldawien hat bereits einen Korb bekommen, ebenso die gerade mit einer äußerst schwierigen Regierungsbildung beschäftigte Ukraine.

Keine Chancen kann sich das weiterhin totalitär geführte Weißrußland ausrechnen, desgleichen Mazedonien, Bosnien-Herzegowina sowie das nach der Volksabstimmung vom 21. Mai möglicherweise unabhängige Montenegro.

Die Türkei sieht mit einigem Recht ihre Felle davonschwimmen, verfügt aber nach wie vor über starke „Truppen" innerhalb der EU, die sich für einen Beitritt mobilisieren lassen.

Ähnlich wie in Deutschland wird auch bei den ostmitteleuropäischen EU-Neulingen das offizielle Interesse an zusätzlichen Erweiterungsschritten geringer. Man sieht zu, daß eigene Sonderbedingungen der Mitgliedschaft ihr Ende finden – beispielsweise die fortbestehenden Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit – und versucht ansonsten, sich gegenüber dem Brüsseler Zentralismus möglichst große nationale Freiräume zu bewahren.

Nur Polen nimmt (wieder einmal) eine Sonderstellung ein, indem es zäh für die Aufnahme seines östlichen Nachbarn Ukraine wirbt.

Doch Warschaus Fürsprache ist derzeit nicht unbedingt eine Hilfe, da die jüngste Ernennung des erklärten EU-Gegners Andrzej Lepper zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten in Brüssel als Affront gegen gesamteuropäische Interessen gewertet wird.

Da liegt die Auffassung nahe, daß noch mehr derart eigenwillige Mitgliedsländer vielleicht auch nicht im Interesse der Brüsseler Bürokraten liegen könnten, gefährden sie doch nicht nur die wirtschaftliche und ethno-kulturelle Integrationskraft der EU, sondern womöglich gar die eigenen Machtansprüche.

»Moment mal!«

Kinder brauchen Mütter – keine Krippen

Von Klaus Rainer Röhl

Jedesmal, wenn wir Angela Merkel abends auf dem Bildschirm sehen, können wir uns eigentlich nur für sie freuen: Sie hat wirklich Format gewonnen. Aus der noch vor einem Jahr oft schüchternen, linkisch und verlegen wirkenden Pfarrerstochter aus der DDR ist eine selbstbewußte, glaubhaft dauerlächelnde Staatslenkerin geworden. Merkel mit Bush, Merkel mit Putin, Merkel mit dem chinesischen Staatschef: mit Chirac, mit dem polnischen Ministerpräsidenten, mit den Spitzen der EU. Nur wir, die Wähler der CDU/CSU, die sie in dieses Amt gebracht haben, wissen gar nicht mehr so recht, ob wir uns darüber freuen sollen. Haben wir etwas erreicht, wie bei der Wahl der Unionsparteien gehofft? Sehen wir Angela Merkel zusammen mit Erika Steinbach das versprochene „Zentrum gegen Vertreibungen“ einweihen, sehen wir sie mit Arnulf Baring die große Debatte über die Nation eröffnen, sehen wir sie mit dem Wirtschaftsminister eine unternehmerfreundliche, an Leistung orientierte Lohn- und Steuerpolitik entwerfen, mit Ursula von der Leyen eine neue, kinderfreundliche Familien-Politik einleiten? Nein. Statt dessen hören wir vom linken Flügel der SPD-Fraktion zufriedene Zustimmung für die erfolgreiche Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele.

> Abschaffung der Familie als Ziel der Linken?

Vor allen Dingen auf dem Gebiet der Familie hoffen die jungen und die alten in der Wolle gefärbten Sozialisten in der SPD auf einen endgültigen Durchbruch ihrer uralten utopischen Ziele von einer staatlich gelenkten Kindererziehung rund um die Uhr. Im Grunde hoffen sie auf eine Abschaffung der Familie als der immer noch stabilsten Keimzelle dieser Gesellschaft, die sie ändern wollen. Wohin? Mit welchem Ziel? Beziehung zwischen Mann und Frau als lockere Zweckgemeinschaft, Kinder als Produktion von Nachwuchs und ihre Erziehung in Heimen durch Fachleute. Diese Idee ist uralt und wurde in ihren Grundzügen vor mehr als 2400 Jahren von dem griechischen Philosophen Platon in seinem Buch „Der Staat“ entworfen. Sie ist durch die edle Abkunft und das hohe Alter nicht besser geworden und, zum Glück für die Kinder, nie dauerhaft verwirklicht worden. Ansätze dazu im China Mao Tse-tungs und in Pol Pots Horrorstaat in Kambodscha mußten wieder aufgegeben werden, die Familie erwies sich auch dort am Ende als stärker. Für Millionen Opfer zu spät.

Wieder scheinen rationale, wirtschaftliche Zwänge den utopischen Gesellschaftsmodellen Auftrieb zu geben. Die rasch wachsende, hochtechnisierte Wirtschaft braucht gut ausgebildete, hochqualifizierte Frauen. Gleichzeitig aber braucht das Land auch mehr Kinder, weil sonst Deutschland vergreist, die übrigen europäischen Staaten, vornehmlich die Länder des früheren Ostblocks, ebenfalls.

Die Medien schlagen Alarm. Uns droht eine Katastrophe, schlimmer als das Ozonloch oder die Erderwärmung. Vogelgrippe und Aids können wir in den Griff bekommen, aber diese drohende Gefahr nicht. Niemand weiß einen Rat. Aber alle schlagen wenigstens Alarm. Der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Frank Schirrmacher, kann nachts nicht schlafen vor Sorge und schreibt vor lauter Angst einen Bestseller. Nützen tut es nur ihm und seinem Verlag. Denn einen Ausweg weiß er auch nicht. Es gibt auch keinen Ausweg. Es gibt keine Ordnung im Schweinestall.

Die Deutschen im zeugungsfähigen Alter wollen keine Kinder. Oder kriegen einfach keine. Jedes Jahr gibt es mehr Alte und weniger Kinder. Deutschland stirbt aus. Langsam natürlich. Kann man ja nachrechnen: Jedes deutsche Ehepaar müßte mindestens zwei Kinder bekommen, damit wir nur den Stand halten. Dazu kommen noch die Schwulen, die katholischen Priester und die ganz besonders klugen „Dinks“ (= doppeltes Einkommen, no kids), das macht, eigentlich erstaunlich wenig, noch mal 0,1 Kinder pro Frau hinter dem Komma. Insgesamt braucht man 2,1 Kinder pro Frau in einem Volk, sonst wird es kleiner. Bei über 2,1 spricht man von einem Bevölkerungsüberschuß, den hatten wir zuletzt 1960, beim Babyboom. Einen riesigen Geburtenüberschuß haben die meisten Völker Asiens und Afrikas.

Deshalb haben unsere Politiker schon seit vielen Jahren alle Hemmungen des Grundgesetzes, das bekanntlich vom „deutschen Volk in seinen Stämmen“ spricht, abgelegt und vorgeschlagen, die Reihen der Deutschen einfach aufzufüllen mit ein paar Millionen Schwarzen, Braunen und Gelben aus Afrika und Asien. Der gedankenlose Gedanke ist der: Haben wir fünf Millionen weniger Kinder, dann holen wir schnell mal fünf Millionen Einwanderer ins Land. Es gibt ja genug Arme in der Welt, die gerne nach Deutschland kommen. Aber die Rechnung geht nicht auf. Nicht mal die bisher sieben Millionen ins Land geholten Ausländer, vornehmlich Türken und andere Muslime, haben die Entwicklung aufhalten können. Jeder Türke hat inzwischen auch seine zwei Omas und Opas nachgeholt und damit die Zahl der Alten erhöht. Hier werden sie gut betreut. Doch damit ist der Wirtschaft nicht geholfen. Die Wirtschaft braucht, durch die Gewerkschaften und ihre hohen Lohntarife gezwungen, alle einfachen, körperlichen Arbeiten zu automatisieren, nur hochqualifizierte Fachkräfte, keine Hilfsarbeiter aus Anatolien und dem Sudan.

Die Wirtschaft, ständig zu immer neuem Wachstum gezwungen (sagt sie), kann also (sagt sie) ohne unsere, heute meist sehr gut ausgebildeten und qualifizierten Frauen gar nicht mehr auskommen. Hier liegt das Problem: Die Wirtschaft braucht Frauen. Kinder aber brauchen – Mütter. Nicht noch mehr Krippen und Kitas, an denen man seine Kinder, am liebsten vom ersten Lebensjahr an, morgens abliefert und abends wieder abholt. Selbst für die ganz Reichen gibt es jetzt Kitas. In Potsdam wurde gerade die Villa Ritz eröffnet, eine Nobel-Kita mit Chauffeur, der die Kleinen abholt, mit Rundum-Personenschutz, Ballett,- Klavier- und Reitunterricht, Englisch, Spanisch und Chinesisch inklusive. Für nur 1000 Euro pro Kind. Sie glauben es nicht? www.villa.ritz.de.

Wer das Geld nicht hat, muß mit seinem Kind in die Kinderkrippe, auf die die Bewohner der neuen Bundesländer so stolz sind, weil sie davon noch besonders viele seit Ulbrichts Zeit haben. Eine ganze Generation von Deutschen ist dort von klein auf gemeinsam gefüttert, gewickelt und getöpft worden: „Händchen falten, Köpfchen senken, immer an den Genossen Ulbricht denken!“

Mutterschaft kann man nicht kaufen. Das weiß auch Ursula von der Leyen, selber ein Beispiel für Emanzipation, hochqualifizierte Ausbildung und die Fähigkeit, zusammen mit ihrem Mann sieben Kinder aufzuziehen. Sie bietet den Familien ein Erziehungsgeld in Höhe von 67 Prozent des früheren Gehalts, höchstens aber 1800 Euro, für ein Jahr an. Und zwei Monate länger, wenn der Mann sich beteiligt. Aber auch mehr Geld wird nichts nützen. Kinderfreundlichkeit entsteht nicht durch ein paar Euro mehr. Um Frauen und Männer dazu zu bringen, Kinder mit Geschwistern aufzuziehen, also die Erziehung wieder in der Familie stattfinden zu lassen statt von angestellten Betreuern mit einem Sieben-Stundentag, braucht es mehr als ein geringfügig erhöhtes Kindergeld. Dazu bedürfte es einer Änderung des gesellschaftlichen Klimas, das lange verkorkst ist.

> Kinderfreundlichkeit entsteht nicht durch ein paar Euro mehr

1970 begann Alice Schwarzer ihre Kampagne gegen die „Mütter“, beziehungsweise die „Nur Mütter“. Alles Frühere war ohnehin unter Generalverdacht gestellt. „Hausfrau und Mutter“, das wurde zum Lacher und Lieblingsthema der Kabaretts: Frauen, Kinder und Küche. Das war der Witz. Selbstverwirklichung hieß die Parole, und dazu gehörte natürlich auch die Freigabe der Abtreibung. Langsam wandelte sich das gesellschaftliche Klima und niemand in der Union machte es zur Chefsache.

Es ist die, im Grunde gegen die Familie gerichtete Mentalität, die Kinderarmut erzeugt, die Abwertung aller Sinn- und Wert-Gemeinschaften wie Volk, Heimat, Land, Stadt oder Dorfgemeinschaft. Der Nation; deren kleinste Zelle nun einmal die Familie ist – und nicht die Lindenstraße.

Der Hirnforscher Gerald Hüther ermittelte: „frühe emotionale Erfahrungen werden im Gehirn verankert, sichere emotionale Bindungsbeziehungen sind die Voraussetzungen für eine optimale Hirnentwicklung. Störungen stellen für Kinder Belastungen dar, die um so weniger bewältigt werden können, je früher sie auftreten.“ Der Hirnforscher zieht daraus den Schluß, die elterliche Erziehungskompetenz zu stärken. „Kindertagesstätten können allenfalls der Notaufnahme von Kindern in Not geratener Mütter, nicht aber zur Zwischenlagerung von Störenfrieden berufstätiger Eltern dienen“, zitiert Manfred Spieker den Mediziner.

Und der christliche Sozialwissenschaftler stellt drei Forderungen auf: Erstens: Zahlung von Zuschüssen für Familien, die in Richtung eines Erziehungsgehaltes weiterentwickelt werden. Als Investitionen in das Humanvermögen der Gesellschaft. Es gibt keine lohnendere Investition. Zweitens: Garantie des Wiedereintritts der Mütter in das Berufsleben durch eine familienfreundliche Unternehmenspolitik. Ebenfalls eine auf Dauer lohnende Investition, weil die Unternehmen so qualifizierte Arbeitskräfte an sich binden. Voraussetzung dazu sei eine straffere Ausbildung der jungen Frauen vor der Erziehungsphase wie in Frankreich, wo bei Akademikerinnen der Berufseintritt im Alter von 23 bis 24 Jahren erfolgt (Deutschland: 27 bis 28 Jahre). Drittens: Familienwahlrecht. Wahlrecht für alle Bürger von ihrer Geburt an, das bis zur Wahlmündigkeit von den Eltern wahrgenommen wird. Das würde eine Stärkung des politischen Einflusses der Familien bedeuten. Eine Utopie, für die es keine Mehrheiten in der heutigen Parteienlandschaft geben dürfte. Doch ein bedenkenswerter Ansatz.

Ein Universalgenie aus Preußen

Sehenswerte Ausstellungen im Schinkel-Jahr ehren einen großen Baumeister

Von SILKE OSMAN

Zu den bekanntesten Bauwerken Brandenburgs zählen zweifellos die Schlösser der preußischen Könige, aber auch die Klöster der Zisterzienser. Doch das Land hat im Bereich Architektur und Baukultur wesentlich mehr zu bieten, davon kann man sich in diesem Themenjahr unter dem Motto „Horizonte. Kulturland Brandenburg 2006 / Baukultur“ überzeugen. Aus Anlaß des 225. Geburtstages von Karl Friedrich Schinkel, der am 13. März 1781 in Neuruppin das Licht der Welt erblickte, steht in diesem Jahr die brandenburgische Baukultur im Mittelpunkt.

Ausgehend vom reichen Bestand an Baudenkmalen und historischen städtebaulichen Anlagen wird in zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen der Bogen geschlagen über Architektur, Städtebau und Landschaftsarchitektur der Vor- und Nachkriegsmoderne bis zur Gegenwartsarchitektur. Thematisiert werden auch die Probleme und Perspektiven, die sich aus den ökonomischen, demographischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen in den Städten, den Gemeinden und in der Landschaft ergeben. Ein exemplarischer Ort dafür ist Eisenhüttenstadt, wo am 6. Mai das Kulturlandjahr feierlich eröffnet wurde.

Im Mittelpunkt des Interesses wird aber zweifellos das Schaffen des einstmals obersten Baubeamten stehen, der über drei Jahrzehnte das gesamte Bauwesen des Staates Preußen geprägt hat: Karl Friedrich Schinkel. Ihm ist eine Ausstellung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte gewidmet, die in Kooperation mit dem Berliner Kupferstichkabinett, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg sowie dem Hans Otto Theater Potsdam entstand.

Im ehemaligen Kutschstall am Neuen Markt zu Potsdam wird das Leben Schinkels und sein vielfältiges Werk in 13 Kapiteln vorgestellt: Image, Kindheit und Ausbildung, Reisen und Anregungen, Preußischer Baubeamter, Denkmalpflege, Familie – Freunde – Auftraggeber, Bildwelten, Bühnen- und Festausstattung, Stadtbaukunst, Landbaukunst, Raumkunst, Kunstgewerbe, Erbe und Nachklang sind die Titel der einzelnen Kapitel.

Besondere Schätze der Ausstellung – ausgewählte Originalexponate aus Ost und West – sind zum ersten Mal seit der deutschen Wiedervereinigung hier gemeinsam zu sehen. So zum Beispiel über 30 erhaltene Zeichnungen und Skizzen Schinkels, die das Berliner Kupferstichkabinett zur Verfügung stellt. Sie zeigen Landschaften, Architektur und Menschen, die Schinkel auf seinen Reisen beeindruckten, aber auch Entwürfe von Bühnenbildern und Interieurs. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg leiht der Ausstellung unter anderem einen Armlehnstuhl von 1825 / 26 aus dem Berliner Schloß, den Karl Wanschaff nach einem Entwurf von Schinkel ausführte, Schinkels Gemälde „Landschaft mit Motiven aus dem Salzburgischen“ (um 1812) und eine Vase, deren Form bis heute als sogenannte Schinkelvase berühmt ist.

> In 13 Kapiteln Leben und Werk vorgestellt

Dem Menschen Schinkel begegnet man nicht zuletzt auch in seinen Porträts. Zu den zuverlässigsten zählen Kunsthistoriker das 1826 von Carl Begas geschaffene. Agnes Rauch, die Tochter des Bildhauers Christian Daniel Rauch, schrieb 1826 an ihren Vater nach einem Besuch bei Schinkel: „Bei meinem Eintritt in das Wohnzimmer überraschte mich Schinkels Porträt von Begas auf das aller angenehmste, in einem so hohen Grad hatte ich mir die Ähnlichkeit gar nicht gedacht, welcher Ausdruck in Auge und Mund, je länger man es ansieht, je mehr macht man die Bemerkung, wie richtig und wahr jeder Zug aufgefaßt ist. Mad. Schinkel nennt es auch ihr bijou, von dem sie sich nicht trennen will, auf der Reise nach Stettin wird es ihr Begleiter sein.“

Eine originelle Ausstellungsarchitektur mit Multimediastationen macht die Fülle der biographischen, historischen und kunstgeschichtlichen Fakten und Zusammenhänge auf neue Art erlebbar. So wird die Schau zu einem „Informationszentrum“ über Karl Friedrich Schinkel und sein Lebenswerk. Hinweise zu Museen, Sammlungen und Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg, die sich 2006 dem Thema Architektur und Schinkel widmen, beschließen die Ausstellung. Die Besucher sind eingeladen, Schinkel kennenzulernen oder neu zu entdecken und sich anregen zu lassen, seinen Spuren weiter zu folgen – sei es gleich nebenan, sei es in Aachen, Zittau oder Kurnik.

Zu den meistbesuchten Museen in Polen gehört das zwischen 1845 und 1860 nach den Plänen von Karl Friedrich Schinkel im Stil der englischen Neogotik umgebaute Schloß Kurnik bei Posen, seit dem 17. Jahrhundert Stammsitz des Adelsgeschlechts Dzialynski. Ausgewählte Fotografien zur Baugeschichte und Ausstattung des Schlosses präsentiert die Polnische Akademie der Wissenschaften, unter deren Verwaltung das Gebäude steht, gemeinsam mit den Graphischen Sammlungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg in einer Ausstellung, die in der Turmgalerie des Orangerieschlosses in Sanssouci zu sehen sein wird.

Fotografien stehen auch im Mittelpunkt einer weiteren Ausstellung zum Schinkel-Jahr. Der Potsdamer Fotograf Hillert Ibbeken begab sich in der Republik Polen auf die Spuren Schinkels und lichtete zahlreiche Bauwerke ab, die Schinkel für die preußischen Provinzen schuf. Aus den über 350 Aufnahmen, die zwischen 1998 und 2000 entstanden, zeigt die Ausstellung des Kulturforums Schwielowsee e. V. in Schloß Caputh eine stattliche Auswahl. Die Vielseitigkeit Schinkels wird nicht zuletzt auch deutlich, besichtigt man das Schloß Charlottenburg und seinen Garten. Der Neue Pavillon, ein Meisterwerk des Architekten für König Friedrich Wilhelm III., entstand nach italienischem Vorbild, um die Erinnerungen des Monarchen an seine Neapelreise 1822 wachzuhalten.

> Er drückte dem Gewerbeschaffen seinen Stempel auf

Heute beherbergt der Neue Pavillon eine hochrangige Kunstsammlung der Schinkelzeit, darunter Werke von Caspar David Friedrich, Carl Blechen, Eduard Gaertner und Schinkel, aber auch Skulpturen von Schadow und Rauch. Nach Schinkels Zeichnungen gefertigtes Mobiliar sowie Beispiele des Berliner Eisenkunstgusses und Porzellan der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) vervollständigen die Ausstattung.

Kenner entdecken bereits im Vestibül zwei von Schinkel entworfene Kandelaber aus gebranntem Ton sowie im Grünen Zimmer einen um 1830 gefertigten Mahagoni-Salontisch mit hochklappbarer Platte. Auf dem Tisch stehen Teile eines Speiseservices aus der Berliner Porzellan-Manufaktur, geschmückt mit dem von Schinkel entworfenen Eisernen Kreuz.

Gemälde und Graphiken Schinkels zeigen das Allroundtalent des obersten Baumeisters in Preußen, der nicht nur Schlösser und Wohnhäuser, Kirchen und Grabmäler, Schul- und Industriebauten entwarf, sondern auch dem Gewerbeschaffen in Preußen seinen Stempel aufdrückte. Ein Universalgenie, das seinesgleichen sucht.

Fotos: J. P. Anders, Hagen Immel, HBPG

Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte: Der alte Kutschstall am Neuen Markt in Potsdam beherbergt das Museum, in dem jetzt eine Ausstellung über Karl Friedrich Schinkel gezeigt wird. Auf dem kleinen Foto links ist das von Carl Begas geschaffene Porträt des Baumeisters zu sehen.

Die Ausstellung „Schinkel – Künstler. Preuße. Brandenburger“ ist bis zum 9. Oktober im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Kutschstall am Neuen Markt, Potsdam, dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr, geöffnet, Eintritt 5 / 4 Euro, öffentliche Führungen an jedem ersten Sonnabend im Monat, 15 Uhr, 3 Euro plus ermäßigter Eintritt zur Ausstellung. Ein Führer zu den Schinkel-Bauten kostet im Buchhandel 29,90 Euro, im Museum 24 Euro.

Die Ausstellung „Kórnik – Ein Schinkelschloß in Polen“ wird in der Turmgalerie der Orangerie, Park Sanssouci, vom 27. Mai bis 23. Juli gezeigt, dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt 3 / 2,50 Euro.

Die Ausstellung „Schinkel in Polen – Architekturfotografie von Hillert Ibbeken“ wird im Schloß Caputh vom 2. bis 23 Juli gezeigt, dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt 4 / 3 Euro.

Drei Generationen unter einem Dach

Werke von Waldemar Rösler, Walter Kröhnke und Louise Rösler im Ostseebad Kühlungsborn ausgestellt

Waldemar Rösler: Zwei Frauen am Meer (Öl, 1912)

Lange hat die einst in Hamburg lebende Textilkünstlerin Anka Kröhnke den Wunsch gehegt, ein Museum zu errichten, in dem die Werke ihrer Eltern Louise Rösler (1907–1993) und Walter Kröhnke (1903–1944) sowie ihrer Großeltern Oda Hardt-Rösler (1880–1965) und Waldemar Rösler (1882–1916) ausgestellt werden könnten und in dem auch ihre eigenen Arbeiten zu sehen sein würden. Darüber hinaus wollte sie dort mit ihrem Mann Hanno Jochimsen gemeinsam leben und arbeiten. Im Ostseebad Kühlungsborn fanden sie ein geeignetes, wenn auch dringend renovierungsbedürftiges Haus mit einem wunderschönen Garten. Zuvor aber mußte viel getan werden, angefangen von den Verhandlungen mit den zuständigen Behörden über die Bauplanung bis hin zur Ausführung. Als Hanno Jochimsen 2002 unerwartet starb, stand Anka Kröhnke allein vor der schier unüberwindlich scheinenden Aufgabe. Mit geradezu preußischer Energie aber (die Großmutter stammte schließlich aus Ostpreußen) ging sie bald die Probleme an – aufgeben kam nicht in Frage, zu sehr hatte sich die Idee einer gemeinsamen Präsentation der künstlerischen Werke in ihrem Kopf festgesetzt. Im Mai 2004 konnte schließlich die erste Ausstellung gezeigt werden. Auch in diesen Wochen sind wieder spezielle Arbeiten der Künstlerfamilie zu sehen. Unter dem Titel „Jahreszeiten“ werden Gemälde und Arbeiten auf Papier von Waldemar Rösler, Walter Kröhnke und Louise Rösler ausgestellt.

Waldemar Rösler ist nicht alt geworden. Tieferschüttert durch die Grauen des Ersten Weltkrieges nahm er sich nur 34jährig am 14. Dezember 1916 in Arys das Leben. Und doch hinterließ er ein reiches Werk, ausgezeichnet durch eine „eminent malerische Begabung“, so der Freund und Kunsthistoriker Kurt Badt. Waldemar Rösler hat einmal bekannt, für ihn gebe es „nur gute Kunst von einzelnen starken Persönlichkeiten, keine Richtungen. Darunter verstehe ich eine ursprüngliche, innerliche, selbständige Kunst; ob diese dekorativ ist oder anders, ist ganz gleichgültig ...“ Zu diesen starken Persönlichkeiten gehörte zweifellos auch Tochter Louise, die als eine Anhängerin des italienischen Futurismus gilt. Ihr Œuvre gliedert sich in drei Phasen. Neben gegenständlichen Motiven widmete sie sich nach dem Krieg der abstrakten Malerei. Vor allem ihre Motive aus der Großstadt faszinieren. Sie zeichnen sich durch eine besondere Strahlkraft der Farbe aus, vibrieren geradezu vor Nervosität. Wie auch ihr Mann, der Hamburger Walter Kröhnke, der seit 1944 in Rußland als vermißt gilt, hat Louise Rösler in der Zeit der NS-Diktatur hart zu kämpfen gehabt. Ihr Werk jedoch hat nach dem Zweiten Weltkrieg Anerkennung gefunden, während Walter Kröhnke heute vergessen scheint. Dabei bescheinigen Kunsthistoriker seinem Werk noch heute eine Verbindung von „dekorativer Begabung und Aussdrucksstärke“, „von Harmonie und Spannung“. Drei Maler, drei Stile – die Ausstellung im Ostseebad Kühlungsborn dürfte für jeden Geschmack etwas parat haben. *SiS*

Louise Rösler: Maibild '79 (Öl, 1979)

Fotos (2): Archiv

Das Atelierhaus Rösler-Kröhnke, Schloßstraße 4, 18225 Kühlungsborn, ist freitags, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung unter Telefon (03 82 93) 1 53 39 geöffnet, bis 13. August.

»Kampf gegen die Herrschaft des Verdachts«

Betr.: „Wie wir doch noch Weltmeister werden können“ (Nr. 18)

Der von unseren „stets kritischen“ Medien als Rassismus hochstilisierte Vorfall in Potsdam lieferte Ihnen den Stoff zu einem satirischen Medienrückblick. Sie berichteten unter anderem auch von einem Leser aus Brandenburg, der sich darüber geärgert hat, wie Meinungsmacher und Politiker mit Jörg Schönbohm wegen seiner Rede bei der Gedenkfeier im KZ Sachsenhausen umgesprungen waren, da dieser nicht nur der dort von Deutschen Umgebrachten, sondern auch der von den Sowjets Ermordeten gedachte, was in einem demokratischen Staat doch nur richtig sein kann und nicht zu beanstanden ist. Über solche Ereignisse in der BRD empört sich nicht nur dieser Brandenburger, darüber empören sich alle noch eigenständig denken könnenden Deutschen, wozu die „Gutmenschen“ unter uns allerdings nicht gehören.

Ich frage mich nun, wem eigentlich dienen „diese“ Politiker, dienen „diese“ Medien, die bei Krawallen mit Ausländern sofort rassistische Motive wittern? Dem deutschen Volk bestimmt nicht! Deshalb sollten auch für den „Kampf gegen die Herrschaft des Verdachts“ Millionenbeträge zur Verfügung gestellt werden, da diese sich inzwischen eingenistete Unsitte, nicht nur grundgesetzwidrig, sondern schlichtweg undemokratisch ist.

Friedrich Kurreck, Offenbach

Wir brauchen dringend eine konservative Partei

Betr.: „Der lange Marsch in die ‚linke Mitte‘“ (Nr. 17)

Auch Mao ist ja angekommen, und so wird auch die CDU ihr Ziel in Kürze erreicht haben, wenn sie es nicht schon hat. Schrittchen für Schrittchen, mal einen kleinen zurück, aber dann gleich wieder zwei nach vorne, immer weiter weg von den ursprünglichen Haltungen und Positionen, bis SPD und CDU kaum noch zu unterscheiden sind und auch die CSU bei dieser Reise nicht zurückbleiben will.

Unsere ganze Familie gehörte einmal der CDU an. Heute wissen wir nicht, wen wir guten Gewissens wählen können.

CDU und SPD einigen sich relativ rasch, weil sie auf vielen Feldern gar nicht mehr so weit auseinander liegen. Beim erzielten Kompromiß bleiben beide Sieger, weil die inhaltlichen Unterschiede halt nicht mehr so wesentlich sind.

Neue Parteien, zumal wenn man sie in die rechte Ecke stellen kann, haben kaum Chancen, weil ihnen das Personal fehlt. Wer traut sich schon aufs Glatteis. Eintagsfliegen hatten wir schon genug, und auch den Hamburger Ex-Senator Kusch wird ihr Schicksal ereilen.

Deutschland braucht dringend eine konservative Partei, die vorrangig die Interessen der Deutschen vertritt.

Gisela Pfeiffer, Berlin

Peinlich für Nehm

Betr.: „Was man in Deutschland nicht mehr sagen darf“ (Nr. 17)

Man muß sich das einmal vorstellen: Generalbundesanwalt Kay Nehm, immerhin Chef der obersten Strafverfolgungsbehörde, läßt sich nur einen Tag nach dem Potsdamer Vorfall zu der populistischen Aussage verleiten, daß es sich bei dem Geschehen definitiv um „eine fremdenfeindliche und rechtsextreme Tat“ gehandelt habe, die „die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ bedrohe! Peinlich für Nehm: Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich bei dem Tathergang um eine Schlägerei unter Betrunkenen, wie sie in Deutschland zig Mal vorkommt. Nehms anscheinend ideologisch motiviertes Gebilde bricht dadurch wie ein Kartenhaus zusammen, und die Frage muß erlaubt sein: Ist ein Generalbundesanwalt, der sich derart voreingenommen und unbedacht in der Öffentlichkeit äußert, als seriöser Chefermittler überhaupt noch tragbar?

Stefan Herre, Bergisch Gladbach

Foto: pa

Alles hört auf sein Kommando: Bundesverteidigungsminister Jung möchte die Bundeswehr unbedingt in den Kongo schicken.

Schon seit 1813

Betr.: „Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot?“ (Nr. 17)

Mit großem Interesse habe ich beide Artikel gelesen. Bedanken möchte ich mich für die gut recherchierten Beiträge. Als Laienhistoriker beschäftige ich mich schon seit vielen Jahren mit unseren Landesfarben Schwarz, Rot und Gold. Ich habe herausgefunden, daß es diese Fahne nicht erst ab 1815 gab, sondern schon ab 1813.

Jürgen Standke, Leipzig

Bei SPD wildern

Betr.: „Auf der Suche nach der verlorenen Basis“ (Nr. 18)

Die CDU braucht eine neue Basis, da sie die alte ohne zwingende Gründe im Stich gelassen hat. In der Partei ist niemand zu finden, der die konservativen Bürger an sich binden könnte. Nun muß die CDU notgedrungen im Umfeld der SPD zu wildern suchen.

Arne Goebel, Bückeburg

Politiker brauchen Pflichtgefühl gegenüber dem deutschen Volk

Betr.: Michels Stammtisch (Nr. 18)

„Hoffentlich hat Frau Merkel die gescheiterte multikulturelle Lebenslüge nicht vergessen.“ Es darf bezweifelt werden, ob überhaupt noch genügend Zeit zur Verfügung steht, die Erfüllung dieser Hoffnung abzuwarten. Das Problem des gescheiterten Multikulturalismus wird nun doch schon sehr lange und lebhaft diskutiert; trotzdem sind wirksame Vorkehrungen zur Lösung nicht einmal ansatzweise wahrnehmbar. Weiterhin bereichert man unseren, bis auf die letzte Feder gerupften, Sozialstaat mit wahren Fluten von Einwanderern; in jüngster Zeit beispielsweise mit sehr vielen Menschen aus Schwarzafrika, von denen arbeitsmarktbedingt wohl nur die wenigsten einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen dürften. Diese belohnt man dann zusätzlich mit einem deutschen Paß, und schon hat man sich aufs neue eine weitere Minderheit geschaffen, die in keiner Ausländerstatistik mehr auftaucht und die mehrheitlich auch noch nach Generationen nicht in unserer Gesellschaft angekommen sein wird. Hier wird ein ganzes Volk auf schändlichste Art und Weise hinters Licht geführt und betrogen! Wie lange noch wird sich unser Volk untätig und geduldig fragen müssen, ob die schwarzrotgrünen Nihilisten in unserem Land, die sich nicht einmal mehr trauen, Vokabeln wie „deutsches Volk“ oder Vaterland“ in den Mund zu nehmen, überhaupt geneigt sind, diese, von ihnen zu verantwortende, Misere anzugehen?

Vielleicht wird es Zeit für eine neue demokratische, aber patriotische Bewegung, die sich die, völlig zu Unrecht abgewerteten, preußischen Tugenden auf die Fahne schreibt: Allen voran Pflichtgefühl; Pflichtgefühl dem deutschen Volke und seinem Staat gegenüber!

Martin Busch, Waiblingen

Soll Jung doch in den Kongo

Betr.: Kongoeinsatz

Den Herrn Jung in vorderster Front mit erhobener Fahne, neben ihm Herr Struck desgleichen, in zweiter Reihe die hackenschlagenden und „Jawohl“ brüllenden Generale (sind sowieso keine Preußen).

Es wäre ein Bild der Freude, dafür würde ich allerhand Geld bezahlen. Vor allem, wenn denen die MG-Salven um die Ohren pfeifen.

Deutschland wird weder am Hindukusch noch in der Republik Kongo verteidigt, unsere jungen Soldaten sind nur Kanonenfutter für die Interessen der US-Amerikaner.

Unsere Politiker sind schon so abgehoben, die merken es gar nicht, wie sie vom Volk verachtet werden.

Diese Volksbetrüger zum Mond schießen.

Horst Polakowski, Gernsheim

Unser Schirwindt

Betr.: *PAZ* und Ostpreußen

Meine Nachbarn haben einen Sohn, der mich oft „interviewed“, wie es war in Germany unter Hitler. Vor ein paar Wochen sagte er: „Nun weiß ich, wo du aufgewachsen bist.“ Sehr erstaunt fragte ich: „Und woher weißt du es?“ „Ich habe in einem alten Atlas meiner Großmutter gesucht, der stammt aus dem Jahr 1937, da fand ich Schirwindt.“ Nun war ich noch erstaunter. Woher er wisse, daß ich Schirwindterin sei. Seine Erklärung: „Wenn man in dein Haus tritt, hängt da ein Wappen, das das Auge als erstes fängt, und darunter steht Schirwindt-Ostpr.“ Unser kleines Schirwindt in einem englischen Schulatlas, hat das der Seele gut getan. Das *Ostpreußenblatt* habe ich von Beginn an abonniert, als ich noch in Stuttgart lebte, und ich nahm es 1953 mit nach Südafrika.

Ihre Rubrik auf der letzten Seite ist für mich der Pudding, wird immer so genossen.

R. Pakleppa, Courtrai, Paarl, Südafrika

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Durchaus ein Teil des GULag Osteuropa

Betr.: Leserbriefe „Der Palast des Bösen muß verschwinden“ (Nr. 8) und „DDR war absolut kein GULag“ (Nr. 12)

Ich bin in der SBZ geboren und im sowjetischen, später unbenannt zum „demokratischen“, Sektor Berlins zur Schule gegangen und habe demzufolge mit den Kommunisten meine Erfahrungen gemacht. Dort, wo heute hoffentlich nicht mehr lange die Reste des „Ballastes der Republik“ stehen, stand damals die Tribüne für Ulbricht und seine Volksverräter, an denen wir Ost-Berliner zur Huldigung vorbeigeschleust wurden, den Weg flankiert von „Volkspolizisten“ die aufzupassen hatten, daß keiner sich seitwärts davonmachte, sondern alle eben an den Statthaltern Moskaus vorbeimarschierten.

Eben diese Verräter bauten 1961 die Mauer, teilten Berlin widerrechtlich und teilten uns in den Schulen mit, daß es nun vorbei sei mit dem Spaß im anderen Teil Berlins und Honecker meinte ja auch, daß in 100 Jahren die Mauer noch stehen würde.

Die, die damals die direkte Flucht wagten, wurden erschossen wie die Hasen. Und das nur wenige Gehminuten vom Schloßplatz entfernt. Von 1961 bis 1989 war die „DDR“ ein Teil des GULag Osteuropa, das kann und sollte auch ein „gelernter DDR“-Bürger verstehen, wenn er auch in der Provinz, weitab vom Schuß, den Schuß auf den Flüchtenden eben nicht mehr hören konnte.

Um diese Wunden zu heilen, ist der Wiederaufbau des Stadtschlosses Berlin nicht nur wünschenswert, sondern sozusagen eine Verpflichtung für uns alle.

Als Nachkomme ostpreußischer Vorfahren wünsche ich mir, daß im Schloß dann die Darstellung der verlorenen Heimat und der Geschichte der Preußen und auch der Deutschen Südosteuropas dokumentiert wird, um unseren Nachkommen das Wissen darüber zu erhalten. Die umfassende Dokumentation der Vertreibung wäre nur ein Teil der Aufgabe, die sich hier stellt. Eine Einflußnahme ausländischer Mächte muß verhindert werden, es sind bereits genug Lügen verbreitet worden, siehe Schulbuchabkommen mit Polen.

Ein weiterer Grund wäre die wenigstens teilweise Wiederherstellung der Bauten im Stadtteil Mitte, der von Ulbricht und seinen willfährigen Architekten zum sozialistischen Stadtzentrum umgebaut wurde.

Diese Architekten, meist Bauhaus-Anhänger, haben mehr alte Bausubstanz zerstört als der alliierte Bombenterror.

Dafür haben wir jetzt Stalins Zuckerbäckerstil, seelenlose Plattenbauten und glücklicherweise eben nicht mehr „Erichs Lampenladen“, errichtet im 70er-Jahre-Stil westdeutscher Industriebauten mit Glasfassade.

Rückbesinnung tut not, baut das Berliner Stadtschloß wieder auf.

Karl Gläser, Berlin

Architektonisches Schandmal

Betr.: Leserbrief „In diesem Saal habe ich für ein einheitliches Deutschland votiert“ (Nr. 13)

Ich frage mich, wie man im Ernst architektonische Glanzlichter wie den Reichstag oder das Berliner Olympiastadion mit dem „Palast der Republik“ auf eine Stufe stellen kann.

Die Argumentation des Leserbriefschreibers zielt an der Sache vorbei. Der „Palast der Republik“ muß nicht in erster Linie aus politischen Gründen aus dem Herzen Berlins verschwinden, sondern weil er ein architektonisches Schandmal erster Ordnung darstellt.

Gerold Sprenger, Kirchzarten

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7691**

Bin es leid, belogen zu werden

Betr.: „Kampf der Generationen“ (Nr. 17)

Als älterer Mitbürger will ich keinen Kampf, schon gar nicht gegen Kinder und Enkel. Und ich will auch nicht zu ihren Lasten gut leben. Aber ich will auch nicht für die Unfähigkeit von Politikern unterschiedlicher Parteien, besonders ihrer Sozialpolitiker, bezahlen. Und ich bin auch nicht bereit zu akzeptieren, daß das mir Zustehende an Asylanten und andere fließt, die sich weder in unserem Land integrieren noch arbeiten wollen, die uns nur zu ihrem persönlichen Vorteil ausnutzen und sogar über ihre Religion Unfrieden und Bedrohungen in unser Land tragen.

Ich wünsche, daß für alle Bürger, junge wie alte, endlich alle Fakten auf den Tisch gelegt werden und in Offenheit und Ehrlichkeit geklärt wird, wie es weitergehen soll und kann, ohne den Schuldenberg noch weiter zu erhöhen. Ich bin es restlos leid, von Politikern aller Farben immer wieder belogen und getäuscht zu werden. **Wina Wendel, Esslingen**

Überall Tabus und bloß den Mund halten

Betr.: „Unwort des Jahres: Migrationshintergrund“ und „Begegnung mit der Wirklichkeit“ (Nr. 14)

Die Litanei semantisch vernebelnder und den tatsächlichen Sachverhalt pervertierender Begriffe – auch die „Besserverdienenden“ gehörten schon dazu; der obige Terminus ist ja nur eine jüngere Wortschöpfung – hat bei den Linken Tradition. Daß schon das Wort ein Etikettenschwindel ist, wurde bereits dargelegt. Analog zu den „Menschen mit Migrationshintergrund“ wären also auch Diebe keine Diebe, sondern „Menschen mit Kleptomaniehintergrund“. Ich bin übrigens weit davon entfernt, ein Feind dieser Leute zu sein, aber das Problem ist ja nicht der einzelne, sondern die zunehmend als Heuschreckenplage empfundene Masse. Wir fühlen uns eben zunehmend als Fremde im eigenen Land.

Eine ähnliche Vernebelung betrifft die Kriminalität der „Migranten“. Über viele Jahre bestand ein geradezu absolutes Tabu, bei dieser Gruppe überhaupt einen eventuellen kriminellen Hintergrund auch nur zu vermuten, geschweige denn, ihn beim Namen zu nennen. Jetzt steinigt man die kommissarische Leiterin der Rütli-Schule, die lediglich „der Katz' die Schelle umgehängt hat“, woraus nur zu folgern ist, daß das noch lange weiter so gegangen wäre, wenn sie sich politisch korrekt verhalten und den Mund gehalten hätte.

Und wenn das Statistische Jahrbuch, für solche und ähnliche Statistiken (für Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug) nur zwei Gruppen, Deutsche (unausgesprochen einschließlich Eingebürgerter) und Ausländer (gemäß Fußnote einschließlich Staatenloser) ausweist, dann werden mit dieser perfiden doppelten Manipulation die Deutschen als krimineller und die „Migranten“ als ehrenhafter ausgewiesen, als sie jeweils sind – ganz im Sinne der beabsichtigten Manipulation. Amerikanische Statistiken, wie beispielsweise der „United States Census Data Atlas“ unterteilen solche Statistiken nach fünf ethnischen Bevölkerungsgruppen. Warum ist das bei uns nicht möglich?

Dr.-Ing. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Die Rentner haben nichts veruntreut

Betr.: „Kampf der Generationen“ (Nr. 17)

Das aufgegriffene Thema von Klaus Peter Krause bedarf besonderer Beachtung. Hier fehlt der Nachfolgegeneration in beträchtlichem Umfang eine umfassende Information! Für die nach dem Krieg von den versicherungspflichtigen Bürgern gezahlten Beiträge wurden in eine Renten-Versicherung (!) eingezahlt, deren Geschäftsgrundlage es war, das hier vom Bürger hinterlegte Geld sicher, das heißt auch in werterhaltenden und gewinnbringenden Anlagen anzulegen, damit im Falle des Renteneintritts eine ausreichende Kapitaldeckung vorhanden ist. Das hat erstklassig funktioniert.

Umfangreiche Immobilien, Vermietungsobjekte, Hypothekarkredite mit Zinserträgen und andere Beteiligungen haben für die Vermehrung des hinterlegten Geldes gesorgt. Bis eines Tages, ohne die Geldeigentümer zu fragen, die Herren Politiker anfingen, mit verschleierten Erklärungen, wie Umlageverfahren, dynamische Rentenversicherung und Generationenvertrag, den Bürger zu desinformieren, um sich an den fremden Geldern zu vergreifen. Das ihnen nicht gehörende Geld wurde zweckentfremdet verwendet. Das ist nur in kurzen Umrissen der Tatbestand.

Hier erfüllt sich gleichgelagert der Tatbestand der Veruntreuung. Denn niemand hatte das Recht, das Fremdeigentum, hier des jeweiligen Bürgers, zu „entwenden“, das heißt einer anderen Verwendung zuzuführen als in der Geschäftsgrundlage vereinbart.

Fazit: Der „demokratisch“ falschinformierte Bürger hatte gar nicht begriffen, was hier passiert, denn hätte er es begriffen, wäre doch der erste Gang zum Verfassungsgericht gewesen. Aber: Die Politiker, die „Wissenden“, die sich ja zu jeder Entscheidung noch Experten leisten, wußten, was sie taten: Enteignung war angesagt.

Heute, da es uns allen vor Augen steht, wie wir betrogen wurden, sollten sich doch sachkundige Juristen finden, die da prüfen, ob nicht eine Grundlage besteht, die Regierenden zu verklagen, ja möglicherweise mit dem Ausgang auch die noch lebenden Verantwortlichen zur Kasse zu bitten, denn wir wurden auch nur enteignet und der geleistete Eid, Schaden vom Volke abzuwenden, und diese Enteignung sind vorsätzliche Handlungen. Wenn nun ein „Hetz-Spiel“ betrieben wird, so nur deshalb, um vom eigentlichen Grund der unnötigen Schieflage unserer Rentenversicherung abzulenken.

Die Rentenbeitragseinzahler anzugreifen ist der falsche Weg. Die Rentner haben nichts veruntreut, sie sind die Geschädigten.

Horst Schmidt, Höhbeck

Foto: ddp

Politikern mal die Leviten lesen: Rentnerin im Streitgespräch mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt

Deutsche Burka

Betr.: „Was man in Deutschland (nicht mehr) sagen darf“ (Nr. 17)

Daß wir in unserem Land nur über eine eingeschränkte Meinungsfreiheit verfügen, weiß jeder, der sich eine selbständige Meinung bewahrt hat und sich um ihre Erhaltung bemüht. Jeder Leserbriefschreiber kann ein Lied darüber singen, wie bei vielen Medien Leserbriefe bestimmter Themen nicht gebracht werden, was zwar auch mit der großen Anzahl von Leserbriefen zu begründen ist, doch wenn bestimmte Themen über Jahre immer wieder verschwinden, gibt es keine Entschuldigung, es wird nur gebracht, was genehm ist.

Das Geschehen von Potsdam zeigt eine kranke Gesellschaft, wenn man mit ihr die politische Klasse meint, die das Sagen hat. Diese Klasse hat über die Republik die „Burka“ der Political Correctness gestülpt. Nur durch einen Schlitz erkennt der Bürger die Wirklichkeit.

Mit der Vokabel „Ausländerfeindlichkeit“ wurde die freie Meinung unterdrückt, Informationen wurden unterschlagen oder auch Sachverhalte verfälscht. Die Konsequenz: Die vielen inhaltlich völlig daneben liegenden Reaktionen auf den Vorfall von Potsdam, die von Vorverurteilungen strotzten. **Volker Baist, Hof**

Wowereit läßt Flierl gewähren

Betr.: „Der Bürgerschreck“ (Nr. 18)

Die Berliner SPD hat mit dem Segen ihrer Bundespartei die PDS/SED an ihr Herz gezogen und regiert nun Arm in Arm in linker bis sehr linker Eintracht. Der PDS-Senator Flierl tut, was man ihn läßt. Und das ist ihm nicht vorzuwerfen.

Berlin hat einen Regierenden Bürgermeister, der der SPD angehört und der diese Koalition will. So ist er auch der erste Ansprechpartner.

Nur durch ihn und seine Partei kann ein Flierl nach Meinung vieler Bürger in Berlin sein Unwesen treiben, aber es gibt natürlich auch andere, deren Mann er ist.

Ernst Fleischer, Berlin

Für die Kinder

Betr.: „Durch nichts zu ersetzen“ (Nr. 18)

Es ist fast 45 Jahre her, daß ich mich nach der Geburt meines ersten Kindes entschloß, meinen Beruf an den Nagel zu hängen und mich ganz meiner Familie, zu der dann auch noch ein zweites Kind gehörte, zu widmen.

In der Rückschau bin ich mir sicher, daß ich richtig gehandelt habe. Als unsere Kinder größer waren, haben wir zusammen beraten, ob ich mir eine Halbtagsbeschäftigung suchen sollte. Unsere Kinder waren dagegen, sie wollten die präsente Ansprechpartnerin Mutter zu Hause behalten. Und so geschah es mit dem Erfolg, daß wir heute eine Großfamilie aus drei Akademiker-Familien, zu der jeweils zwei Kinder gehören, sind, in der der Zusammenhalt nicht enger sein kann und die Liebe zueinander Teil unseres Lebens ist. Auch wenn wir an getrennten Orten wohnen, hören wir nahezu täglich voneinander, sorgen uns um die anderen und teilen Freude und Nöte.

Es muß nicht jeder meinen Weg gehen, für mich gab und gibt es keinen besseren.

Gisela Rotlärchner, Dortmund

Die Kraft der Sonne ist ungebrochen

Betr.: „Angela Merkels Energiegipfel: Kern-Frage ohne Antwort“ (Nr. 14)

In diesem Artikel wird die Meinung vertreten, es sei unerläßlich und vernünftig, die Kernenergie in die weite Zukunft zu verlängern. Diese Diskussion sollte doch längst abgeschlossen sein. Auf dem Dach unseres Hauses ist eine Solaranlage angebracht und versorgt uns seit zwölf Jahren zuverlässig mit Strom. Die Kraft der Sonne ist ungebrochen und reicht weiter in die Zukunft als unsere Gedanken gehen. Auch die promovierte Physikerin Angela Merkel wird wissen, daß wohl noch einige Jahre von der Kernenergie gesprochen wird, aber die Nutzung der Sonnenenergie auf den Weg gebracht ist und sich nicht aufhalten läßt. Wer Geld als erste Priorität hinstellt, mag auf die Kernenergie setzen. Was mit dem Kernmüll geschieht, bleibt bei dieser Einstellung außer Acht. Auch in Ihrem Artikel wurde dieses Problem überhaupt nicht erwähnt, obwohl es uns seit Jahrzehnten wie eine Zeitbombe bedrängt.

Schade, daß sich ein so wenig wertebewußtes Denken auf der ersten Seite Ihrer Zeitung breitmachen darf! Was wir heute brauchen, sind Entwürfe für lebenswerte und ökologisch nachhaltige Lebensstile. Solche Entwürfe gibt es, und als Leserin möchte ich an sie herangeführt werden, mitdenken und mitgestalten dürfen.

Henrike Hagedorn, Münster

Solarstrom ist kein Unfug

Betr.: Leserbrief „Geschäft mit Solarstrom erinnert an DDR“ (Nr. 15)

Ich muß dem Herrn, der den Leserbrief verfaßt hat, widersprechen: Die Glosse, den Solarstrom mit den DDR-Kaninchen in Verbindung zu bringen, wäre der gleiche Betrug, ist ja ungeheuerlich.

Die Erzeugung des Solarstromes ist kein volkswirtschaftlicher Unfug und kann auch nicht nach Adam Riese aufgerechnet werden. Das Unglück im russischen Atomkraftwerk in Tschernobyl wirft jede Aufrechnung über den Haufen.

Der Atomstrom ist in der Erzeugung sehr kostengünstig, aber das Risiko sehr hoch, denn es gibt keine 100prozentige Sicherheit.

Die Solaranlagen sind ein Geschenk Gottes.

Für die Herstellung der Solarmodule wird Silizium benötigt. Etwa 25 Prozent der äußeren Erdrinde bestehen aus Silizium in Form von Quarz (Sand), es ist also genug davon auf der Erde vorhanden. Nur die Herstellung der Solarmodule ist zur Zeit noch kostenintensiv.

Es werden bereits im geringen Umfang Wohnhäuser, Tunnelbeleuchtungen und Schiffahrtszeichen mit Solarstrom betrieben.

Man müßte noch viel mehr mit Photoelektrizität betreiben, dann würden auch die Herstellungskosten der Siliziumplatten sinken. Bemerkungswert ist auch, daß die Platten eine extrem lange Lebensdauer von weit über 20 Jahren unter härtesten Umweltbedingungen aufweisen. Sie erzeugen auch Strom bei bewölktem Himmel und sogar noch bei Nebel, wenn die ultravioletten Strahlen der Sonne sie erreichen.

Selbstverständlich kann man den Solarstrom über Regler für den Eigenbedarf auch in Akkumulatoren (Batterien) speichern und kann den Tagesstrom auch nachts verbrauchen, der Überschuß geht ins Netz.

Der Mensch ist erfinderisch, die Technik schreitet permanent voran. In ein paar Jahren werden die neuzeitlichen Erfindungen selbstverständlich nutzbringend sein.

Arno Zilian, Lübeck

Wir haben unsere Muttersprache weitgehend selbst verdrängt

Betr.: „Deutsche Sprache als Brücke zueinander“ (Nr. 15)

Bevor wir ausländische Mitbürger zur Integration in unsere Gesellschaft auffordern, sollten wir uns über das desolate Bild klar werden, das wir von unserem Volk und unserem Land haben, und auch des Zustands bewußt werden, zu dem wir unsere Muttersprache haben verkommen lassen – immerhin die meistgesprochene Muttersprache Europas:

1. Volk, Gesellschaft, Nation: Es gibt kein Volk der Welt, das sich so gering einschätzt wie wir uns selbst. Es gibt kein Land der Welt mit einer solch geringen Geburtenrate (die sogar noch geschönt ist durch die hier lebenden Zuwanderer!).

Der Wille der Mehrheit unseres Volkes ist in wesentlichen Punkten von unseren Regierungen mißachtet worden (Euro, Rechtschreibreform, Osterweiterung, Türkeibeitritt, EU-Nettozahlungen). Es gibt kein Land der Welt, das den dunkelsten Punkt seiner Geschichte (Holocaust) als Kern seiner Identität deklarieren läßt (und das von einem gewalttätigen Ex-Straßenkämpfer!). Schon Thomas Mann beklagte die Tendenz der Deutschen zum Selbsthaß, und dieser hat sich wohl noch verstärkt. Typisch ist es zum Beispiel, daß wir es nicht schaffen, in angemessener Form unserer deutschen Opfer zu gedenken, im Gegenteil, wir lassen eine Rechtfertigung von Menschenrechtsverbrechen zu, solange Deutsche die Opfer waren. Wir sind hoch verschuldet und haben eine riesige Arbeitslosigkeit, reichlich soziale und strukturelle Probleme, das hindert unsere Spitzenpolitiker nicht, unser Geld bei EU, Nato oder Uno mit vollen Händen auszugeben – sogar unter Verzicht auf eine gezielte Wahrnehmung unserer Interessen. Gerade unsere dynamische, hochqualifizierte Jugend sagt Deutschland adieu.

2. Deutsche Sprache: Unsere deutsche Sprache ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Reichtums an Kultur und Wissen. Auf zahlreichen Gebieten haben wir ohne Not diesen Fundus aufgegeben zugunsten des Englischen. In Wissenschaft und Forschung, aber auch Bildung, U-Musik, Wirtschaft und Technik haben wir unsere Muttersprache weitgehend selbst verdrängt. Typisch für diese Fehlentwicklung ist CDU-Mann Oettinger, der meint, Deutsch sei nur noch für die Kneipe und zu Hause; in anderen Ländern hätte man die Karriere eines solchen Typs noch am gleichen Tag beendet – in Deutschland (BW) wird er gewählt und darf seine unheilvollen Ideen auch noch umsetzen.

Eine weitere Bedrohung unserer Sprache ist das Denglisch, das heißt ein Mischmasch aus Deutsch und Englisch, wobei das Englische das Deutsche immer mehr verdrängt und ersetzt. Ein paar von Tausenden von Fällen seien hier nur angeführt: news, ticket, power, sale, birthday, helicopter, airport, flyer, bike, catering, logistics, management, mail, hotline, call, night, time, network, workshop, pin, job, body, outdoor ... – die meisten sind überflüssig oder gut übersetzbar, nur einige wirklich notwendig und sinnvoll. Wen wundert es angesichts dieser Misere, daß der Anreiz, zu uns gehören zu wollen, unser Schicksal und unsere Sprache zu teilen, gerade bei leistungsbereiten Zuwanderern nicht groß zu sein scheint – und daran sind wir selbst schuld! **Reinhard Ulmar, Hann. Münden**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Hoch auf dem gelben Wagen

Wieder auf Linie: Mit der Postkutsche durch Mecklenburg-Vorpommern

Von HELGA SCHNEHAGEN

Die Kulisse könnte nicht prächtiger sein, der Rahmen nicht passender: Wie zu Herzogszeiten wartet die gelbe Postkutsche vor dem Portal von Schwerins vieltürmigem Märchenschloß auf ihre Fahrgäste. Unter dem gestrengen Blick des 1160 gefallenen Obotritenfürsten Niklot, der hoch zu Roß über die Fassade herrscht. Für den Urvater aller mecklenburgischen Herzöge war die Postkutsche noch kein

Zu Zeiten der Postkutsche gab's keine Romantik

Thema. Erst Großherzog Friedrich Franz I. begründete in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die gerade einmal 25 Kilometer lange Postkutschenlinie Schwerin-Gadebusch.

Der hochrädrige gelbe Wagen, den der Landwirt Helmut Deutschkämer heute durch Mecklenburg-Vorpommern lenkt, ist der Original-Nachbau einer englischen Mail Coach von 1806. Romantik pur? Zu echten Postkutschenzeiten gab's davon keine Spur!

„Die ganze Nacht habe ich kein Auge zugetan. Dieser Wagen stößt einem doch die Seele heraus! Und die Sitze! Hart wie Stein!" klagte Mozart 1780 nach einer Fahrt von Salzburg nach München. Schuld daran waren vor allem die Straßenverhältnisse. Knigge riet, man solle in den Städten schnell fahren, damit, falls am Wagen etwas Zerbrechliches sei, er da zerbräche, wo Hilfe in der Nähe wäre. Über so manche Straße wurde gar Schreckliches berichtet: „Noch 1794 mußten bei Weinheim, Lützelsachsen und Neuenheim fast täglich versunkene Fuhrwerke mit Winden gehoben werden, und zwischen Offenburg und Emmendingen waren im Jahr 1795 40 Güterwagen versunken. Der Knecht des Posthalters in Friesenheim war sogar im Straßenkot erstickt; kaum konnten die Pferde gerettet werden."

Verständlich, daß viele Reisende vor der Abfahrt ihre häuslichen Angelegenheiten in Ordnung brachten, ihren letzten Willen niederschrieben und Geistliche dem Abenteurer rieten, sich mit Gott zu versöhnen.

Foto: Postkutschenreisen

Wie in alten Zeiten: Mit der Postkutsche unterwegs

Den wohl berühmtesten Postkutschen-Reisenden – Johann Wolfgang von Goethe – konnte das jedoch nicht davon abhalten, zwischen 1775 und 1823, also in knapp 50 Jahren, insgesamt 37 765 Reisekilometer zu absolvieren. In den zusammengezählt über 13 Jahren, die er unterwegs war, legte er eine Strecke zurück, die den Erdumfang am Äquator erheblich übertrifft. Nahm er die Postkutsche, kam er pro Tag eher eine als zwei Stationen weiter, also meist nur 25 statt 50 Kilometer. Denn die Reisegeschwindigkeit der Pferde war der Schritt, fünf bis sieben Kilometer pro Stunde. Der Schriftsteller Ludwig Börne (1786–1837) prägte dafür den satirischen Ausdruck Postschnecke, woraus sich später der Begriff Schneckenpost entwickelte.

Goethe gab der schnellen Extrapost den Vorzug

Bequemer und schneller ging's mit der Extrapost. Auch Goethe gab ihr den Vorzug. Erstens hatte man dieses „Posttaxi" für sich allein, und zweitens verkürzte sich die Haltezeit auf den einzelnen Stationen merklich von durchschnittlich zwei bis drei Stunden auf etwa eine halbe, da keine Briefe und Pakete mitgenommen wurden. Damit war es leichter, zwei Stationen pro Tag zu schaffen, vorausgesetzt die Pferde wurden auf jeder Station gewechselt. Denn bei der Extrapost ging es im flotten Trab voran, sofern es die Straßenverhältnisse erlaubten. Doch wenn Goethe von seiner Fahrt vom Brenner nach Verona schreibt: „Die Postillone fuhren so schnell, daß einem Sehen und Hören verging", dürfte das selbst mit der Extrapost eine glückliche Ausnahme gewesen sein – oder eine gelinde Übertreibung.

Und heute? Vom Zustand der Straßen und Wege konnte der Reisende von einst nur träumen, von dem der Kutschen auch. Ob in Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern, den Niederlanden oder der Schweiz, das wiederentdeckte Pferdefuhrwerk ist stets TÜV-geprüft und gut gefedert. Knapp 20 dieser „modernen" Postkutschen haben sich sogar für Pfingsten im Tharanter Wald bei Dresden verabredet – zu einem internationalen Treffen.

Dennoch, für vier Personen ist der Innenraum recht eng. Die Menschen waren früher einfach kleiner. Auch die Sicht durchs Türfenster gibt nur wenig von der schönen Landschaft preis. Draußen, vom Kutschbock oder der Rückbank, schweift der Blick dagegen grenzenlos über Wiesen, Felder, Wälder und Seen. Ungetrübt ist das Vergnügen dennoch nicht. Nahen Bäume, heißt es: Bücken! Will man nicht am Ast hängenbleiben.

Seit sechs Jahren hat auch Mecklenburg-Vorpommern nun seine Postkutsche. Seit Ende April sind ihre vier bis sechs PS wieder „auf Linie", fahren nach Bedarf stilecht bei Gutshäusern und

Mit bis zu sechs PS stilecht vorbei an alten Schlössern

Schlössern vor oder durchqueren in aller Ruhe weite Seenlandschaften und Naturparks.

Ziel unserer Sondertour ist das Freilichtmuseum Mueß am Südufer des Schweriner Sees. Ob sich das 350 Jahre alte Bauernhaus mit seinem hohen Schilfdach, die ehemalige Büdnerei, Schmiede und Schule des kleinen Museumsdorfes noch an frühere Postkutschenzeiten erinnern?

Weitere Informationen findet man im Internet unter www.postkutschenreisen.de.

Alkoholfrei ist immer besser

Vorsicht: Selbst im Hustensaft oder in der Mundspülung lauert die Gefahr – Kennzeichnung gefordert

Ob Medikamente oder Kosmetika Alkohol enthalten, ist oft nicht einfach zu erkennen – gefährlich für Kinder, Schwangere, chronisch Kranke und „trockene" Alkoholiker. Der „Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur e. V.", Hagen, weist darauf hin, daß der Zusatz von Alkohol meistens überflüssig ist. In Produkten wie Mundspül-Lösungen kann er sogar schädlich sein. Die Organisation fordert daher eine deutliche Kennzeichnung solcher Kosmetika und Arzneimittel.

Suchtexperten: »Für trockene Alkoholiker fatal«

Das Bewußtsein für die gesundheitlichen Schäden, die Alkohol anrichten kann, ist in den letzten Jahren gestiegen. Die meisten Schwangeren lehnen das Glas Sekt auf der Party ab, „trockene" Alkoholkranke wissen, daß auch die Schwarzwälder Kirschtorte tabu ist, und die Schmerztablette schlucken wir in der Regel mit einem Glas Wasser.

Doch ob Medikamente oder Kosmetika Alkohol enthalten, ist oft nicht einfach zu erkennen. Wer kommt schon auf die Idee, daß zum Beispiel viele Mundspül-Lösungen oder auch Hustensäfte Alkohol enthalten. „Die versteckte Gefahr, die von solchen Produkten ausgeht, wird häufig unterschätzt", so die Erste Vorsitzende des „Deutschen Frauenbundes für alkoholfreie Kultur e. V." Ursula Krämer. Für Schwangere, Kinder oder viele Menschen, die (dauerhaft) Medikamente einnehmen, ist jeder Tropfen Alkohol ein Tropfen zuviel. Das gilt um so mehr für „trockene" Alkoholiker. „Wir fordern deshalb eine klare und verständliche Kennzeichnung in Form eines Warnhinweises ‚alkoholhaltig' auf allen Umverpackungen und den Produkten selbst – ähnlich den Hinweisen auf Zigarettenschachteln."

Denn insbesondere den etwa 1,5 Millionen Deutschen, die alkoholabhängig sind, hilft nur Entwöhnung und totale Abstinenz. Privatdozent Dr. med. Götz Mundle warnt: „Der Betroffene darf auf keinen Fall mit Alkohol in Berührung kommen. Selbst der Konsum von Medikamenten oder Kosmetikprodukten auf alkoholischer Basis wie Mundspülungen ist eine große Gefahr." Der Suchtexperte appelliert an das Bewußtsein von Herstellern, Ärzten und Verbrauchern: „Viele Hersteller produzieren immer noch Medikamente oder Spülungen auf alkoholischer Basis, und viele Ärzte verschreiben Patienten, die ein Alkoholproblem haben, diese Produkte. Für trockene Alkoholiker ist das fatal."

Foto: Landesapothekerkammer Baden-Württemberg

Information vor Ort: Am besten den Apotheker fragen

Dabei ist der Zusatz von Alkohol meistens völlig überflüssig. Beispiel Mundspül-Lösung: Der Großteil der angebotenen Produkte hat einen Alkoholgehalt zwischen 5 und 30 Prozent – in Konzentraten sind sogar bis zu 90 Prozent Alkohol zu finden. Dabei ist der gefährliche Stoff zur Desinfektion oder Plaquehemmung überhaupt nicht nötig. Eine gute Mundspül-Lösung hemmt die Plaque-Bildung durch spezielle Wirkstoffkombinationen. Auch aktuelle Studien sprechen für den Verzicht auf Alkohol in Mundspül-Lösungen und ähnlichen Kosmetika. Konnten sie doch zeigen, daß die Substanz das Schmerzempfinden in der Mundhöhle erhöhen kann. Inwieweit Alkohol auch das Krebsrisiko in der Mundhöhle erhöht, muß noch genauer untersucht werden.

Aktuelle Studien sprechen für den Verzicht auf Alkohol

Um unnötige Risiken zu vermeiden, empfehlen Experten den kompletten Verzicht auf Alkohol in Mund- und Zahnspül-Lösungen. Das Bundesinstitut für Risikobewertung unterstützt die Empfehlung der Wissenschaftler und fordert bis zu deren Umsetzung die deutliche Kennzeichnung der Produkte, sowohl auf Flaschen als auch auf Umverpackungen. So kann jeder selbst entscheiden, ob er alkoholhaltige Produkte nutzen möchte oder ob er sich für eine gesündere Lebensweise entscheidet. Ursula Krämer: „Ob ein Mensch zu den 10 Millionen Deutschen mit Alkoholproblemen gehört, ob Schwangere, Kind oder (chronisch) Kranker macht erst einmal keinen Unterschied. Für jeden von uns gilt: Alkoholfrei ist besser."

Der „Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur e. V". setzt sich seit über 105 Jahren für einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol ein. Er macht auf die Gefahren des Alkoholkonsums aufmerksam und zeigt die Vorteile einer alkoholfreien oder alkoholarmen Lebensweise auf. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen Selbsthilfe und Prävention. Der gemeinnützige Verein bietet Gespräche, Seminare, Weiterbildung, Vorträge, Lesungen sowie Rezeptbroschüren an und zeigt bei privaten wie öffentlichen Gesellschaften, wie raffiniert alkoholfreier Genuß sein kann. *pm*

Weitere Informationen unter „Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur e. V.", Bahnhofstraße 41, 58095 Hagen, oder im Internet unter www.deutscher-frauenbund.de

Köstliches für Leib und Seele

Bleibe im Lande und nähre dich redlich", liest man schon in der Bibel (Psalm 37,3), und viele Deutsche werden auch in diesem Jahr wieder „im Lande bleiben" und ihren Urlaub in Deutschland genießen. Es müssen ja nicht immer ferne Länder sein, schließlich findet man in heimischen Landschaften auch so manchen Ort, der Vergnügen pur oder aber auch Erholung pur bietet – je nach Geschmack. Mecklenburg-Vorpommern hat gerade in dieser Hinsicht einiges zu bieten. Davon kann man sich bei der Lektüre eines Buches überzeugen, das alle Sinne anspricht. **Eine kulinarische Entdeckungsreise durch Mecklenburg-Vorpommern** von Andreas Neubert und Angela Liebich (Neuer Umschau Buchverlag, Neustadt / Weinstraße, 264 Seiten, gebunden, 29,90 Euro) enthält neben brillanten Fotos von Land und Leuten eine Fülle von Reisetips über gastronomische Höhepunkte und lauschige Restaurants oder Hotels. Einige der Spitzenköche haben sogar das eine oder andere Rezept verraten, das man durchaus nachkochen kann. Und wer wissen möchte, warum das Pommersche Landesmuseum in Greifswald in diesem Buch Aufnahme gefunden hat, der liest am besten selber nach …

Apropos, selber kochen. In den Sommermonaten kann man es meist schon lange vor dem eigentlichen Genuß riechen: Die Grillsaison ist wieder angebrochen. In Gärten und auf Terrassen wird geschmurgelt „auf Deiwel komm raus". Grillen ist doch ganz einfach, sagt der Laie, und der Fachmann wundert sich. Ein solcher Fachmann ist Luce Höllthaler, der sich selbst als „Schaugriller in der gehobenen Gastronomie" bezeichnet. Er hat für den Hädecke Verlag ein erstaunlich amüsantes, aber auch interessantes Buch über das Grillen geschrieben: **Grillkunst am Feuer** (75 Seiten mit 42 Farbfotos, gebunden, 9,95 Euro). Da erfährt selbst der erfahrene Kleingarten-Grillkünstler noch Neues, etwa daß man das Fleisch erst dann mit Öl bestreichen sollte, wenn es angebraten ist. Besonders gut schmeckt das Steak oder Kotlett, wenn es vor dem Grillen nur trocken gewürzt wurde. Daß Grillen nicht nur eine andere Form des Bratens ist, sondern vor allem auch ein gesellschaftliches Ereignis, das vermittelt das lesenswerte Buch des Grillkünstlers Höllthaler, der darin ganz so nebenbei auch einige leckere Rezepte verrät.

– Grillen ohne Kräuter ist so wie Liebe ohne Küsse. Sie geben dem Ganzen erst das gewisse Etwas. Zu den Kräutern, die mittlerweile auch aus der deutschen Küche nicht wegzudenken sind, zählt das **Basilikum. Viel mehr als ein Küchengewürz** ist diese Pflanze, die Thuri Maag und Theres Berweger in ihrem äußerst informativen Buch vorstellen (Hädecke Verlag, 94 Seiten. gebunden, 14,90 Euro) und die es in 15 Sorten gibt. *SiS*

MELDUNGEN

Ausstellung im Ozeanmuseum

Königsberg – Im Ozeanmuseum in Königsberg wird eine neue Ausstellung mit dem Namen „Maritimes Königsberg“ vorbereitet. Die Exponate sollen dem heutigen Besucher von der Vergangenheit der Stadt erzählen, von der Verbundenheit der Pregelmetropole mit dem Meer und den Traditionen des alten Königsberg. Dabei soll auch die Schönheit der sieben Brücken der Stadt in Modellen wiedererstehen. Man kann sich vorstellen, über die stilisierten Brücken aus alter Zeit, die anhand von Fotografien der Originale nachgebaut werden, spazierenzugehen.

Die Geschichte der Brücken ist mit der der „Schichau-Werft“ verbunden, wo bis 1929 Schiffe gebaut wurden. Von der Werft stammten nämlich die Metallteile, die für den Brückenbau verwendet wurden. Die berühmte „Grüne Brücke“ wurde mit Mitteln der Bürger finanziert. Im Museum wird stellvertretend für alle ein Beispiel einer Königsberger Brücke ausgetellt werden. Sie soll im Erdgeschoß des neuen Gebäudeteils des Museums aufgebaut werden und gleichzeitig die Verbindung von der Vergangenheit zur Gegenwart symbolisieren.

MRK

Folgen des WTO-Beitritts

Königsberg – Der Beitritt Rußlands zur Welthandelsorganisation WTO werde dem Königsberger Gebiet mehr „Plus“ als „Minus“ bringen, gab Gouverneur Georgij Boos gegenüber Pressevertretern bekannt. Seiner Meinung nach würde durch den baldigen Beitritt seines Landes in vielen Branchen der Russischen Föderation die Produktion angekurbelt. Für die Königsberger Exklave bedeute dies, daß sie sich um die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft verstärkt kümmern müsse, da andere Regionen näher am Ort des Geschehens seien. Eine mögliche Lösung sieht Boos in der Förderung der exportorientierten Produktionszweige. Nach dem Beitritt Rußlands zur WTO würden dafür die Barrieren, von denen die Region heute betroffen sind, fallen, so Boos. Dagegen werde die Konkurrenz von seiten westlicher Firmen härter. Boos glaubt allerdings, daß die Region nichts zu befürchten habe, da sie ihre eigene Stärke und Moskau hinter sich habe.

JJ

VDK-Einweihung in Tilsit

Tilsit – Der Waldfriedhof von Tilsit hatte bis 1945 ein gesondertes Areal mit Gräbern von 514 deutschen und 486 russischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Während des Zweiten Weltkrieges war Tilsit Lazarettstadt, und auf dem Waldfriedhof wuchs die Zahl der Soldatengräber ständig an. Auch zivile Opfer der Bombenangriffe auf Tilsit wurden hier bestattet. Weil 1945 die gesamte Fläche eingeebnet wurde, ist bis heute die genaue Zahl der Soldatengräber unbekannt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) hat in den vergangenen Jahren die Gebeine von etwa 750 Soldaten eingebettet. An der Herrichtung des Friedhofes haben viele deutsche und russische Jugendliche sowie Reservistengruppen mitgeholfen. Die feierliche Einweihung findet am 30. Juni statt.

Foto: Cora

Königsbergs alte Börse: Heute wird das im Stil der Florentiner Renaissance errichtete Gebäude anders genutzt, aber eine Augenweide ist es noch immer.

Königsberg – Verzeih'!

Die Pregelmetropole ist schöner als ihr Ruf

Von Harald Breede

Vergeblich suche ich Dich auf einer Karte, die der Reiseveranstalter zur Verdeutlichung seiner Reiseroute, einer Ostsee-Kreuzfahrt, mitgeliefert hat. Bekannte Namen sind dort zu finden, wie Stockholm, Tallinn oder St. Petersburg; aber an Dir fährt man einfach vorbei; von Lübeck oder Kiel ausgehend, wird erst Danzig angelaufen, dann schon Memel, man läßt Dich aus, „links“ beziehungsweise rechts liegen, um von Memel dann weiter nach Riga und Tallinn zu fahren.

Aber verzeih', Königsberg, Du bist die häßlichste Stadt der Welt, da will man nicht mehr hinfahren, wie es vor einiger Zeit jemand in einem Interview gesagt hat. Du bist grau, Königsberg, gesichtslos, große, ungepflegte Plätze und verfallene Häuser bestimmen Dein Stadtbild, Plattenbauten, wohin man blickt, stinkende, Schadstoff ausstoßende Autos quälen sich über Schlagloch besetzte Straßen! Verzeih', Königsberg, aber Dein Kneiphof, der früher dicht bebaut war mit prächtigen Häusern verschiedenster Stilepochen, ist nur noch ein ungepflegter Park. Verzeih', Königsberg, aber überall sieht man noch Hammer und Sichel, überall beherrschen wuchtige Denkmale aus kommunistischer Zeit die Plätze, verrostete Schnellboote erinnern an die Schlachten des Großen Vaterländischen Krieges. Verzeih', Königsberg, aber Du wirst als fremder Planet gesehen, und junge Menschen, die in Deinen Mauern jetzt wohnen, sagen, Dich gäbe es erst seit 1945; junge Menschen, die Dich besucht haben, sprechen, nachdem sie Deiner ansichtig wurden, von einem erlittenen Kulturschock! Verzeih', Königsberg, aber sogenannte Heimweh-Touristen haben Dich nicht wiedererkannt, Du hättest kein Zentrum mehr, die alten Straßen seien nicht zu erkennen; sie seien hilflos herumgegangen; sie machen Dir zum Vorwurf, daß ihre Häuser, wenn sie sie dann gefunden hätten, völlig verändert seien, daß, um es extrem auszudrücken, ihre Gardinen nicht mehr an den Fenstern hingen. Sie wollen nicht mehr wiederkommen, sie sagen, Du seiest eine russische Stadt und man könne dann auch nach Omsk oder Irkutsk reisen.

Tut es Dir weh, Königsberg, wenn ich das alles so sage, so ausspreche, Dir ins Gesicht sage, was andere über Dich reden, erzählen, weitererzählen? Willst Du Dich nicht wehren, alles geraderücken, gerade jetzt, wo Du letztes Jahr 750 Jahre alt geworden bist? Jedenfalls kann ich das alles nicht so stehenlassen, ich muß Dich all dieser Aussagen wegen um Verzeihung bitten – Königsberg, verzeih'!

Wird vergessen, daß Du erst 1991 aus dem Dunkel der Geschichte, in das Du 1945 versunken warst, wieder aufgetaucht, man könnte sagen, ins Leben zurückgekehrt bist, bejubelt vor allem von den Ostpreußen, die alle Dich besuchen wollten, die glücklich waren, in ihre Geburtsstadt, in ihre ehemalige Landeshauptstadt reisen zu können? Und dann das vernichtende Urteil: einmal und nie wieder!

Königsberg, verzeih' ihnen, sie haben vergessen, verdrängt, was man Dir seit 1944 angetan hat, als zunächst im August jenes Jahres englische Bomber Dein Zentrum, Dein Gesicht, zerstört haben, dann im April 1945 russische Truppen Dich zerstörend eingenommen haben und Stalin beschloß, aus Dir eine russische Stadt zu machen, Dich hermetisch vom Rest der Welt abriegelte, zum Sperrgebiet erklärte und Breschnjew später den Befehl gab, alles Deutsche in Dir auszumerzen. Muß man sich da noch wundern, daß es nicht mehr so ist wie früher, daß Du Narben im Gesicht davongetragen hast, Narben der Geschichte, die eitern, die weh tun, Dir selbst und natürlich Deinen Besuchern? Aber wer will, wer sehen kann, erkennt Dich trotz dieser Narben, trotz Deines entstellten Gesichtes, sieht hinter diesen Narben ein Blinzeln vom wiederaufgebauten Dom, der Börse, von der Kirche „Zur Heiligen Familie“, erahnt ein leises Lächeln von den Stadttoren her, einen warmen, vielleicht etwas wehmütigen Blick von der in ein Puppentheater umgewandelten Luisen-Kirche, sieht plötzlich Deine blauen Augen von Schloß- und Oberteich, und die Narben in Deinem Gesicht werden durch dieses Blau der Teiche und der Pregelarme, das Grün der Parkanlage auf dem Kneiphof oder das Backsteinrot des Domes gemildert, so daß sie kaum noch sichtbar sind.

> Die Stadt ist trotz ihrer Narben wiederzuerkennen

Königsberg, verzeih' ihnen, die da schreiben, sie hätten einen jungen Russen gesprochen, der behauptet habe, Deine Geschichte beginne erst 1946! Ja, es stimmt, man hat Dich umbenannt, Dir einen neuen Namen gegeben nach dem Kampfgefährten Stalins: Kaliningrad. Man hat den seit 1946 eintreffenden, besser zwangsumgesiedelten russischen Neusiedlern aus den Weiten Sibiriens Deine Geschichte verheimlicht, nachfragen auf Grund Deiner damaligen Ruinenhaftigkeit war verboten, Du hattest russischen Ursprungs zu sein. Aber die Zeiten haben sich geändert nach Glasnost und Perestroika, die Menschen, denen Du heute Heimstatt bist, dürfen wieder denken, dürfen sich Gedanken machen, dürfen nachfragen. Und sie haben es getan, besonders die jungen Menschen, Schüler und Studenten – Du weißt es genau – sie haben Fragen gestellt und haben Deine deutsche Vergangenheit entdeckt, sie haben Dich aus Deinem Dornröschenschlaf geküßt, sie sind stolz auf Dich, auf Deine deutsche Geschichte, sie möchten Dir Deinen alten Namen wiedergeben! Man fragt sich, wen die Journalistinnen nur gesprochen haben!

Königsberg, verzeih' ihnen, sie sind sehr jung, die Dich da besucht haben, sie sind so jung, daß sie selbst noch keine Geschichte haben, sie sind so naiv, daß sie in althergebrachte Klischees verfallen, zum Beispiel von schlaglochübersäten Straßen! Das war einmal, aber diese Volontärinnen haben Dich 2004 besucht! Wo sind sie nur gegangen? Auch ich bin in jedem Jahr durch Deine Straßen gewandert, gestromert, habe gute und schlechte Straßen gesehen, habe gesehen, wie Straßen neue Asphaltierungen erhielten, Kreuzungen neu gestaltet wurden, habe Straßen gesehen, wo sich Schlagloch an Schlagloch reiht, natürlich, aber wie ist es in unseren Städten, warum bilden sich Bürgerinitiativen, die die Schlaglöcher in ihren Straßen nicht mehr hinnehmen wollen?

> Das Bild ist von Vorurteilen und Klischees geprägt

Königsberg, verzeih' ihnen, denn auch die „stinkenden, Schadstoff speienden Autos“ sind ein typisches Klischee, sie müssen es in ihrer dürftigen Reisevorbereitung irgendwo gelesen haben, um es dann vor Ort zu suchen; übersehen haben sie in ihrer Suche, daß Deine Straßen beherrscht werden von Mercedes, BMW, VW sowie japanischen Markenwagen. Oder meinen sie vielleicht die vielen Busse, die in Minutentakten die Menschen von A nach B bringen? Sie vergessen dabei, daß ein Teil davon ausrangierte Busse aus der Bundesrepublik Deutschland sind, die dort den Bestimmungen nicht mehr entsprachen! – Ja, sie waren nur dürftig vorbereitet, kannten nicht einmal Deine jetzige Sprache, glaubten mit ihrer Sprache alles regeln zu können und beschweren sich, daß dies nicht klappte, nicht klappen konnte. Aber wer Sprache nur als deutsche und russische Vokabeln definiert, kommt nicht weit; es gehört mehr dazu, nämlich ein Lächeln, eine kleine Geste, vor allem aber das Herz muß sprechen. Dann wird man auch heute in Deinen Mauern aufgenommen, aufgehoben sein, dann verstehen Dich die Menschen, öffnen sich und helfen Dir weiter – Königsberg, verzeih'! Warum, Königsberg, suchen Menschen, wenn sie Dich besuchen, immer nur nach Kanaldeckeln mit deutscher Aufschrift, um dann glücklich zu sein, wenn sie fündig geworden sind, weil sie ja auf Spurensuche sind; sie kommen meistens mit dem Zug von Berlin und in ihrem späteren Reisebericht kommen sie dann am Nordbahnhof an! Merkst Du etwas, Königsberg, sie wissen nicht einmal, wo sie ankommen! Man kam und kommt von eh und je von Berlin kommend auf dem Hauptbahnhof, heute Südbahnhof, an; vom Nordbahnhof ging und geht es nach Cranz und Rauschen. Und wenn sie sich dann auf den Weg in Deine Innenstadt machen, glauben sie alles Negative aufzählen zu müssen, sehen Bettlerinnen, Trinker, mokieren sich über die unsensibel angebrachte Kanttafel, dort wo ehemals der Westturm des Schlosses stand, erzählen etwas über die Wuchtigkeit des Kalinin-Denkmals, und so geht es weiter in diesen Reiseberichten. Aber auch die Fernsehberichte sind nicht viel anders, in den meisten Fällen. Die Kameras schwenken über die Plattenbauten der 60er Jahre, zeigen das Königstor mit den abgeschossenen Köpfen von Ottokar von Böhmen, Friedrich I. und Albrecht von Brandenburg, verweilen auf dem „Haus der Räte“, einer nie vollendeten Beton-Ruine, mit dem Kommentar, hier habe einmal das Schloß gestanden, lassen Lenin auf dem ehemaligen Hansaplatz in Großaufnahme im Objektiv stehen, dann fokussiert in allen Einzelheiten, um dann noch schnell einige Hinterhöfe mit überquellenden Mülleimern und darin rumwühlenden Bettlern zu zeigen – Königsberg, verzeih'! Sie wissen nicht oder wollen es nicht wissen, daß Du ganz anders bist, daß die Kanaldeckel vor dem Hauptbahnhof nicht wichtig sind, sondern daß es wesentlicher ist, die gelungene Renovierung und Umgestaltung der Bahnhofshalle zu zeigen, daß es müßig ist, nach 15 Jahren seit Deiner Öffnung immer noch und immer wieder das Lenin- und Kalinin-Denkmal zum Thema zu machen.

Königsberg, verzeih', sie sind blind für die Wisente von August

Fortsetzung auf Seite 14

Königsberg – Verzeih'!

Fortsetzung von Seite 13

Gaul vor dem ehemaligen Amts- und Landgericht, sie schließen die Augen vor dem Schiller-Denkmal von Stanislaus Cauer in der Parkanlage vor dem Dramentheater, sie fahren vorbei an der von Cauer geschaffenen Marmorfigur „Nach dem Bade" neben der Luisen-Kirche und schon gar nicht bemerken sie die Cauersche Herkules-Figur aus Muschelkalk, immer noch an der Stelle, an der sich früher ein begehbares Schleusenhaus befand, um das Wasser des Ratshofer Freigrabens in den Hammerteich zu regulieren.

Auch in Mittel- und Westdeutschland gibt es Bausünden

Sie, die über Dich die Nase rümpfen, vergleichen Deine erhaltenen Stadttore, die, zugegeben, desolat sind, mit der Altstadt von Lübeck. Wie kann man nur, welche historische Naivität zeigt sich hier! Du hast gelitten in der sowjetischen Zeit, als man in Dir alles Deutsche wegsprengte oder zumindest dem Verfall preisgab. Warum ziehen diese Menschen nicht andere Vergleiche, stellen Deine Plattenbauten den Wohnsilos, den Trabantenstädten in Kiel-Altenholz, in Schwerin dem Großen Dreesch oder in Hamburg Mümmelmannsberg gegenüber? Sie tun es nicht, weil sie dann zugeben müßten, daß es bei uns nicht anders aussieht! Warum bewegen sie sich nicht aus Deinem Zentrum heraus, wandern an den renovierten Häusern des Steindamms entlang, sehen sich das vielseitige Angebot in den Wünsche weckenden Schaufensterauslagen an, warum ziehen sie nicht weiter über den Hansaplatz in die Hufenallee, an deren Anfang das Dramentheater steht, unter dessen Säulenarkaden man zur Stärkung eine Tasse Kaffee trinken, ein Eis verzehren oder ein Stück Kuchen zu sich nehmen kann, immer mit Blick über die Straßenkreuzung in eine gepflegte kleine Grünanlage, in deren Mittelpunkt eine Wasserfontänen speiende Brunnenanlage steht und an deren Rand seit 1910 Cauers Friedrich Schiller den Blick in Richtung Theater erwidert; warum nur werfen sie keinen Blick in die Seitenstraßen auf dem Weg zur Luisen-Kirche, in die Luisenallee, Schiller- und Schrötterstraße, warum nicht einmal die Körteallee entlanggehen mit Luisen- und Friedrich-Wilhelm-Platz? Hier, Königsberg, würden sie Dich erkennen in den erhaltenen und restaurierten Villen, teilweise noch mit deutschen Namen, in wunderschönen Garten- und parkähnlichen Anlagen, in Jugendstilhäusern und natürlich an den baumbestandenen, an Alleen erinnernden Straßenzügen – hier hast Du, Königsberg, Deine Schönheit von einst bewahren können; aber keine Fernsehkamera zeigt diese Schönheit vergangener Zeiten, es würde ja dem Klischee von einer grauen, aus Plattenbauten bestehenden Stadt widersprechen! – Königsberg, verzeih'!

Verzeih' ihnen, die sich nicht die Mühe machen, genauer hinzusehen, die nicht sehen, daß trotz der Zerstörungen während des Krieges und dann in sowjetischer Zeit so viele deutsche Gebäude geblieben sind, sie gehen nicht zur ehemaligen Bernsteinmanufaktur in der Sattlergasse, übersehen das ehemalige Reichsbahn-Direktionsgebäude in der Vorstädtischen Langgasse, die mit reichem neobarocken Portal ausgestattete Fortbildungsschule am Korinthendamm, die in der Drumstraße gelegene Medizinische Universitätsklinik, heute Hafenkrankenhaus, oder das im preußischen Gymnasialstil der Jahrhundertwende errichtete Hufengymnasium, an dem Ernst Wiechert einst unterrichtete, sie scheuen den Weg zur erhalten gebliebenen Kunst- und Gewerbeschule in der Straße Ratslinden, einem Bau von Friedrich Lahrs mit Halbreliefs über dem Portal von St. Cauer, zum Löbenichter Hospital in der Heidemannstraße mit einer Geschichte, die zurückreicht in das Jahr 1349; sie würden dann erkennen, daß der jetzige Bau ein Nachfolgebau von 1903 ist, aber wenn sie sich dieser Mühe unterzögen, könnten sie ein Kleinod der Baukunst aus dem 18. Jahrhundert entdecken, nämlich das noch vorhandene Rokoko-Portal des Löbenichter Hospitals aus dem Jahre 1771 – aber sie tun es nicht, sie machen sich die Mühe nicht, Königsberg, Deine deutsche Baugeschichte zu erkunden, nicht die Reiseleiter, nicht die Berichterstatter, nicht die Touristen, nicht die sogenannten Spurensucher – Königsberg, verzeih'! Verzeih' ihnen, die nicht einmal um den Schloßteich gehen, den Ruderregatten oder den Tretbootfahrern zusehen, die noch kein Bier am Kiosk an der Schloßteichspitze getrunken haben, um dann mit russischen Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen, ohne der Sprache mächtig zu sein, die den Innenhof des Dohnaturmes, heute Bernsteinmuseum, nicht kennen, die den von den gepflanzten Rosen ausgehenden Duft und das zarte Blau des ostpreußischen Himmels über dem Backsteinrund des Bollwerks nicht wahrnehmen!

Königsberg, bemühe Dich nicht, ich mußte das alles sagen, es mußte ausgesprochen werden! Ich weiß, es ist eine Liebeserklärung geworden. Ja, Du hast Recht, Liebe macht bekanntlich blind, aber ich stehe nicht allein mit meiner Ansicht, ich nenne Dir nur den Engländer Anthony R., der mit dem Fahrrad von der Themse zu Dir an den Pregel kommen will, weil er von seinen beiden vorangegangenen Besuchen bei Dir so angetan ist; ich nenne den italienischen Studenten Francesco D., der von Moskau aus Dir einen Besuch abstattete, und zwar mit der entgeisterten Frage seiner russischen Kommilitonen im Kopf: „Was willst Du auf dieser Insel?" Er aber lernte Dich schnell kennen und anerkennen. Während seines Spazierganges durch Deine Straßen kehrte er am Steindamm in das „Café Express" ein, war von den Speisen und Getränken entzückt, und als er zum Schluß noch eine Tasse Mokka von echter italienischer Provenienz erhielt, dazu einen phantastischen Apfelkuchen, war sein Glück vollkommen, und schon nach diesem ersten Tag bei Dir widersprach er in Gedanken seinen Freunden in Moskau, denn er fühlte sich schon jetzt wie in einer mitteleuropäischen Stadt aufgehoben.

Man braucht Zeit, um die Attraktivität zu verspüren

Und, Königsberg, ich kann noch jemanden anführen, der meine Ansicht teilt, es ist sogar ein Deutscher, ein Königsberger, Dieter Sch. Er habe, so schreibt er, bis zum Jahre 2002 gewartet, dummerweise, um seine Heimat wiederzusehen, denn er glaubte fest, daß Deine jetzt russische Bevölkerung den Deutschen Mißtrauen und Distanz entgegenbrächte. Aber er, der als Schiffssteward in der Welt weit herumgekommen war, mußte nun erkennen, daß man „nirgends auf der Welt weniger Abneigung uns Deutschen gegenüber" entgegenbringt als hier. Vier Wochen Aufenthalt haben ihn zu dem Schluß kommen lassen: „Ich kann jedem Altkönigsberger oder dessen Kindern, die ihre Wurzeln suchen, nur raten: Werft eure Bedenken über Bord, fahrt nach Königsberg!"

Du hast sicherlich bemerkt, Königsberg, daß diese Beispiele von Menschen erzählen, die sich länger oder in jedem Jahr neu in Deinen Mauern aufgehalten haben. Und so meine ich, verzeih' mir Königsberg, daß die Kreuzfahrtschiffe Dich nicht anlaufen sollten, sie sollten Dich doch links beziehungsweise rechts liegen lassen und von Danzig gleich nach Memel durchfahren, denn sie gewähren den Touristen in jedem Hafen nur für wenige Stunden Landgang, lassen sie in Busse einsteigen und mit einer Stadtführerin durch die Stadt schleusen. Aber so lernt man Dich nicht kennen, sie, die Touristen, können nicht durch Geschäfte bummeln, in Antiquitätengeschäften stöbern, gelangen nicht bis zum neuen evangelisch-lutherischen Kirchenzentrum mit der wunderschönen Gartenanlage, haben nicht die Zeit, hier an einem Gottesdienst teilzunehmen oder in der Kreuzkirche einem russisch-orthodoxen Gottesdienst beizuwohnen, man zeigt ihnen nicht die Neubaugebiete in Quednau, wo sich wunderbare Einfamilienhäuser und prunkvolle Villen mit gepflegten Gartenanlagen aneinanderreihen, man fährt mit ihnen nicht die Cranzer Allee entlang, um ihnen dort neu entstehende Großwohneinheiten mit baulich aufgelockerten und farblich harmonisch abgesetzten Fassaden zu zeigen, nein, sie kommen mit den Menschen nicht in Kontakt, ins Gespräch, sie lernen nicht die Gastfreundschaft Deiner jetzigen Bevölkerung kennen, sie fahren nach einem Tag ab und sprechen dann, Königsberg verzeih', von einer grauen russischen Stadt, die da heißt Kaliningrad! Und sieh', deshalb laß' die Schiffe von Danzig gleich nach Memel fahren, denn man muß Dich durchwandern, man muß Dich riechen, hören, man muß Dich einatmen, man muß offen sein, bereit sein, der Verkäuferin im Supermarkt ein Lächeln zu schenken, mit dem Taxifahrer über Geschäfte zu reden, die Straßenkinder als Menschen zu sehen, die Kellnerin ins Gespräch zu ziehen, mit den Verkäufern an den Bernsteinständen zu verhandeln, dem Portier zu danken, man muß sich freuen können auf ein Konzert im Dom, auf einen Abend bei russischen Freunden, auf ein Wiedersehen mit Tamara, Eugen oder Diana – ja, Königsberg, dann lernt man Dich kennen, dann weiß man, daß Du Charme hast, einen Charme, dem man sich nicht entziehen kann, der einen nicht los läßt, so daß man wiederkommen muß!

Aus: „Königsberg – Verzeih'!", Eigenverlag, Eutin 2005, 102 Seiten, 13,50 Euro, Bestell-Nr. 5527

Hohe Straße (uliza Pobedy): Es gibt nicht nur Straßenlöcher und Ruinen.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: privat

Lewe Landslied und Familienfreunde,
immer wieder entnehme ich aus Zuschriften und Anrufen die unterschwellig gestellte Frage: Lohnt sich denn überhaupt noch ein Suchen? Ich könnte den Zweiflern mit dem bekannten Zitat „Die Hoffnung stirbt zuletzt" entgegnen, aber eine reale Antwort geben die Erfolge, die trotz der großen Zeitspanne zwischen Geschehen und Suche zu verzeichnen sind. Nicht nur durch unsere Ostpreußische Familie, über die ich ja in den letzten Folgen berichten konnte. Ein ungewöhnliches Wiederfinden nach über 60 Jahren durfte Brandamtmann a. D. **Erwin Syska** erleben. Er hat uns dazu einen Bericht zugesandt. Da der Schreiber aus dem Kreis Ortelsburg stammt, fügt sich dieses Geschehen gut in unsere Ostpreußische Familie ein.

Die Geschichte beginnt, als zu Beginn des Rußlandfeldzuges ein 18jähriges Mädchen aus Kiew zur Zwangsarbeit nach Deutschland transportiert wird. Die junge Ukrainerin hat Glück, denn sie kommt auf den Bauernhof der Familie Syska in Wallen, wo sie voll in das Familienleben integriert wird. Sie wird nur „unsere Sonja" genannt, arbeitet im Haushalt, gelegentlich auch auf dem Feld und betreut die vier Kinder. Als im Januar 1945 die Familie Syska vor der Roten Armee fliehen muß, geht Sonja mit. Was sich als Glücksfall erweist, denn bei Elbing gerät der Flüchtlingswagen in die Hände der Rotarmisten. Bei der Plünderung entdecken sie einen Sack, in dem sich auch eine schwarze Panzeruniform mit einem Totenkopf befindet. Diesen Sack hat kurz zuvor eine nahe Verwandte, deren eigener Fluchtwagen liegenblieb, auf das Gefährt der Familie Syska gepackt, weil sie zu Fuß weiter wollte. Die Uniform gehörte ihrem Sohn – aber wie das den Russen verständlich machen, die als Träger den Familienvater vermuten? Kurzerhand wird **Fritz** Syska an die Wand gestellt – aber da geschieht das Wunder: Sonja ist zu einem Offizier gelaufen und hat ihm das Mißverständnis lautstark zu erklären versucht. Tatsächlich lassen die Russen von dem Mann ab. Im weiteren Verlauf gerät das Gehöft, auf dem sich die Familie befindet, in eine Panzerschlacht und in Brand. Frau Syska und Sonja wollen noch einige auf dem Wagen verstaute Sachen retten, da schlägt eine Granate ein und verwundet die beiden Frauen schwer. Deutsche Soldaten bergen die Verletzten und bringen sie zum Hauptverbandsplatz. Von dort geht es mit einem Lazarettzug nach Danzig und weiter nach Westen. In Goslar sind die beiden Frauen noch zusammen – dann verliert sich die Spur von Sonja.

Soweit das damalige Geschehen. Die Syskas haben immer nach Sonja geforscht, glaubten, daß sie mit den Amerikanern gegangen sei. Aber alles Suchen, auch über die betreffenden Organisationen und Botschaften, war erfolglos. Durch die wiederholten Erzählungen seiner Eltern blieb auch für Erwin Syska der Name „**Sonja Jaratmenko**" unvergessen. Immer wieder versuchte er, die Retterin seines Vaters zu finden, leider vergeblich. Bis der 73jährige vor kurzem die Zeitschrift „Verständigung und Aussöhnung" der Organisation Ukrainische Nationale Stiftung in die Hände bekam. Er schrieb an die angegebene Adresse in Kiew und sandte Fotos per E-Mail. Die Organisation leitete den Suchwunsch an die Medien weiter, auch an das Fernsehen, und siehe da, es geschah ein Wunder: Sonja Jaratmenko meldete sich! Das Wiederfinden muß für sie wie für Erwin Syska unbeschreiblich gewesen sein, wenn es vorläufig auch nur schriftlich zustande kam. Aber nun soll es auch persönlich stattfinden, denn Herr Syska will der Retterin seines Vaters danken und versuchen, gutzumachen, was sie für die Familie getan hat. Noch in diesem Jahr will er die Frau besuchen, die für ihn noch immer „unsere Sonja" ist, und hofft dabei, daß ihm auch Freunde und Mitfühlende mit Rat und Tat zur Seite stehen. Vielleicht melden sich ja auch Leserinnen und Leser, die Erfahrungen mit Besuchen in der Ukraine haben oder ihm sonstwie behilflich sein können (Erwin Syska, Brandamtmann a. D., Südwinkel 18 in 30890 Barsinghausen, Telefon 0 50 35 / 9 20 70, Fax 0 50 35 / 9 20 72, E-Mail: esyba@t-online.de).

Die Erlebnisse jener Tage sind so gravierend im Leben jedes Vertriebenen, daß er sie nie vergißt, wohl manchmal verdrängt – aber sie kommen immer wieder und zwingen zur Klärung von Ereignissen, die nur noch schemenhaft in der Erinnerung sind. Vor allem, wenn man damals noch Kind war und die Vorgänge nicht voll erfassen konnte. So hat auch Frau **Waltraut Monzel** geborene **Perk** noch Erinnerungen an das Verlassen ihrer Heimatstadt Mehlsack, denn die 13jährige mußte mit ihrer Mutter und vier Geschwistern im Alter zwischen fünf und 14 Jahren über das Haffeis und die Frische Nehrung nach Pillau flüchten. Es war der 10. Februar 1945, Stunden voller Angst, Grauen, Verzweiflung und unsäglicher Strapazen. In Pillau gelang es der Mutter, mit ihren fünf Kindern auf ein Schiff zu kommen. Es war die „Hektor", die ehemalige „Orion", davor „Kurmark". Sie legte am 14. Februar in Pillau ab, brachte aber die Flüchtlinge nur bis Gotenhafen. Dort mußten sie von Bord, aber sie konnten auf ein anderes Schiff gelangen, „ein sehr großes", wie es Frau Monzel noch in Erinnerung hat. Wie es sich dann jetzt bei ersten Nachforschungen, die von ihrem Ehemann, Herrn Dr. **Rudolf** Monzel, betrieben werden, bestätigte, war es die „Deutschland", das Fährschiff der Deutschen Reichsbahn. Frau Monzel erinnert sich, daß sie sogar eine Kabine mit sanitärer Einrichtung hatten. Schon 18 Stunden später lag das Schiff auf Reede vor Saßnitz, die Flüchtlinge wurden bei tiefer Dunkelheit auf kleine Boote gebracht – ohne Gepäck. Frau Perk kam mit ihren Kindern nach Schleswig-Holstein, sie wurden bereits am 27. Februar in Hemme bei Heide registriert. Soweit die wenigen Erinnerungen und Angaben nach bisherigen Recherchen. Nun möchte das Ehepaar mehr über den Fluchtweg und die Ereignisse jener Februartage wissen. Wer war damals auch dabei, in Pillau, Gotenhafen oder auf einem der genannten Schiffe, und kann sich an Einzelheiten erinnern. Herr Dr. Monzel hat bereits vor Jahren versucht, mehr Informationen zu bekommen, leider hat die angesprochene Stelle nicht geantwortet. Hintergrundinformationen bietet die einschlägige Literatur, aber das Ehepaar ist an persönlichen Erlebnissen und Eindrücken interessiert, um die eigenen Erinnerungen von Waltraut Monzel zu untermauern. Und da bin ich ganz sicher, daß unsere Ostpreußische Familie nicht stumm bleiben wird! (Dr. Rudolf Monzel, Nikolausstraße 15 in 54550 Daun, Telefon 0 65 92 / 28 44)!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Naujoks, Fritz, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Postredder 6, 23623 Ahrensbök am 23. Mai

Zubel, Albert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Fliederweg 11, 52078 Aachen, am 26. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grau, Elisabeth, geb. Süss, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Händelstraße 25, 31228 Stederdorf, am 23. Mai

Norra, Marie, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Buschweg 6, 45661 Recklinghausen, am 26. Mai

Poppek, Reinhold, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Grafenberger Allee 355, 40235 Düsseldorf, am 26. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bondzio, Edith, geb. Engellen, aus Königsberg, Holzstraße 9, jetzt Akazienweg 8, 75417 Mühlacker, am 11. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brompeitsch, Irma, geb. Bleinagel, aus Godnicken, jetzt bei Bleinagel, Gartenstraße 12, 21438 Brackel, am 22. Mai

Ihlo, Ernst, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Osnabrücker Straße 23, 49214 Bad Rothenfelde, am 25. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Walter, Albert, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Jahnstraße 3, 67227 Frankenthal, am 25. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baeck, Heinz, aus Lyck, jetzt Zum Salzgittersee 32, 38226 Salzgitter, am 23. Mai

Buchholz, Kurt, aus Wehlau, jetzt Langenkamp 21, 25451 Quickborn, am 25. Mai

Korkuth, Emma, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, jetzt Massenbergstraße 22, 44787 Bochum, am 26. Mai

Kullick, Max, aus Sorden, Kreis Lyck, jetzt Haardter Straße 6, 67433 Neustadt (Weinstraße), am 25. Mai

Madeya, Gisela, geb. Modricker, aus Lötzen, jetzt Emder-Straße 28, 26795 Wiefelstede, am 22. Mai

Schmidt, Elisabeth, geb. Schendel, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, jetzt 13. Rose Avenue, Ashley, South-Africa, am 26. Mai

Sinnhöfer, Ida, aus Weitenruh, Kreis Ebenrode, jetzt Rossbachstraße 17, 88212 Ravensburg, am 28. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Görtz, Heinrich, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Wilhelmstraße 1, 52428 Jülich, am 22. Mai

Hertis, Erich, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Gerther Straße 27, 44577 Castrop-Rauxel, am 27. Mai

Kiesow, Helene, geb. Steinke, aus Cranz, jetzt Bahnstraße 41, 04469 Lützschena, am 22. Mai

Kullick, Martha, geb. Wutzka, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Bruchweg 4, 38315 Hornburg, am 25. Mai

Schweitzer, Maria, geb. Dömpke, aus Wehlau, Klosterplatz, jetzt Hinterfleck 38, 06528 Brücken, am 26. Mai

Siegmund, Kurt, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Prämienstraße 20, 52223 Stolberg, am 22. Mai

Thon, Hedwig, geb. Restmann, aus Lyck, jetzt Stegerwaldstraße 3, 24537 Neumünster, am 26. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bieber, Gerda, geb. Storim, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Rißweg 1, 22393 Hamburg, am 25. Mai

Borreck, Erna, aus Treuburg, Bahnhofstraße 7, jetzt Hermannstraße 63, 44263 Dortmund, am 27. Mai

Eiffler, Christa, geb. Kaesler, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Grün 4, 78465 Konstanz, am 23. Mai

Soldmann, Elfriede, geb. Krüger, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt August-Schmidt-Ring 52, 45711 Datteln, am 22. Mai

Szameitat, Friedrich, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Neißeweg 3, 31275 Lehrte, am 27. Mai

Struppek, Martha, geb. Wawrzyn, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Halbe Stadt 5, 15230 Frankfurt / Oder, am 25. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bembennek, Erna, geb. Scharein, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Kornblumenweg 9 (Böttcher), 18439 Stralsund, am 27. Mai

Gallinat, Hans-Gerhard, aus Mühlhausen, Kreis Pr. Holland, jetzt Twistringer Straße 7, 28217 Bremen, am 21. Mai

Grigat, Irmgard, geb. Lenzen, aus Wehlau, Markt, jetzt Schillerstraße 6, 24116 Kiel, am 26. Mai

Kargoll, Anneliese, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Sterngasse 8, 67227 Frankenthal, am 24. Mai

Kuhr, Dora, geb. Unruh, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bahnhofstraße 79, 27612 Loxstedt, am 26. Mai

Laaser, Leopold, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt 314 S. Courtl. Ave. Kokomo, IN 46901, am 27. Mai

Lemke, Elfriede, geb. Tietz, verw. Sembritzki, aus Lyck, Bismarckstraße 2, jetzt Regerstraße 2, OT Erlenau, 83024 Rosenheim, am 25. Mai

Viehöfer, Ernst, aus Gumbinnen, Goldaper Straße 1, jetzt Bahnhofstraße 39, 83451 Piding / Berchtesgadener Land, am 10. Mai

Voigt, Rudolf, aus Kreis Elchniederung, jetzt Steinstraße 13, 38889 Blankenburg, am 26. Mai

Vorwald, Friedrich, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Am Breitle 7, 86156 Augsburg, am 20. Mai

Wolff, Frieda, geb. Czerwonka, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Seniorenzentrum Haus Elsey, Trappenweg 10, 58119 Hagen, am 25. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beckmann, Elli, geb. Röhl, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Fuhneweg 8, 38120 Braunschweig, am 25. Mai

Bohres, Martha, geb. Bobran, aus Monethen, Kreis Johannisburg, jetzt Worthnocken 6, 58511 Lüdenscheid, am 18. Mai

Günther, Frieda, geb. Scharnowski, aus Gorlau, Kreis Lyck und aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Ortsstraße 20 a, 98743 Gräfenthal, OT Gebersdorf, am 24. Mai

Kirsch, Ella, geb. Lasogga, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Duisburger Str. 14, 47226 Duisburg, am 22. Mai

Krautwurst, Walburga, geb. Schliebenow, aus Lyck, jetzt Jenaer Straße 20, 73479 Ellwangen, am 25. Mai

Krossa, Ida, geb. Laskowitzki, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 24, 17268 Groß Dölln, am 26. Mai

Lange, Frieda, geb. Jakubzik, aus Arlen, Kreis Lötzen, jetzt Ehrenpreisstieg 2, 22589 Hamburg, am 27. Mai

Lucks, Hildegard, geb. Meyer, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Kogelpark 18, 7195 Kleinmond, Südafrika, am 26. Mai

May, Erna, geb. Käding, aus Amtal, Kreis Elchniederung, jetzt Rektor-Marten-Straße 25, 25746 Heide, am 23. Mai

Ossa, Lieselotte, geb. Romanowski, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, jetzt Saturnstraße 7, 58285 Gevelsberg, am 28. Mai

Philipp, Rudi, aus Lyck, Hindenburgstraße 14, jetzt Roßstraße 251, 47798 Krefeld, am 27. Mai

Popken, Erika, geb. Ijewski, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Raiffeisenstraße 15 c, 26446 Friedeburg, am 26. Mai

Rohde, Anna-Marie, geb. Naroska, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Osterstraße 63, 25836 Garding, am 21. Mai

Roschkowski, Kurt, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Gneisenaustraße 47, 46537 Dinslaken, am 24. Mai

Schiefke, Edith, aus Tilsit, jetzt Commeniusweg 8, 39249 Gnadau, am 24. Mai

Stadie, Hanna, aus Randau, Kreis Ebenrode, jetzt Heerstraße 5, 39398 Hadmersleben, am 27. Mai

Zander, Anneliese, geb. Rahn, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Eichenweg 2, 27607 Langen, am 24. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bednarek, Gertrud, geb. Groß, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Hermannstraße 35, 32756 Detmold, am 26. Mai

Braun, Wally, geb. Marquardt, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Weiherstraße 6, 56291 Bickenbach, am 27. Mai

Chudaska, Emma, geb. Posdzich, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Königsberger Straße 25, 52078 Aachen, am 28. Mai

Drews, Renate, geb. Lindenau, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Segeberger Straße 44, 23617 Stokkelsdorf, am 28. Mai

Eichmann, Edith, geb. Leifert, aus Neusorge, Kreis Elchniederung, jetzt Dostojewskistraße 10 a, 17491 Greifswald, am 24. Mai

Folz, Magda, geb. Riek, aus Mildenheim, Kreis Ebenrode, jetzt Ratzeburger-Straße 5, 23923 Schönberg, am 27. Mai

Gesien, Günter, aus Heiligenbeil Abbau, jetzt Tomtebogatan 37, 11338 Stockholm / Schweden, am 26. Mai

Hebel, Herta, geb. Kullik, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Am Buchrain 7, 61476 Kronberg, am 24. Mai

Kegat, Käthe, geb. Zühlke, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Plöner-Straße 10, 23714 Malente, am 25. Mai

Kirsch, Grete, geb. Meyer, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, jetzt Roederallee 105, 13437 Berlin, am 24. Mai

Knackstädt, Inge, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Nördliche Ringstraße 153, 63225 Langen, am 24. Mai

Ladzeck, Herta, geb. Conrad, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Saarlandstraße 34, 25421 Pinneberg, am 28. Mai

Lemke, Hans Georg, aus Rosenfelde, Schillenbruch, Kreis Wehlau, jetzt Im Werth 2, 79312 Emmendingen, am 25. Mai

Losch, Erika, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Tunibergstraße 6, 79227 Schallstadt-Menden, am 27. Mai

Luckau, Wilhelmine, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Berliner Straße 16, 31867 Lauenau / Deister, am 23. Mai

Mahlfeld, Werner, aus Königsberg, Altroßg. Predigerstraße 6, jetzt Ostlandstraße 7, 49504 Lotte-Büren, am 15. Mai

Manko, Walter, aus Talken, Kreis Lyck, jetzt Am Damm 16, 27211 Bassum, am 23. Mai

Mundt, Doris, geb. Krüger, aus Gr. Warkau, Kreis Insterburg, jetzt Kestnerstraße 12, 32756 Detmold, am 28. Mai

Niwiara, Willi, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Schlesienstraße 32, 21391 Reppenstedt, am 20. Mai

Ottenberg, Elfriede, geb. Mursal, aus Ortelsburg, jetzt Grubenstraße 84, 45141 Essen, am 26. Mai

Rattay, Hans Georg, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, jetzt Heinrich-Imbusch-Straße 24, 45665 Recklinghausen, am 26. Mai

Reingräber, Irmgard, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Bahnhofstraße 74, 55218 Ingelheim / Rhein, am 25. Mai

Rogalski, Hans-Georg, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Elsternweg 4, 26125 Oldenburg, am 22. Mai

Schug, Gertrud, geb. Rohmann, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Esenbeckstraße 6, 50735 Köln, am 28. Mai

Sczesny, Hildegard, geb. Kiyek, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Krokusweg 2 a, 44652 Herne, am 25. Mai

Sehnwitz, Dora, geb. Priebe, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Offenbacher Landstraße 245, 60599 Frankfurt, am 28. Mai

Wieser, Martha, geb. Fidorra, aus Malga, Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Burgweg 35, 78333 Stockach, am 28. Mai

Witt, Irmgard, geb. Wellerdt, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ziethenstraße 30, 44141 Dortmund, am 22. Mai

Zimpel, Erika, geb. Nitschmann, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Am Steinbach 46, 09661 Etzdorf, am 25. Mai

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Mückenheim, Werner, und Frau Irene, geb. Kledtke, aus Markthausen, Kreis Labiau und Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Südharzstraße 31, 99755 Obersachswerfen, am 18. Mai

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Gesien, Heinz, aus Heiligenbeil, und Frau Gerda, geb. Weide, aus Gr. Klingbeck, jetzt Eilper Straße 30 a, 58091 Hagen, am 25. Mai

Scholz, Manfred, und Frau Hilde, geb. Harfensteller, aus Jorksdorf, Kreis Labiau, jetzt Wüllener Straße 53, 48683 Ahrhaus, am 19. Mai

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 20. Mai, 15.15 Uhr, Arte: Die Ästhetik des Faschismus.

Sonnabend, 20. Mai, 20.40 Uhr, Arte: Die großen Schlachten (2/4) – Das Massaker von Magdeburg 1631.

Sonnabend, 20. Mai, 22.30 Uhr, Arte: Die letzten Schlachtgesänge.

Sonntag, 21. Mai, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat – Zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Sonntag, 21. Mai, 16.30 Uhr, 3sat: Königsberg – Ferne, fremde Heimat.

Sonntag, 21. Mai, 22.05 Uhr, N 24: Operation „Zitadelle" – Die größte Panzerschlacht aller Zeiten.

Montag, 22. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Ein deutscher Streitfall. Der Historiker Ernst Nolte.

Montag, 22. Mai, 22.45 Uhr, Bayern: 60 Jahre Vertreibung.

Mittwoch, 24. Mai, 20.40 Uhr, Arte: Die russische Revolution in Farbe.

Mittwoch, 24. Mai, 22.15 Uhr, Phoenix: Auf der Jagd nach Taliban.

Freitag, 26. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Tage, die die Welt bewegten – Hiroshima, 6. August 1945.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@lm-ostpreussen.de

Regionalverband Süd – Auf Anregung des Regionalverbandes Süd führt die Allgemeinbildende Schule Guttstadt (Kreis Heilsberg) in diesem Jahr eine Klassenfahrt in die Lüneburger Heide durch. Die Gruppe von 45 Schülern und fünf Lehrern / Begleitern trifft am Freitag, 16. Juni, 18 Uhr, in Wathlingen / Landkreis Celle ein. Der offizielle Empfang durch den Bürgermeister und stellvertretenden Landrat des Kreises Celle, Thorsten Harms, findet ab 18 Uhr im Santelmann's Hof statt. Nach dem Abendessen findet ab 19.30 Uhr ein deutschsprachiges Programm der Schüler statt. Ab 20.30 Uhr besteht die Möglichkeit, sich mit den jungen Gästen zu Unterhalten. Der Eintritt ist frei.

BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Augsburg – Sonnabend, 27. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den „Zirbelstuben" mit anschließendem Matjesessen.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 2. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Wirtshaus auf der Lände.

Gunzenhausen – Vom 5. bis 12. Juni fährt der Bezirksverband in das südliche Ostpreußen. Nähere Informationen bei Frau Bauer, Telefon (09 81) 8 54 25.

BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Oranienburg – Sonnabend, 24. Juni, 9 Uhr, Busfahrt nach Wustrau bei Neuruppin. Die Fahrt führt über Hakenberg (Besichtigung des Kriegerdenkmals) nach Wustrau. Dort ist ein geführter Besuch des Museums für deutsche Geschichte vorgesehen. Das Mittagessen wird im Landgasthof Wustrau stattfinden. Das Kaffeetrinken soll im Café „Constanze" eingenommen werden. Abfahrt ab dem Busbahnhof Oranienburg, 9 Uhr. Wer an der Tagesfahrt teilnehmen möchte, der melde sich umgehend unter Telefon (0 33 01) 80 35 27 oder Telefon (0 33 01) 70 17 25 an.

BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Zum Kulturnachmittag konnte die Vorsitzende Marita Jachens-Paul über 30 Mitglieder und Freunde in der Weinstube von Udo Baumgardt in der „Ostpreußenhalle" begrüßen. Der Haupttagesordnungspunkt war eine Weinprobe, bei der Udo Baumgardt und seine Mitarbeiter den Gästen Weine aus Deutschland, Südafrika, Portugal und Italien anboten. Die Landsleute hatten offensichtlich ihre Freude an diesem Nachmittag. Die Kultur kam trotzdem nicht zu kurz: Jachens-Paul referierte zu Beginn über Elbing, Partnerstadt Bremerhavens seit 1954, den Oberländischen Kanal sowie über Kahlberg, Tolkemit und Cadinen. Außerdem machte ein Bildband des Elbinger Künstlers Erwin Littkemann mit hervorragenden Zeichnungen aus Narmeln, Vöglers und Neukrug die Runde.

HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 21. Mai, 14 Uhr, Fahrt zur Dittchenbühne zum Besuch der Theateraufführung „der Strom" von Max Halbe. Abfahrt des Busses ab Kirchenallee (Hauptbahnhof) 14 Uhr. Kaffeetrinken 16 Uhr, Theateraufführung 17 Uhr. Rückfahrt gegen 18.30 Uhr. Gesamtpreis einschließlich Kaffeetafel und Eintritt 25 Euro (ohne Busfahrt 15 Euro).

HEIMATKREISGRUPPEN

Gumbinnen – Sonnabend, 20. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, zu erreichen mit der S-Bahn 1 (Stadthausbrücke) oder der U-Bahn (Rödingsmarkt) und einem Fußweg von rund acht Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Eigene Vorträge sind willkommen. Es erwartet Sie wie immer eine Kaffeetafel.

Heiligenbeil – Donnerstag, 25. Mai, 7 Uhr, Abfahrt zum Serengeti-Safari-Park Hodenhagen. Der Preis pro Person beträgt 36 Euro,

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

9. Angerburger Heimattreffen in Güstrow – Der Sommer naht und die Angerburger und deren Freunde aus nah und fern treffen sich in diesem Jahr am 24. und 25. Juni 2006 in der schönen Barlachstadt Güstrow, im Bürgerhaus, Sonnenplatz 1, in der Nähe des Stadtzentrums. Dazu sind Sie, Ihre Verwandten und Bekannte und Freunde sehr herzlich eingeladen. An beiden Tagen ist der Saal ab 10 Uhr geöffnet und es werden kleine Speisen und Getränke angeboten. Am Sonnabend, 24. Juni wird ein Ausflug nach Warnemünde mit einer Hafenrundfahrt angeboten. Die Kosten für den Bus einschließlich Hafenrundfahrt betragen 12 Euro. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr in der Nähe des Bürgerhauses ab. Auf dem Schiff werden Speisen und Getränke angeboten. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung mit Anzahl der teilnehmenden Personen bis zum 16. Juni an Karin und Günther Bütterner, Pustekowstraße 29, 18273 Güstrow, unbedingt erforderlich. Um 20 Uhr findet im Bürgerhaus ein Heimatabend statt. am Sonntag, 25. Juni, 10 Uhr, findet im Dom zu Güstrow ein evangelischer Gottesdienst statt. um 11.30 Uhr Treffen sich alle Teilnehmer zu einer Feierstunde. Anschließend geselliges Beisammensein und Mittagessen im Bürgerhaus. Zimmer vermittelt der Fremdenverkehrsverein Güstrow, Domstraße 19, 18273 Güstrow, Telefon (0 18 05) 68 10 68, Fax (0 38 43) 68 20 79. bitte bringen Sie gute Laune mit, denn eine Reise nach Güstrow lohnt sich immer.

BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Wolfgang Wever, Breslauer Str. 42, 35216 Biedenkopf, Tel.: (0 64 61) 21 08

Heimatkreistreffen 27. und 28. Mai 2006 in Bartenstein / Württemberg – In diesem Jahr wollen wir uns noch einmal in der kleinen Stadt treffen, die bereits 1952 die Patenschaft für Bartenstein übernommen hatte. Wir sind am Sonnabend gegen Mittag in der Mehrzweckhalle. Neben dem Angebot einer „Historischen Stadtführung" und der Kranzniederlegung am „Ostkreuz" wird ausreichend Zeit zum „Schabbern" bleiben. Am Sonntag wird im nahen Bad Mergentheim ein evangelischer Gottesdienst in der Schloßkirche und um 11 Uhr eine Führung „Deutscher Orden" angeboten. Ein gemeinsames Mittagessen im Hotel „Deutschmeister" wird die Begegnung abschließen. Wir bleiben optimistisch, zahlreiche Heimatfreunde in Bartenstein begrüßen zu können. Nähere Informationen bei: Rose-Marie Nauber, Telefon (0 79 36) 5 52, Rosemarie Krieger, Telefon (0 79 31) 24 55 oder Christian v. der Groeben, Telefon (0 9349) 92 92 52.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Ortstreffen Groß Kuhren – Am 27. Mai findet das Ortstreffen von Groß Kuhren und Umgebung statt. Veranstaltungsort: Hotel Lindenhof, Eckernförde. Ansprechpartner ist Herbert Metauge, Kirchenweg 14 b, 24866 Busdorf, Telefon (0 46 21) 3 69 35. Für unseren leider verstorbenen Ortsvertreter Dieter Behrendt werden wir einen Nachfolger wählen.

Ortstreffen Drugehnen und Umgebung – Am 27. und 28. Mai findet das Ortstreffen Drugehnen und Umgebung im Hotel „Zur Linde", Lindenstraße 4, 37603 Holzminden statt. Ansprechpartner: L. Brzezinski, Fritz-Reuter-Weg 1, 37603 Holzminden, Telefon (0 55 31) 46 17.

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Tel. (0 52 31) 3 71 46, Fax (0 52 31) 2 48 20, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Waltraud Schmidt, Telefon (0 41 93) 52 42, Fax (0 41 93) 9 7 6 80, Höllenhorst 5, 24558 Henstedt/Ulzburg

Paten-Bruder-Hilfe 2006 – In den vergangenen Jahren habe ich (Dietmar Kutz) Ihnen immer zu den Paten- und Bruderhilfsaktionen einige Neuigkeiten mitgeteilt. Es hat sich nicht viel geändert, besonders die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist noch immer sehr hoch, also sucht die Jugend Arbeit in den Städten. Deshalb versuchten immer noch rußlanddeutsche Familien nach Deutschland auszureisen, weil sie hier für ihre Kinder eine bessere Zukunft sehen, die Älteren würden wohl in Rußland bleiben. Vielen Familien ist die Ausreise nach Deutschland aber nicht möglich, da ihnen die persönlichen Dokumente und Nachweise ihrer deutschen Abstammung fehlen. So ist es wichtig, daß sie sich in die russische Dorfbevölkerung integrieren, aber auch gleichzeitig miteinander die deutsche Kultur leben können. Seit einigen Jahren gibt es in den Dörfern Landfrauengruppen, von denen die Jugendarbeit und Frauentreffen organisiert werden, unter anderem wird Nähen, Stricken Kochen und Turnen angeboten. Dieses Miteinander hatten wir schon vor zehn Jahren erwartet, aber bis vor einigen Jahren war das Zureisen aus Mittelasien und das Ausreisen nach Deutschland sehr intensiv, so daß keine richtige Gemeinschaft aufkommen konnte. Deshalb verwende ich die überschüssigen Spendengelder für die Gemeinschaftsaktivitäten der Landfrauengruppe und Kirchengemeinden in Tollmingen und in Gawaiten, die auch in der Jugendarbeit aktiv sind. Die Patengelder überbringe ich natürlich direkt an die Familien. Bei den Familien ohne Paten verteile ich an die Bedürftigsten eine Spende aus der Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen, aber es bleiben leider immer noch Familien, die nichts bekommen. Deswegen bin ich immer auf der Suche nach neuen Paten. Ein Problem wird immer mehr die Betreuung der alleinstehenden alten Menschen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

für Busfahrt, Safari-Bus, Eintritt und Mittagessen (2. Gerichte zur Auswahl). Die Abfahrt erfolgt um 7 Uhr von Harburg-Bahnhof, 7.30 Uhr vom Hamburg ZOB. Anmeldungen bis zum 23. Mai an K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

Insterburg – Freitag, 2. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Postkutsche", Horner Landstraße 208. Gemütliches Beisammensein und Schabbern.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 6. Juni, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 26. Mai, 15 Uhr, Muttertagsfeier im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Gäste sind willkommen.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 29. Mai, 15 Uhr, Treffen im Gasthaus „Waldquelle", Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Auf dem Programm: „Pfingstbrauchtum im Allgemeinen und in Ost- und Westpreußen im Besonderen".

HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Erbach – Sonnabend, 20. Mai, 14.30 Uhr, Treffen im Vereinshaus, Jahnstraße 32, 1. Stock, Raum 1.

Gelnhausen – Freitag, 2. Juli, Geburtstagsfeier der Schloßberg-Glocke. Die evangelische Kirchengemeinde Bad Orb steht vor einer großen Geburtstagsfeier. Die Kirchenglocke, genannt Schloßberg-Glocke, hat ihren 300. Geburtstag. Die Glocke hat wahrlich eine bewegte Geschichte. Vom Glockenfriedhof in Hamburg wurde sie gerettet. Sie lag dort, um eingeschmolzen und zu Munition verarbeitet zu werden. Vor dem Einschmelzen endete der Krieg. Nach Bad Orb kam sie 1953. Der Kirchenvorstand der evangelischen Kirchengemeinde Bad Orb und Pfarrer Jochen Löber, lädt für den 2. Juli 2006 alle Vertriebenen und Menschen ein, die einen Bezug zur Heimat haben, den Geburtstag der Glocke mitzufeiern. Die Landesgruppe, mit ihrer Vorsitzenden Margot Noll, sowie die Landesgruppe der Schlesier, werden an dem Tag den feierlichen Gottesdienst mitgestalten. Anschließend wird im Martin-Luther-Haus (Gemeindehaus) zum Essen eingeladen. Es wird in lockerer Runde ein Gedankenaustausch stattfinden. Ebenso werden Informationen zur Geschichte der Glocke gegeben. Zum 300. Geburtstag werden viele Menschen erwartet, die der Glocke mit ihrer Anwesenheit gratulieren möchten. Es haben sich sogar Besucher angemeldet, die in Pillkallen, das später von den Deutschen den Namen Schloßberg erhielt, beim Klang der Glocke getauft wurden. Die Jugend und die Konfirmanden werden am Grill leckere Speisen bereiten und die Landsmannschaften sorgen für Kaffee und Kuchen. Um die Glocke weiterhin in ihrem vollen Klang zu hören, müssen hin und wieder Verschleißteile ausgetauscht und das Haltegestell gestrichen werden. Der Rost nagt am Metall und die Kosten sind nicht gering. Die Kollekte am 2. Juli wird dafür verwendet. Wer zum Erhalt der Glocke beitragen möchte, wende sich im Anschluß der Feierlichkeiten bitte an Kirchenvorstand Pfarrer Jochen Löber.

NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Helmstedt – Donnerstag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Parkhotel, Albrechtstraße 1. Die Gruppe trifft sich jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15 Uhr, an dem oben genannten Ort. – Dienstag, 13. Juni, fährt die Gruppe über Passau, Wien nach Budapest. Es sind noch einige Plätze frei. Nähere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (0 53 51) 91 11.

Osnabrück – Freitag, 2. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu. – Die Frauengruppe besuchte das Preußenmuseum in Minden, das in einer im Jahr 1829 erbauten Kaserne untergebracht ist. Ein Museumsführer geleitete die Gruppe durch die einzelnen Abteilungen, unter anderem die Sozialstruktur Preußens im 18. Jahrhundert, Militär und Gesellschaft bis hin zur Auflösung des Staates Preußens durch den Alliierten Kontrollrat. Dann ging es an die Weser, wo eine Schiffmühle besichtigt wurde. Die erste urkundliche Erwähnung von Mindener Schiffmühlen geht auf das Jahr 1326 zurück. Es wurde dort Brotgetreide sowie Gerstenmalz für das in ganz Norddeutschland bekannte Mindener Bier gemahlen. Im Schiffmühlen-Pavillon kehrte die Gruppe zu Mittag ein. Es gab auch eine Fahrt durch die Schachtschleuse im Mittellandkanal. Im Anschluß gab es Gelegenheit zum Kaffeetrinken an der Porta Westfalica. Alle dankten Maja Regier für diesen gelungenen Ausflug.

Wilhelmshaven – Der Heimatnachmittag verlief harmonisch und zufriedenstellend. Nach der Begrüßung, durch den 1. Vorsitzenden Dr. Karl-Rupprecht Sattler, folgten Lesungen und Gedichte, vorgetragen von Agnes Simonin, Elfriede Helldobler und Dr. Sattler. Allen Teilnehmern wurde ein Blümchen überreicht und anschließend wandte man sich dem Kaffeetrinken zu – der Kaffeetisch war einladen gedeckt. Mit dem Singen von Mailiedern wurde das Programm umrahmt, unterstützt von Lm. Paga auf seinem Keyboard. Der 1. Vorsitzende dankte allen, die dazu beigetragen haben, den Nachmittag eindrucksvoll zu gestalten.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Düsseldorf – Freitag, 2. Juni, 18 Uhr, Ausstellungseröffnung „Oder-Warthe-Bogen-Expedition", Grafik und Foto-Installation von Diethard Blaudzun im Ausstellungsraum, GHH.

Neuss – Die Gruppe feierte ihr traditionelles Frühlingsfest im gut gefüllten Marienhaus der Münsterstadt. Ihr Vorsitzender Peter Pott hob die Bedeutung des Frühlingsfestes im Rahmen der Brauchtumspflege als eines der ältesten Feste in der angestammten Heimat hervor. Mit der Begrüßung des Neusser Bundestagsabgeordneten Hermann Gröhe, der stellvertretenden Bürgermeisterin Angelika Quiring-Perl und der Stadtverordneten Ursula von Nollendorf wurde deutlich, daß die Genannten durch ihre Anwesenheit die Unterstützung dieser Brauchtumspflege demonstrierten. Nach der Begrüßung des Vorsitzenden der schlesischen Gruppe Theo Jantosch mit Gattin, des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Rössel Reinhard Plehn mit Gattin, des Vorsitzenden der Ost- und Westpreußen aus Monheim, Erwin Ziervogel mit Gattin, und der beiden Ehrenvorsitzenden der Ostpreußen Kurt Zwikla und Gattin sowie der Kreisgemeinschaft Rössel Ernst Grunwald, dankte Lm. Pott den zahlreichen Helferinnen und Helfern für die gelungene Vorbereitung des Frühlingsfestes. In ihrem Grußwort bestätigte Frau Quiring-Perl die erste Zeile des Ostpreußenliedes, sie habe die dunklen Wälder und kristallenen Seen bei ihrem Flug nach Lettland gesehen. Es wurde ausgiebig nach der Musik des Duos Joachim Heik und Alfred Schulz getanzt. Das von Käte Kalwa vorgetragene Gedicht bezog sich dieses Jahr nicht auf den Frühling. „Die Schürz" beschäftigte sich humorvoll mit dem Sinn einer getragenen Schürze. Zur Verschönerung des Frühlingsfestes hatte der Vorsitzende die kleine Tanzgarde der Narrengarde Blau – Gold – Kaarst eingeladen. Pott will damit dokumentieren, wie wichtig ihm die Jugend ist und ist deshalb auch bereit, neue Wege zu gehen. Ohne Jugend haben die Landsmannschaften dauerhaft keine Zukunft. Im Mittelpunkt des Frühlingsfestes stand eine sehr gut dotierte Tombola, die bei den Teilnehmern hervorragend ankam, denn die Lose waren rasch ausverkauft. Die ehemalige Leiterin der Tanzgruppe Inge Tischer integrierte nach einem sehr guten Solotanz einige der Teilnehmer in ihre Vorführung, was denen sichtliches Vergnügen bereitete, denn nach den Klängen einer Lochplattenorgel ließ sich gut tanzen. Das gemeinsame Singen des Liedes „Der Mai ist gekommen" bereitete die Wahl der Maikönigin vor. Manfred Skirlo ließ nach altem Brauchtum mehrfach eine leere Weinflasche rotieren. So wurde nach diesem Zufallsprinzip zunächst der zu wählende Personenkreis verkleinert. Zuletzt zeigte der Flaschenzufallsgenerator auf Frau Jantosch. Sie begann ihre Regentschaft nach Aufforderung vom Vorsitzenden Peter Pott mit einem Ehrentanz. Mit dem Schlußlied „Kein schöner Land" ging ein gelungener Nachmittag leider viel zu schnell zu Ende.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Dessau – Montag, 22. Mai. 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte H. Rühmann.

Schönebeck – Dienstag, 30. Mai, 14 Uhr, Treffen in der „Volkssolidarität", Am Stadtfeld. Thema: „Die Aufgabe des BdV-Büros und wie es weiter gehen soll".

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Oldesloe – Die Gruppe unternahm eine Busfahrt nach Schwerin mit anschließender Schiffsfahrt auf der Schweriner Seenplatte. Am Schloß-Anleger in Schwerin erwartete die Teilnehmer ein Schiff der „Weißen Flotte Schwerin" zu einer Fahrt über die Schweriner Seenplatte. Schon auf dem Innensee konnten die Inseln und das malerische Ufer bestaunt werden. durch den Paulsdamm gelangte man in den Außensee, und vorbei ab der Insel Lieps ging es zurück in den Innensee. Nach einem kurzen Stau auf der A 20 kamen die Ausflügler in guter Stimmung wieder in Bad Oldesloe an. Alle dankten Georg Baltrusch sehr herzlich für die gelungene Fahrt.

Bad Schwartau – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen im Restaurant Sanchez, Ludwig-Jahn-Straße 1, Tennisverein Bad Schwartau. Es sollen die Erinnerungen zu Wort kommen, mit Melodien aus den 50er, 60er und auch aus den 70er Jahren. Der Musiker Michael Knoll wird dabei helfen, in diese „Jahre zurückzugehen" und Erinnerungen zuzulassen, die vielleicht lange verschüttet waren. – Mit 67 Mitgliedern und Gästen begann die Jahreshauptversammlung. Der Jahresbericht der 1. Vorsitzenden Regina Gronau legte Zeugnis ab für eine erfolgreiche Zeit. Insgesamt 19 Veranstaltungen (darunter acht Ausflüge einschließlich der Fahrt zum Deutschlandtreffen und einem Winterfest) wurden den Mitgliedern angeboten und von diesen voll angenommen. Es war ein Jahr voller Erlebnisse, mit interessanten Begegnungen und vielen Vorträgen, die die Verbindung zu Heimat aufrecht erhielten. Diese Arbeit ist nicht ohne sichtbare Erfolge geblieben: zehn neue Mitglieder im Jahre 2005 und elf neue Mitglieder bereits in diesem Jahr. Der Bericht der Kassenprüfer bestätigte dem Schatzmeister, Günter Löhmann, eine vorbildliche Kassenführung, so daß die Entlastung des gesamten Vorstandes nur noch eine reine Formsache war. Anträge lagen nicht vor. Anschließend stellte Harald Breede sein neustes Buch: „Königsberg – Verzeih!" vor. Erzählungen, die nicht nur Königsberg / Kaliningrad zum Thema haben, sondern auch Begebenheiten aus dem Königsberger Gebiet bis hin zur Rominter Heide schildern. Ein aufmerksames Publikum folgte mit großem Interesse der einfühlsamen Lesung Breedes und dankte mit einem Riesenapplaus.

Kiel – Freitag, 19. Mai, 19 Uhr, 4. Preußische Tafelrunde im Hotel Birke, Martenshofweg 8, 24109 Kiel. Es spricht Erhardt Bödecker zum Thema „Preußen – Bilanz des Erfolges von 18. bis zum 20. Jahrhundert".

Mölln – Mittwoch, 24. Mai, 15 Uhr, Treffen im „Quellhof". Ute Eichler hält einen Diavortrag über das Oberland und Masuren. Für das gemeinsame Singen gibt es wieder eine instrumentale Begleitung. – Sonntag, 5. August, 14.30 Uhr, „Tag der Heimat" in Neumünster. Anmeldungen für die Busfahrt dorthin nimmt Irmingard Alex, Telefon (0 45 42) 36 90, entgegen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

Etwa 30 Kilometer von den Dörfern entfernt in Gumbinnen hat die evangelische Salzburger Kirche eine Diakoniestation, von der aus hauptsächlich in der Stadt Pflege geleistet wird. Im Juni wird von der Salzburger Kirche ein Altenheim (Carl-Blum-Haus) bei Angerapp eingeweiht. Ich versuche schon seit Jahren einen Pflegedienst aufzubauen, das Pflegepersonal könnte dafür im Carl-Blum-Haus ausgebildet werden, das Problem ist die Finanzierung. Einige Spenden habe ich für diesen Zweck schon bekommen. Unterstützen Sie die Familien in den Dörfern bitte weiterhin. Ihre Hilfe wird immer noch gebraucht.

Kantschultreffen 2006 in Koblenz – Das Treffen der ehemaligen Schüler das Kantschule Goldap findet in diesem Jahr im Mercure Hotel in Koblenz vom 29. September bis 1. Oktober statt. die Mitglieder der Kantschulgemeinschaft haben die Einladung bereits mit dem Jahresrundbrief 2005 erhalten. Leider kommen die Anmeldungen wie auch in den Vorjahren nur sehr zögerlich herein. Bei allem Verständnis dafür, daß es mit der langfristigen Planung aus den unterschiedlichsten Gründen wie Familie, Urlaub oder Krankheit nicht einfach ist, wird nochmals um Eure Anmeldung gebeten. Für eine ordnungsgemäße Organisation und Vorbereitung ist eine rechtzeitige Anmeldung wichtig. Außerdem kann es bei zu späten Anmeldung Probleme mit der Zimmerreservierung geben da in den Herbstmonaten viele Besucher an Rhein und Mosel kommen und die Hotels oftmals ausgebucht sind. Also wenn Ihr vorhabt zu kommen – meldet Euch bitte an. Eine kurzfristige Stornierung der Zimmerbuchung ist kostenfrei möglich. Bei der Gelegenheit sollen nochmals die jüngeren Geburtenjahrgänge der Kantschule (1930 bis 1934) angesprochen werden. Dieses waren zahlenmäßig sehr starke Jahrgänge, teilweise mit zwei Klassen eines Schuljahres. Auch wenn es diesen Schülern nicht vergönnt war in der Heimat zu einem Schulabschluß zu kommen gehören sie doch dazu. Leider haben von diesen ehemaligen Schülern nur wenige zur Kantschulgemeinschaft gefunden. Gerade diese letzten Jahrgänge müssen doch die Erinnerungen pflegen und etwas von der Tradition der Schule, die in diesem Jahr 100 Jahre alt wird, bewahren. Wer zu diesem Kreis der „Jüngeren“ gehört und sich angesprochen fühlt, sollte sich melden. Die Mitgliedschaft ist nicht mit besonderen Verpflichtungen und finanziellen Beiträgen, außer einem freiwilligen Obolus für den Jahresrundbrief oder Portokosten, verbunden. Programm des Treffens: Freitag, 29. September, 16 Uhr, Treffen im Restaurant. 18.45 Uhr, Abfahrt zur Weinprobe mit Imbiß. Sonnabend, 30. September, 10 Uhr, Stadtführung mit anschließendem Mittagessen im Lokal eigener Wahl. 14.15 Uhr, Abfahrt zur Festung Ehrenbreitstein (dort kleine Führung). 19 Uhr, Abendessen im Restaurant des Hotels. Sonntag, 1. Oktober, nach dem Frühstück erfolgt die Heimreise. Nähere Informationen erteilt Günter Rohde, Nik.-Ehlenstraße 35, 56179 Vallendar, Telefon und Fax (02 61) 6 07 09.

GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Gumbinnertreffen in Lüneburg – Günther Gaudszuhn und seine beiden Mitarbeiterinnen, Eva Grumblat und Ingeborg Hirsch freuten sich, als der herrlich geschmückte Saal sich füllte und Lm. Gaudszuhn die zahlreich erschienenen Gumbinner aus Stadt und Land begrüßen konnte. Bis zum Mittagessen bot Karl-Heinz Schmeelke ein Programm an. Er kommt aus dem Kreis Gumbinnen und hat als junger Kriegsberichterstatter das Kriegsgeschehen im Oktober 1944 bis Januar 1945 in unserer Heimat gefilmt. Wie tief beeindruckt ist man, wenn dieser Kampf um die Heimat geht. Die gezeigte ganze Härte des Krieges erinnerte wieder an das eigene Erleben in jenen Schicksalsmonaten. Der Film führte uns erst in die Rominter Heide. Nach diesen schönen Bildern brachte der Film den Kampf um Ostpreußen, beginnend an der Grenze Goldap / Gumbinnen. Der Film machte es wieder deutlich, daß der Mut der Soldaten und ihr verzweifelter Kampf um jedes Dorf vielen Menschen das Leben gerettet hat, so daß sie durch ihre Flucht nicht dem Feind in die Hände fielen. Vergessen auch nicht die Hilfe der vielen Soldaten zu Landes und See, die im vollkommen überfüllten Pillau Tausenden die Flucht über die Ostsee ermöglichten. Der Film hat in aller Deutlichkeit das Grauen jener Tage festgehalten. Vergessen ist auch nicht der Untergang des Schiffes „Wilhelm Gustloff“ mit den vielen tausend Toten. Nach der ersten Betroffenheit über die gesehenen Bilder wurde Karl-Heinz Schmeelke sehr herzlich und anhaltend gedankt für den beeindruckenden Film. Dann gab es wieder ein schmackhaftes und preisgünstiges Mittagessen. Frau Hirsch verlas das Grußwort von Eckard Steiner, dem Kreisvertreter von Gumbinnen. Auch Frau Banse, seine Stellvertreterin, entschuldigte ihr Fernbleiben. Es folgte der Hinweis, daß Gumbinnen in diesem Monat sein Stadtgründungsfest feiert. Die älteste und treuste Besucherin, Frau Schulzke, hatte wieder etwas Lustiges zum Vortragen vorbereitet. Von dem gesammelten Geld gehen wieder 50 Euro an das Waisenhaus in Gumbinnen, in der Schillerstraße. Erwin Steiner wird bei seinem Besuch dort für eine zweckmäßige Verwendung sorgen. Günther Gaudszuhn bedankte sich bei seinen Helfern; besonders auch bei Lm. Marchel, der aus dem Raum Lötzen kommt, für seine tatkräftige Hilfe. Zum Abschied wurde auf das nächste Treffen in Lüneburg, am 14. Oktober 2006, hingewiesen. Nähere Informationen bei Günther Gaudszuhn, Telefon (0 41 31) 76 98 83.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@gmx.de

Kirchspiel Eisenberg – Der Einladung zum traditionellen, jährlichen Sondertreffen der Freunde und Landsleute aus Eisenberg, Hohenwalde, Schönlinde, Kgl. Rödersdorf und Grunenfeld im Heidehof in Unna – Massen, bei Familie Joachim und Edda Schwill, waren wieder viele frühere Einwohner des Kirchspieles gefolgt. So konnte der Kirchspielvertreter, Dietrich Mattern, schon am Sonnabend, den 6. Mai, um 12 Uhr, die ersten Gäste begrüßen. Aus Nah und Fern waren sie mit der Bahn oder mit dem Auto angereist. Aus dem nördlichen Schleswig-Holstein hatten sich wieder die drei „Marjellchens“ Hulda, Marta und Vera und aus dem östlichen Teil Sachsens hatten sich die Dobschinskys auf den wohl längsten Weg gemacht. Weitere Gäste konnten aus Niedersachsen, Berlin und natürlich aus dem Nahbereich des Veranstaltungsortes Nordrhein-Westfalens begrüßt werden. Ganz besonders begrüßt wurde die treue Ostpreußin, Herta Neumann, die im Mai ihren 86. Geburtstag feiert und sich auch dieses Jahr das Sondertreffen nicht entgehen lassen wollte. Auf ihre „Vorträge“ wollten die Landsleute auch nicht verzichten. Nach der mittäglichen Stärkung mit einer kräftigen Porree-Käse-Sahnesuppe begann das ostpreußische Plachandern. Genüßlich kostete man dann zur Kaffeezeit die Donauwellen aus Löhne, den Nuß- und den Aprikosen-Käsekuchen des Heidehofes, bevor es nach draußen zum obligatorischen Gruppenfoto ging. Auf der Terrasse bei der sommerlichen Maisonne fanden sich dann wieder neue Gesprächsrunden ein. Der Abend wurde mit einem „Grillfest“ eingeläutet. So gestärkt und mit dem Bärenfang eingestimmt, erklangen nun die Lieder, die vorgetragenen Verse, Gedichte und die ostpreußischen Humorgeschichten. Der Kirchspielvertreter berichtete über die Aktivitäten im Kirchspiel und in der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Sehnsüchtig erwartete man schon das jährliche Heimatblatt, was für den Wonnemonat Mai zugesagt war und man freute sich auch wieder auf das große Kreistreffen in Burgdorf. Erst nach Mitternacht fanden die Teilnehmer ihre Nachtruhe. Doch am Sonntag waren Alle zum Frühstück pünktlich erschienen. Nun wurden noch alte Schulbilder ausgewertet und mit den Namen der abgebildeten Schüler versehen. Doch so mancher Name fiel nicht mehr ein und einige der Schüler haben 1945 nicht überlebt. So blieb dann wieder nur die Erinnerung an die nicht mehr unter uns weilenden Familienmitglieder, Freunde, ehemalige Nachbarn und Mitschüler und nicht zuletzt die Gedanken an die unvergessene Heimat Ostpreußen. Mit dem Versprechen, uns beim großen Kreistreffen in Burgdorf am 9. und 10. September 2006 wieder zu sehen, verabschiedete am Nachmittag der Kirchspielvertreter mit guten Wünschen und einer guten Heimfahrt die Teilnehmer des Sondertreffens.

Bezirksgruppe Hamburg – Donnerstag, 25. Mai, 7 Uhr, Abfahrt zum Serengeti-Safari-Park Hodenhagen. Der Preis pro Person beträgt 36 Euro, für Busfahrt, Safari-Bus, Eintritt und Mittagessen (2. Gerichte zur Auswahl). Die Abfahrt erfolgt um 7 Uhr von Harburg-Bahnhof, 7.30 Uhr vom Hamburg ZOB. Anmeldungen bis zum 23. Mai an K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (0 51 71) 80 59 72, Fax (0 51 71) 80 59 73. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Tel. (0 46 36) 15 60, Fax (0 46 36) 88 33

Busreise nach Johannisburg über Stettin und Danzig – Die Ortsgemeinschaften Kurwien, Kreuzofen, Erdmannen, Heidig und Karpen unternehmen vom 17. bis 26. Juli 2006 eine zehntägige Busreise nach Johannisburg mit HP (DZ, EZ, Dusche, WC) im Hotel Nad Pisa in Johannisburg, zu einem günstigen Gesamtpreis und vielen Leistungen inklusive. Wir fahren über Stettin, Danzig, Elbing, Marienburg, das Frische Haff und dem Oberlandkanal, machen Halt zur Besichtigung und Zwischenübernachtung, dann weiter für fünf Tage nach Johannisburg. Auf dem Programm in Johannisburg stehen Fahrten zu touristischen und kulturellen Zielen wie Lyck, Nikolaiken und vieles mehr. Wir nehmen teil am Dorffest in Kreuzofen zum „300 Jahre Bestehen Kreuzofen am Niedersee“, besuchen in Lötzen das Sommerfest der Deutschen Vereine, machen Picknick und Grillen am See und Kaffeetrinken auf einem Bauernhof runden unser Programm ab. Die Busfahrt erfolgt im Ruhrgebiet entlang der A2, Hannover und Berlin bis zur Grenze mit mehreren Haltepunkten an Raststätten. Weitere Auskünfte erteilen Lm. Willi Reck, Telefon (0 51 71) 1 77 51 und Günter Woyzechowski, Telefon (0 50 66) 6 34 38, die auch gern Unterlagen zusenden.

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Ortstreffen Rosenheide – Vom 25. bis 28. Mai findet im Ferienhotel Haus Fastenburg, 38678 Clausthal-Zellerfeld, Telefon (0 53 23) 88 60, Fax (0 53 23) 88 61 31, das Ortstreffen Rosenheide statt.

Regionaltreffen Nord – Viele Lycker Landsleute trafen sich zum Regionaltreffen im Lübecker Hotel Mövenpick, das einen angemessenen Rahmen für die Veranstaltung bildete. Das Treffen wurde durch das Läuten der Glocken unserer Lycker Kirche pünktlich eröffnet. Die Begrüßung der Anwesenden fand durch Heinz Klede, der dieses Treffen auch organisierte, statt. Anschließend sprach Kreisvertreter Gerd Bandilla. Er nahm für die im letzten Jahr verstorbenen Landsleute die Totenehrung vor. Weiterhin gab er einen Überblick über die geleisteten Arbeiten und Aktivitäten der Kreisgemeinschaft. Ergänzend zu den Ausführungen des Kreisvertreters berichtete Günther Vogel über den Arbeitskreis „Mittlere Generation“. Die an einer Mitarbeit interessierten Landsleute mittleren Alters werden gebeten, sich an ihn zu wenden. Die Anschrift von Günther Vogel lautet: Uelzener Straße 7, 29525 Uelzen. Der gemütliche Teil der Veranstaltung beinhaltete das Mittagessen sowie das Austauschen alter Erinnerungen und Erzählungen. Am Ende der Veranstaltung war man sich einig, sich auf dem Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck am 26. und 27. August in Hagen / Westfalen wieder zu sehen. Gudrun Lassalle, An der Lake 42, 28816 Stuhr, bereicherte das Regionaltreffen mit einer großen Ausstellung selbst gemalter Bilder mit Motiven aus Masuren.

Bezirksvertreter Klaus Murza verstorben – Am 26. April verstarb Klaus Murza. Seit 1983 war er Ortsvertreter seines Heimatdorfes Kalgendorf und seit 1992 auch Bezirksvertreter des Bezirks Dippelsee. Für seine Verdienste wurde er am 24. August 2002 mit dem Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Die Kreisgemeinschaft wird ihm ein ehrendes gedenken bewahren.

Ortstreffen Gorlau – Am 27. und 28. Mai Treffen sich die Gorlauer im Hotel Alexxanders, Ludwig-Kirsch-Straße 9, 09130 Chemnitz. Auskünfte erteilt Ruth Herrmann, Bretonische Straße 118, 33659 Bielefeld, Telefon (05 21) 49 11 89.

MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Ewald Rugullis, Telefon (0 21 03) 4 05 94, Steinauer Straße 77, 40721 Hilden

Memelländische Kulturtage – Die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus veranstaltet gemeinsam mit der Memellandgruppe Düsseldorf und Umgebung im Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Düsseldorf, vom 27. Mai bis 30 Juni die Memelländischen Kulturtage. Die Eröffnung ist am Sonnabend, 27. Mai, 16 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH. Es sprechen: Konrad Grundmann, Staatsminister a. D., Vorstandsvorsitzender der Stiftung GHH „Deutsch-Osteuropäisches Forum“, Ministerial-Rat Johannes Lierenfeld, Staatskanzlei NRW, Uwe Jugsties Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise. Festvortrag: Prof. Dr. Dietmar Willoweit, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften „700 Jahre deutsch-litauische Nachbarschaft“. Musikalische Umrahmung durch die Düsseldorfer „Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland“ unter der Leitung von Karin Kämpf. Am Donnerstag, 8. Juni, 19 Uhr, „Das Haus Hermann Blode und die Künstlerkolonie Nidden“ ein Vortrag mit Dias von Maja Ehlermann-Mollenhauer. Donnerstag, 22. Juni, 15 Uhr, der literarische Film: „Die Reise nach Tilsit“. Sonnabend, 24. Juni, 15 Uhr, Abschlußveranstaltung mit einem Vortrag von Arnold Piklaps, Geschäftsführer des Vereins der Deutschen aus Memel: „Das heutige Memel“ und der „Verein der Deutschen“. Diavortrag: „Ansichten des Memellandes“. Vom 27. Mai bis 30. Juni, Ausstellung: „Bilder des Memellandes“ von Ewald und Wilhelm Rugullis.

OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Str. 8, 24306 Plön, Tel. (0 45 22) 59 35 80. Geschäftsst.: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (0 55 22) 91 98 70. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Wiedersehen nach 61 Jahren – Grünfelde ist ein kleines Dorf im Kreis Osterode und hatte vor dem Zweiten Weltkrieg 241 Einwohner. Ein Ortsplan mit Einwohnerverzeichnis von Grünfelde in der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Eine sehr bewegte Zeit

Seit 60 Jahren engagiert sich die Gruppe Hannover in der Heimatarbeit

Von R. KULIKOWSKI

Die Gruppe Hannover feierte am 13. Mai ihr 60jähriges Bestehen. Im Jahr 1946 waren Vereinigungen der Ostvertriebenen durch die Besatzungsmächte noch verboten, aber Leo Frischmuth sprach schon damals ostpreußische Landsleute an und sammelte Anschriften von Vertriebenen. Diese Ostpreußen traten zunächst unter dem Namen „Gruppe Frischmuth“ zusammen. Außerdem gab es in Hannover die „Gemeinschaft der Ostpreußen“ von 1920, die sich regelmäßig trafen. Diese Gruppe leitete Georg Kehr.

Beide Gruppen taten sich zusammen. Die Gründungsversammlung fand am 12. April 1946 statt. Vorsitzender wurde Georg Kehr, der dann die Gruppe der Ostpreußen in Hannover bis 1954 leitete. Leo Frischmuth und sein Sohn Horst warben intensiv und den Landsleuten für ihre neugegründete Heimatgruppe. Sie haben das Anliegen der Landsleute aufgegriffen und halfen somit die Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben zurufen. Sie gründeten auch die Heimatzeitung „Wir Ostpreußen“ – die Vorläufer-Publikation der „Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt“. In Ihrer kleinen Wohnung wurde das Heimatblättchen mit Hilfe von Landsleuten zusammengestellt. Mit den Mitgliedern des damaligen Chores wurde auch der Versand der Zeitung in dieser Wohnung organisiert. Am 1. Februar 1948 erblickte in Hannover die erste „Ostpreußen-Zeitung“ das Licht der Welt. Die Anfänge waren sehr bescheiden und auch beschwerlich.

Erst ab 1948 waren die Vertriebenen-Organisationen erlaubt, ihre besondere Verbundenheit und den Zusammenhalt demonstrierten die Ostpreußen auf der Ostpreußenwoche, vom 3. bis 10. Juli 1949 in Hannover. Zu diesem ersten Treffen der Ostpreußen kamen viele tausende Heimatfreunde. Die Niedersachsenhalle, die 5000 Menschen faßt, war völlig überfüllt, laut damaligen Zeitungsberichten nahmen über 20 000 Landsleute an dieser Veranstaltung teil.

20 000 Besucher zeugten von der Heimattreue

1954 wurde die Gruppe in Hannover von Siegfried Saßnick übernommen, deren Vorsitzender er bis zu seinem Tode 1971 blieb. In diesen Jahren wurde eine erstklassige kulturelle Arbeit geleistet. Auch die Arbeit der Jugendgruppe, die sich mit der westpreußischen Jugend zur „Jugendgruppe Ordensland“ zusammenschloß, war mit Chor, Volkstanzgruppe, Jugendarbeit und Volkstumsbrauch sehr erfolgreich.

Nach dem Tode von Saßnick wurde die Arbeit von seinem Stellvertreter Albert Zobel fortgesetzt, der dann den Vorsitz übernahm. Mit seiner bescheidenen und ruhigen Art betreute er die Gruppe vorbildlich. Als er 1990 starb folgten ihm in kürzeren Abständen: Horst Frischmuth, Rudi Meitsch, Günther Freudenreich, Wilhelm Czypull, Dietrich Dopke und Jürgen Blode. Alle Vorsitzenden setzten sehr viel Kraft und Ideen ein, um die Arbeit fortzuführen. Unterstützt wurden sie durch Ewald Bodeit, der die Verwaltungsarbeiten erledigte. Seine Frau Lieselotte gründete die Frauengruppe. Mit dem Ehepaar Bodeit wurde die Arbeit der Gruppe intensiviert. Nach langjähriger aufopfernder Tätigkeit für die Landsleute zog das Ehepaar Bodeit in ein Pflegeheim, wo es seine letzten Tage verlebte.

Zur Gruppe Hannover gehört die Insterburger Gruppe, die von Heinz Albat vorbildlich geführt wird und sehr aktiv arbeitet. Dann gibt es eine Memellandgruppe, die sich unter der Leitung von Herbert Urban regelmäßig trifft, und die Königsberger Gruppe, die von Roswitha Kulikowski betreut wird. Ilse Nage übernahm 1990 die Frauengruppe und betreut diese mit ihren 85 Jahren auch heute noch.

Heute, 60 Jahre nach der Gründung gibt es in Hannover immer noch aktive Ostpreußen die mit ihren Veranstaltungen den Gedanken an die Heimat, und wichtiger noch die Kultur der Heimat bewahren und weitergeben.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

Osteroder Zeitung“ (Dezember 2005) führte die früheren Bewohner dieses Ortes zusammen. Zuerst meldete sich auf diesen Bericht hin Gertrud Krause, deren Vater Joseph Schimanski Melkermeister in der Staatlichen Domöne in Grünfelde war, die von Hans und Dorothea v. Klitzing geleitet wurde. Manfred Schusziara, Sohn des Dorfschullehrers, fand die Anschrift von Hildegard Dauter, deren Vater den Beruf des Schmiedemeisters im Staatsgut ausübte. Sie drängte auf ein baldiges Wiedersehen der Grünfelder, und so genoß man Ende April in Leverkusen ihre Gastfreundschaft. Auch Otto Mlodoch war erschienen, der, wie schon sein Vater Wilhelm, als Gespannführer auf der Domäne beschäftigt war. Die anwesenden Grünfelder besuchten die einklassige Schule des Ortes, in der Ernst Schusziara Lehrer war, wie sein Vorgänger Kujawa in der Schule wohnte und als Hobby unter anderem seine Bienenvölker im Schulgarten betreute. Sehr groß war die Wiedersehensfreude bei den Ostpreußen, denn sie hatten sich 61 Jahre lang nicht gesehen und auch mit den Angehörigen verstand man sich schnell. So bildeten alle eine harmonische Gemeinschaft. Anita Zielinski geb. von Klitzing bedauerte, an diesem Treffen aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen zu können. Sie, der Bruder Albrecht, der heute das „Hotel am Park“ bei Sorquitten leitet, und der Bruder Ulrich v. Klitzing ließen Grüße an alle Teilnehmer des Treffen ausrichten. Am Nachmittag empfingen die Eheleute Eschwesig, die aus Thomascheinen und Parwoken bei Hohenstein stammen, zu Kaffee und Kuchen. Alte und neue Fotos machten die Runde. Alle erinnerten sich gerne an die Kinderstreiche, Schulkameraden und Schulfeste und an das einfache Leben auf dem Lande, wo man zufrieden und glücklich in der Familien- und Dorfgemeinschaft lebte. Jedoch auch schwere Erlebnisse aus dem Krieg, von Flucht und Vertreibung wurden ausgetauscht. Im Landgasthof Lohmann gab es einen gemütlichen Abschluß in dieser vertrauten Gemeinschaft. Schnell vergingen die Stunden des Wiedersehens nach so vielen Jahren. Ob es ein Grünfelder Treffen, vielleicht in einem erweiterten Kreis, noch einmal geben wird? Kontakt und Informationen bei Hildegard Dauter, Telefon (02 14) 7 42 17, Gertrud Krause geb. Schimanski, Telefon (0 51 09) 2 50 40, oder Manfred Schusziara, Telefon (0 63 21) 1 33 68.

SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstraße 9, 32602 Vlotho, Telefon (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: In der Stadtverwaltung Remscheid, Nordstraße 74, 42849 Remscheid, Telefon (0 21 91) 16 37 18

Einladung zum 10. Treffen des Kirchspiels Ukta – Das nächste Kirchspieltreffen Ukta findet – wie im Sensburger Heimatbrief 2005 auf Seite 113 angekündigt – am 10. Juni 2006 in Hemer statt. Aus organisatorischen Gründen jedoch nicht im Martin-Luther-Haus sondern in der Sporthalle der Turnergesellschaft Hemer, Im Ohl 76 a, 58675 Hemer (neben der Woesteschule, rund 200 Meter von der Ebbergkirche entfernt). Bitte Hinweisschilder beachten. Dort wollen wir uns ab 9 Uhr treffen. Um 11 Uhr beginnt der Festgottesdienst in der Ebbergkirche. Es predigt Pastor Braun. Die musikalische Begleitung übernimmt traditionsgemäß der Uktaer Gitarrenchor unter Leitung von Frieda Becker geb. Steffan. Rückfragen an Walter Kratz, Am Urberg 4, 58675 Hemer, Telefon (0 23 72) 1 64 03.

10. Kirchspieltreffen Hoverbeck – In Unkel am Rhein fand das 10. Treffen des Kirchspiels Hoverbeck statt, auch diesmal wieder gemeinsam mit den Selbongern. Rund 100 Landsleute erlebten bei diesem Jubiläumstreffen ein freudiges Wiedersehen. Man schabberte über die vielen Erlebnisse in unserer bewegten Zeit und freute sich, mit Verwandten, Nachbarn und Freunden auf das Wiedersehen anzustoßen. Unterstützt von Helmut Giesewski mit seinem Akkordeon wanderten die Gedanken zurück in die Heimat. Kirchspielvertreter Nikolaus v. Ketelhodt begrüßte die Teilnehmer und übermittelte herzliche Grüße des Kreisvertreters Siegbert Nadolny. Auch Günter Pinarski ließ allen Landsleuten und – als Kirchspielvertreter von Nikolaiken – besonders seinen Selbongern Grüße übermitteln. In seiner Ansprache erinnerte v. Ketelhodt an das erste Hoverbecker Kirchspieltreffen, das 1994 in Unkel stattfand und nun zur schönen Tradition geworden ist. in einer Schweigeminute gedachten wir unser im letzten Jahr verstorbenen Landsleute. Besonders erwähnt wurde der treue Besucher Otto Masanek, der im letzten Herbst mit 97 Jahren verstarb. Der Redner beklagte, daß das auf privater und touristischer Ebene gute Verhältnis zwischen Polen oder Russen und den Heimatreisenden immer wieder getrübt werde, sobald es um offizielle Begegnungen oder historische Fragen ginge. *Die Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* hat wiederholt über antideutsches Verhalten der innerhalb höherer Verwaltungsebenen in Polen berichtet, vor allem im Zusammenhang mit Gedenktafeln oder anderen zweisprachigen Hinweisen. Besonders beklagenswert sei die Tatsache, daß der russische U-Boot-Kapitän, welcher die „Wilhelm Gustloff“ versenkte, von den russischen Verantwortlichen mit einem Denkmal und anderen Auszeichnungen geehrt wurde. Wie Nikolaus v. Ketelhodt mitteilte, will eine private Initiative das im Kreis Sensburg beziehungsweise bei den Landsleuten hoch geschätzte Buch „Unsere masurische Heimat“ (herausgegeben 1918 von Karl Templin) als Faksimile-Ausgabe in kleiner Stückzahl drucken lassen. Da für die Bearbeitung der Druckvorlage und die Erstellung eine finanzielle Vorleistung erbracht werden muß, wurde für Kaufinteressierte eine Liste ausgelegt, in die bereits erste Eintragungen erfolgten. Nähere Informationen bei Martin Mostka, Straßburger Straße 35, 47475 Kamp-Lintfort, Telefon (0 28 42) 38 08, E-Mail: Mkkali@freenet.de. Eine Sammlung zugunsten der Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze“ erbrachte einen beachtlichen Betrag. Nachdem alle Anwesenden einmütig für die Fortführung der jährlichen Treffen gestimmt hatten, wurde für das Treffen 2007 der 14. April, wiederum im Weinhaus Zur Traube in Unkel, abgesprochen.

Ansichtssache

Foto: Günter Stukowski

Blickpunkt: Frühlingsstimmung in Heiligelinde im Kreis Rastenburg. Wer erinnert sich nicht gerne an die Frühlingsmonate in der Heimat? Die ersten warmen Tage, die Luft erfüllt vom Summen der Insekten sowie dem Gesang der Vögel und alles umhüllt von Duft der blühenden Flora.

WEHLAU

Kreisvertreter: Joachim Rudat, Telefon (0 41 22) 87 65, Klinkerstraße 14, 25436 Moorrege

Klaus Schröter verstorben – Unser Vorstandsmitglied Klaus Schröter ist im Alter von 70 Jahren am 5. Mai 2006 in Münster, plötzlich und unerwartet, verstorben. Sein viel zu früher Tod reißt in die Reihen der alten Wehlauer eine große Lücke. Nachdem er 1995 in den Kreistag gewählt worden war, gehörte er dem Kreisausschuß an und war von 2000 bis 2004 stellvertretender Kreisvertreter. Dieses Amt im geschäftsführenden Vorstand gab er auf, um sich verstärkt um die notwenige Modernisierung des Wehlauer Heimatmuseums in Syke kümmern zu können. Unterstützt durch die freundschaftliche Hilfe des Leiters Dr. Vogelding vom Kreismuseum Diepholz, gelang es Klaus Schröter, unser Heimatmuseum so umzugestalten, daß es auch ohne ständige Aufsicht zusammen mit dem Kreismuseum Syke geöffnet und von allen Museumsbesuchern, auch von Kindern und Jugendlichen, mit großem Interesse besichtigt wird. Zuletzt hat ein Brand im Obergeschoß, der noch rechtzeitig bemerkt wurde, hohen Schaden angerichtet. Dessen Beseitigung hat Klaus Schröter, der immer von Münster / Westfalen anreisen mußte, monatelang zusätzlich Arbeit gemacht hat. Schröter hat auch einige Sonderausstellungen durchgeführt, unter anderem über ostpreußische Pferde und über Zerstörungen in Ostpreußen während des Ersten Weltkrieges. Eine weitere Ausstellung war bereits in Vorbereitung. Vergessen werden darf nicht die Zusammenstellung von Kopien und Exponaten für ein Wehlauer „Geschichtskabinett“, das von den russischen Schülern und Lehrern in der Wehlauer Mittelschule, der früheren „Deutsch Ordensschule“, dem damaligen erhalten gebliebenen Wehlauer Gymnasium, aufgebaut und mit großem Interesse vervollständigt wird. Klaus Schröter plante das gleiche auch für die heutige russische Mittelschule Nr. 1 in Tapiau, mit der seit 1992 ununterbrochen ein deutsch-russischer Schüleraustausch besteht. Dieser wird von der Kreisgemeinschaft von Beginn an unterstützt. Eine Reihe von Wehlauern haben Klaus Schröter auf seinem letzten Weg begleitet. Wir sind sehr traurig, er wird uns sehr fehlen.

Veranstaltungskalender der LO

27. / 28. Mai, die Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden im Ostheim, Bad Pyrmont.
23. Juli, das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen, Feste Boyen, Lötzen.
6. bis 8. Oktober, das Geschichtsseminar im Ostheim, Bad Pyrmont.
16. bis 22. Oktober, die 52. Werkwoche im Ostheim, Bad Pyrmont.
27. bis 29. Oktober, das Schriftleiterseminar im Ostheim, Bad Pyrmont.
4. / 5. November, die Ostpreußische Landesvertretung im Ostheim, Bad Pyrmont.
6. bis 10. November, Politisches Seminar für Frauen im Ostheim, Bad Pyrmont.

Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84 / 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 4 14 00 80.

Symposium

Fulda – Ein „Symposium mit Gästen“ veranstaltet am Sonnabend, 10. Juni, ab 10 Uhr im Maritim Hotel, Pauluspromenade 2, 36037 Fulda, die „Stimme der Mehrheit“. Generalthema dieser Veranstaltung wird sein: Die deutsche Leitkultur und gemeinsame Werte in Deutschland?“ Folgender Ablauf ist geplant: 10 Uhr, Begrüßung. 10.15 Uhr macht sich Vera Lensfeld „Gedanken zur deutschen Leitkultur“. 11.05 Uhr, Kaffeepause. 11.50 Uhr, Prof. Dr. Walter Kramer „Die deutsche Sprache als Medium für gemeinsame Wertvorstellungen“. 12.40 Uhr, Mittagspause mit großem Büfett. 13.50 Uhr, Prof. Rocco Buttiglione referiert über „Das geistig-kulturelle Leitbild in der Europäischen Union“.
Die Tagungskosten einschließlich Kaffeepause und dem Mittagsbüfett betragen 40 Euro. Nähere Informationen bei der Geschäftsstelle BDS / Stimme der Mehrheit, Schwanenwall 23, 44135 Dortmund, Telefon (02 31) 2 25 09 10 und Fax (02 31) 22 50 91 29.

Grabdenkmäler in Schlesien

Zusammenarbeit der Museen über Landesgrenzen hinweg

Von Dieter Göllner

Das Kloster Leubus, die Außenstelle des Königswinterer Museums für schlesische Landeskunde, widmet historischer Grabkunst eine Ausstellung

„Mit diesem großangelegten Projekt setzen wir die Tradition der gemeinsamen Präsentationen mit der Stiftung Leubus fort“, betont Dr. Stephan Kaiser, Direktor des Museums für schlesische Landeskunde bei Königswinter-Heisterbacherrott und fügt hinzu: „In mühevoller Forschungsarbeit ist es uns gelungen, erstmals eine Vielzahl von kostbaren Exponaten schlesischer Grabkunst für eine Ausstellung zusammenzutragen und mittels Computer aufzubereiten.“

Die neue Themenausstellung im ehemaligen Zisterzienserkloster Leubus an der Oder unter dem Motto „Zum ewigen Gedächtnis. Schlesische Grabkunst“ ist Anfang Mai eröffnet worden. Die durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte und vom Museum für schlesische Landeskunde ausgerichtete Schau informiert über bedeutsame Denkmäler schlesischer Grabkultur aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit. Schon die piastischen Landesherzöge stifteten Klöster, in denen sie standesgemäß ihre letzte Ruhestätte fanden. Bekannte figürliche Gräber gibt es noch in Grüssau oder Trebnitz. Eine bedeutende gotische Grabkapelle besitzt auch Leubus. Der ländliche Adel wiederum hatte bis ins letzte Jahrhundert oft das kirchliche Patronat inne. Viele entlegene Landkirchen vermitteln daher auch heute noch den Eindruck von reich ausgestatteten Mausoleen.

Die Ausstellung im Kloster Leubus erstreckt sich über zwei Räume und verweist auf rund 1000 ganzfigürliche Epitaphien aus Sandstein. Die meisten stammen aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Teilweise sind sie farbig gefaßt und in schmuckvollen Rahmen aufgestellt. Im ersten Raum sind mittelalterliche Grabmäler von piastischen Herzögen Schlesiens zu sehen. Im Mittelpunkt des zweiten Raumes stehen Epitaphien aus der Zeit ab der Reformation bis zum Dreißigjährigen Krieg.

Eine detaillierte Karte zeigt herausragende Exponate entlang von zwei Routen auf. Die Ostroute beginnt im Raum Glogau und führt über Leubus in Richtung Breslau mit Abzweigungen nach Prausnitz. Die Westroute beinhaltet Objekte im Umfeld der Sudetengebirge.

Als besonderen Service für Besucher hebt Dr. Kaiser die ausführliche Internet-Präsentation hervor: „Parallel zur Darstellung vor Ort machen wir im Internet einen virtuellen Gang von Denkmal zu Denkmal möglich. Die zweisprachig verfaßten Texte sowie die 25 Kreistafeln und 19 Leitobjekte geben einen Überblick der erfaßten Exponate und bieten einen erweiterten Zugang zum Projekt. Enthalten sind übrigens auch ausführliche Hintergrundinformationen und nicht zuletzt Kontaktadressen, um Besuchsabsprachen zu erleichtern.“ Der Museumsleiter und sein Team haben nämlich in der Vorbereitungszeit erfahren, wie schwierig es gelegentlich sein kann, Zugang zu den wertvollen, gut erhaltenen Grabdenkmälern, vor allem im Innenbereich von Kirchen, zu bekommen. Meistens sind die Kirchen im ländlichen Raum außerhalb der Gottesdienstzeiten verschlossen, so daß es hilfreich ist, vorab Kontakt aufzunehmen.

Diese Ausstellung ist in Leubus noch bis zum Sommer 2007 zu besichtigen.

Fotos (2): Göllner

Dr. Stephan Kaiser sieht im Internet eine wichtige Ergänzung der Museumsarbeit.

Ein Grabdenkmal aus dem Kreis Strehlen

Der Ausflug

Jungbrunnen Enkelkinder: Von der erfrischenden Wirkung von Kindern

Von Christel Bethke

Philipps Mutter sorgt sich, ob ihre Eltern wohl mit dem nervösen Päckchen, das heute den Tag bei ihnen verbringen soll, fertig werden. Oma und Opa freuen sich über den Besuch des Enkels und beruhigen die Tochter. Sie haben sich schon allerhand ausgedacht, womit sie das Kind beschäftigen werden. Doch das braucht keine Anleitung, und kaum ist seine Mutter fort, geht es zielstrebig ins Wohnzimmer und will das Fernsehgerät angeschaltet haben. Kinderfernsehen gibt es schon morgens, erfahren die Großeltern. „Na, so haben wir nicht gewettet“, sagt der Großvater, „da bekommt man ja viereckige Augen von.“ Philipp will das nicht glauben, doch als Opa hinzufügt, „ein bißchen sind sie es ja schon“, geht er doch vorsichtshalber vor den Spiegel im Flur. „Das stimmt ja nicht“, beruhigt die Großmutter, aber morgens schon den Kasten an, nein, das will sie auch nicht.

Mit dem alten Legokasten, der immer noch seine Pflicht erfüllt, ist heute nichts anzufangen. Malen? Papier und Buntstifte müssen her. Oma macht den Tisch frei und liefert gleich Vorschläge: vielleicht Tiere, vom Bauernhof oder so, Häuser vielleicht oder Vögel? Opa sagt: „Mal doch einen Zug oder eine Straßenbahn.“ „Straßenbahn? Was ist das denn?“ „Nun, das ist ein Zug, der auf Schienen durch die Stadt fährt.“ Mit solch einer Bahn ist der Großvater mal zur Schule gefahren. Ob er das noch kann, will der Junge wissen. Das ist natürlich schon eine Weile her und außerdem war das in einer anderen Stadt.

Der Junge kennt nur Autofahren. Geflogen allerdings ist er im Gegensatz zu seinem Großvater, schon ein paar Mal. Keine Straßenbahn. Das kann sich ändern, überlegen die Großeltern. Kurze Beratung und dann Aufbruch. Oma packt Verpflegung ein, und auch das neue Handy – für alle Fälle! – muß mit, das Opa zum Geburtstag bekommen hat und mit dem er immer noch nicht recht klar kommt. Dann geht es los. Erst natürlich mit dem Auto bis zur Stadt der Straßenbahn. Nachdem es im Parkhaus abgestellt ist, muß Opa sich erst neu „orientieren“, wie er das nennt. Dann aber, nachdem die Karten am Automaten mit Hilfe Philipps gelöst sind, heißt es: Bitte einsteigen. Philipp ist total aufgeregt, als sie gleich hinter dem Straßenbahnführer Platz nehmen. Die Stadt ist groß und von Endstation bis zu Endstation dauert es eine ganze Weile. Dann heißt es umsteigen und in eine andere Richtung fahren. Der Junge kann nicht genug bekommen. Ist das aufregend, den ganzen Tag könnte er fahren. Alles wird genau beobachtet.

Auch der Zappelfritze ist müde

Einmal Zwischenstation am Tiergarten. Was, der Junge war noch niemals dort? Das gibt es ja wohl nicht. Zuerst zu den Affen, die Philipp nur aus dem Fernsehen kennt, und die Bananen, die Oma eigentlich für die Männer gedacht hatte, futtern nun die Tiere. Wie pussierlich sie die Früchte schälen, wie geschickt. Philipp schüttelt sich vor Lachen und bedauert, daß Oma nicht mehr davon eingepackt hat.

Als das Handy klingelt, bleiben der Junge und die Affen cool, nur der Alte sucht nervös nach dem Gerät. In welcher Tasche ist es denn. Endlich hält er es in der Hand und der Junge zeigt ihm, auf welchen Knopf man drücken muß, um auf Empfang zu sein. Es ist Philipps Mutter, die inzwischen erfahren hat, daß sie beide unterwegs sind und wissen will, wie es geht. Opa, nun schon ganz sicher, meint, alles sei im grünen Bereicht, nicht wahr, Philipp? Der muß das seiner Mutter bestätigen, und danach wird Oma angerufen, damit die ebenfalls erfährt, was Sache ist. Der Enkel redet und redet, und der Alte denkt, das wird ’ne teure Angelegenheit und fragt sich, ob das Guthaben wohl reichen wird. Der ABC-Schütze klärt ihn auf, zeigt, wo man drücken muß, um das zu erfahren. Der Alte staunt, wie einfach das ist. Bisher ist er immer so nebenbei zur Post gegangen, um das zu erfragen. Das verrät er natürlich nicht, der coole Alte, den er nun zu spielen hat.

Die Affen verstehen die ganze Aufregung nicht und wollen auch telefonieren und greifen nach dem Handy. Das geht natürlich nicht. Nun noch zu den Eisbären und überhaupt, ist es nicht schön im Park? „Affengeil“, bestätigt Philipp.

Als sie abends nach Hause kommen, ist der Alte vollkommen fertig, aber auch verjüngt, findet seine Frau. Selbst der Zappelfritze ist müde und kann kaum Omas viele Fragen beantworten. Aber über seine Berufswahl ist er sich heute klar geworden, denn als seine Mutter ihn holen kommt, sagt er, er wird, wenn er groß ist, Straßenbahnfahrer und das nächste Mal wollen beide mit dem ICE fahren, Großvater und er. Opa hat das versprochen. „Man muß doch mit der Zeit gehen“, sagt der augenzwinkernd. Oma ist auch schon lange nicht mehr mit dem Zug gefahren und will dann mit. „Wir machen eine Reise zu dritt. So machen wir das“, wird beschlossen.

Stoßfänger · Hauptstadt Baschkiriens · Leihanstalt · Treib-, Gärungsmittel · sehr schnelles Fahren · vermuten · dt. Autor (Freiherr von ...) · Drama von Goethe · Gewürz-, Heilpflanze · Widerhall · mexikanischer Indianer · Affe, Weißhandgibbon · Vorsilbe: unterhalb (lat.) · Winkel des Boxrings · Bienenprodukt, Brotaufstrich · förderlich, gewinnbringend · Strom in Vorderindien · Sporenpflanze · Kurort an der franz. Riviera · Monatsname · vollfetter Weichkäse · großer Behälter für Flüssigkeiten · Missgünstiger · schmal; begrenzt · ein Europäer · Messer, Werkzeug schleifen · Bindfaden · Höhepunkt, Glanzstück · Stimmzettelbehälter · Abmachung, Kompromiss · Vorname der Garbo · Gott anrufen · höckerloses Kamel · Sternschnuppe · hoch gewachsen, groß · Mittelpunkt; Innenstadt · Frauenliebling (franz.) · Filmkomiker (Stan) · Anmut, Liebreiz · slawische Sprache · Flachland · Göttervater der altnord. Sage · elektr. Stromstärkemaß · Strafe; Sühneleistung · nordamerikanischer Fluss · Zugmaschine (Kurzwort) · nur erdachtes Land, Gebiet · Gartenfrucht · Wasservogel, Nutztier · Ferien · holländischer Käse · amerik.-englischer Dichter · italien. Stadt an der Nera · Einfuhr · Skizze · bürgerliche Kleidung · Bereich, Gebietsteil · weißer Baustoff; Düngemittel · Körperorgan · Lehre vom Licht · niedersächs. Stadt am Harz · deutlich · beweglich · Begrenzung einer Fläche · Gesichtspunkt · steinig · Grund, Anlass · franz. Stadt im Oberelsass · Papstname · frühere Münze · flüssiges Fett · starkes Schiffsseil · das Aufziehen von Tieren · schott. Stammesverband · Lärm, Krach (ugs.) · an einer höher gelegenen Stelle · Einfall, Gedanke · unbeweglich · lauter Ausruf · student. Organisation (Abk.) · runde Schneehütte der Eskimos · junger Mensch · Situation · Weizenart · äußerste Armut · Ruhmesbau bei Regensburg · Abkürzung für Motorschiff · chemisches Zeichen für Chlor · Triumph, Erfolg im Wettkampf · Staat in Nahost, Persien · nordischer Hirsch, Elch · ostasiatisches Brettspiel · Bewusstlosigkeit · islam. Herrschertitel · norwegische Dichterin

Sudoku

		8		6	4	1		2
	7		1				8	
	5	6		8				
	6		5		3			
	1						4	
			4		7		6	
				5		3	7	
	3				1		9	
7		2	3	4		5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 x 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bezeichnungen für einen Verbrecher.

1 belanglos; wenig, **2** Wintermonat, **3** Teil der Stunde, **4** Geschütz, **5** Name Gottes bei den Israeliten, **6** reißend schnell

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Innungsvorsitzenden.

1 starkes Haar, **2** frühere englische Anrede: junger Herr, **3** allein, verlassen, **4** Eier legen und ausbrüten, **5** Flugkörper

So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. gering, 2. Januar, 3. Minute, 4. Kanone, 5. Jehova, 6. rapide – Ganove, Gauner

Kreiskette: 1. Borste, 2. Master, 3. einsam, 4. nisten, 5. Rakete – Obermeister

Sudoku:

3	9	8	7	6	4	1	5	2
2	7	4	1	3	5	6	8	9
1	5	6	9	8	2	4	3	7
4	6	7	5	9	3	8	2	1
5	1	9	6	2	8	7	4	3
8	2	3	4	1	7	9	6	5
9	4	1	2	5	6	3	7	8
6	3	5	8	7	1	2	9	4
7	8	2	3	4	9	5	1	6

MELDUNGEN

Weitere Fälschung der Geschichte

Königswinter – Auf ein Beispiel polnischer Geschichtsverfälschungen, das für viele andere steht, wurde die Landsmannschaft Schlesien kürzlich durch eine Zusendung hingewiesen. Es geht um das 1894 erbaute Schulgebäude des 800-Einwohner-Dorfes Waltdorf, Kreis Neiße. Die Marmortafel am Giebel des Hauses trug ehemals die Inschrift „Erbaut für unsere Kinder 1894". Sie wurde nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung durch einen polnischen Adler ersetzt. Vor etwa zehn Jahren kam dann eine Gedenktafel vor der Schule hinzu. Da keiner der einstigen deutschen Einwohner die polnische Sprache beherrscht, fiel auch keinem der Besucher seines Heimatdorfes auf, welche Geschichtslüge auf der Tafel steht.

Der Text lautet: „In Huldigung derer, die diese Erde durch Kampf, Arbeit und Erziehung der jungen Generationen an Polen zurückgegeben haben. Anläßlich der 50-Jahr-Feier der Rückkehr Schlesiens zu Polen und der polnischen Schule in Waltdorf. Diese Tafel wurde gestiftet dank der Bemühungen des Pädagogischen Rates und des Schülerrates".

Das Dorf Waltdorf ist erstmalig 1297 als deutsche Gründung erwähnt, der Ort selbst ist jedoch älter. Polnische Bewohner hat es bis 1945 dort nicht gegeben. Gravierend ist der Umstand, daß die Geschichtsfälschung durch Polen nicht etwa auf die kommunistische Diktatur zurückzuführen ist, sondern sechs Jahre nach der politischen Wende erfolgte. *SN*

Historikerpreis geht nach München

Schweinfurt – Die Erich und Erna Kronauer-Stiftung zeichnet in einer Festveranstaltung am 20. Mai 2006 im historischen Rathaus der Stadt Schweinfurt Dr. Hans-Christof Kraus mit dem Historiker-Preis der Stiftung für das Jahr 2006 aus. Der Preis, der mit 10 000 Euro dotiert ist, wird in diesem Jahr zum vierten Mal vergeben.

Der Privatdozent an der Ludwig-Maximilians-Universität München ist ein anerkannter Wissenschaftler mit dem Forschungsschwerpunkt preußischer Altkonservatismus zwischen 1830 und 1870 sowie der konservativen Strömungen in Frankreich und England des 17. und 18. Jahrhunderts. Er ist indessen nicht nur Fachgelehrter, sondern durch zahlreiche Rezensionen in der „FAZ" auch einem größeren Publikum bekannt geworden.

Bisherige Preisträger der Stiftung sind Dr. Volker Kronenberg, Dr. Bogdan Musial und Dr. Friedrich Pohlmann. *E. K.*

Französisch-Deutsches Geschichtsbuch

Paris / Berlin – Ein neues Kapitel ihrer Beziehungen wollen Deutschland und Frankreich mit einem gemeinsamen Geschichtsbuch aufschlagen. Das in drei Jahren entwickelte Lehrbuch „Histoire / Geschichte: L'Europe et le monde depuis 1945" (Europa und die Welt seit 1945) ist auf französisch bereits erschienen. Die deutsche Fassung soll am 10. Juli folgen.

Die Aufteilung des Orients

Vor 60 Jahren entließ Großbritannien Jordanien in die Unabhängigkeit

Von Manuel Ruoff

Der sogenannte Clash of Cultures, der zur Zeit in aller Munde ist, beruht zum Teil auf gegenseitigem Unverständnis. So haben viele im Westen kein Verständnis dafür, daß die islamisch-arabische Welt Freiheit und Demokratie abzulehnen scheint. Anders können diese es sich nicht erklären, daß jene auf die Willenserklärung der USA, dem Nahen und auch Mittleren Osten Freiheit und Demokratie zu bringen, statt mit Begeisterung mit Ablehnung reagiert. Um diese Reaktion verstehen zu können, muß man jedoch nicht Moslem oder Religionswissenschaftler sein. Es hilft bereits ein gutes Stück weiter, wenn man sich vor Augen führt, welche Erfahrungen die Araber mit angelsächsischen Freiheits- und Demokratieversprechen vor knapp neun Jahrzehnten gemacht haben.

Im Ersten Weltkrieg suchten die Briten Verbündete, und deshalb umwarben sie auch die Araber im Osmanischen Reich. So versprach die englische Regierung Hussein aus dem Stamm der Beni Haschem, Abkömmling des Propheten Mohammed und Scherif von Mekka in der 38. Generation, in dessen Korrespondenz mit dem britischen Hochkommissar in Ägypten, Henry MacMahon, die Anerkennung eines unabhängigen arabischen Staates einschließlich des geographischen Syriens und Mesopotamiens (des Irak), wenn denn die Araber auf der Seite der Entente in den Krieg eintreten. Die Araber erfüllten die von den Engländern genannte Vorbedingung und begannen einen teilweise opferreichen Aufstand in der Wüste gegen die Osmanen.

Das hinderte die Briten jedoch nicht daran, das den Arabern als Gegenleistung für ihre Kriegsbeteiligung versprochene Territorium zwischen den Franzosen und sich aufzuteilen. Wenige Wochen vor dem Beginn der Erhebung der Araber, am 16. Mai 1916, schlossen die beiden Entente-Mächte das Sykes-Picot-Abkommen. In diesem aus gutem Grunde geheimen Abkommen fanden die Franzosen ihre Ansprüche auf Syrien berücksichtigt. Hinsichtlich des ebenfalls von Frankreich beanspruchten Palästina einigte man sich darauf, daß es internationaler Verwaltung unterstellt werden soll.

Um auch die Zionisten und insbesondere die amerikanischen Juden für die Sache der Alliierten zu gewinnen, gab die englische Regierung eine Sympathieerklärung ab, die von Außenminister Arthur J. Balfour dem Zionistenführer Lionel W. Rothschild übermittelt wurde. In dieser sogenannten Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 sagt die britische Regierung ihre Unterstützung für „die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk" zu.

Es sind die Bolschewiki, die das doppelte Spiel der Engländer aufdecken, indem sie nach der erfolgreichen Oktoberrevolution des Novembers 1917 mit anderen zaristischen Geheimdokumenten auch das Sykes-Picot-Abkommen und die Balfour-Deklaration veröffentlichen. Heute sind die Araber schlauer, aber damals waren sie noch derart naiv im Umgang mit den Angelsachsen, daß sie der britischen Regierung Glauben schenkten, als diese sich im ersten Halbjahr des darauffolgenden Kriegsjahres 1918 in mehreren Erklärungen erneut zur „vollständigen und souveränen Unabhängigkeit der Araber" und zu einer Nachkriegsregelung nach dem Prinzip der Zustimmung der Regierten, um nicht zu sagen: zur Demokratie, bekannte.

Am Ende jenes Jahres war der Erste Weltkrieg zu Ende. Die Osmanen hatten ihn verloren und zogen sich aus Arabien in die Türkei zurück. Die Araber hatten ihn mit den Engländern gewonnen und forderten nun ihren Lohn ein. Nachdem in Syrien Teilwahlen stattgefunden hatten, trat dort am 2. Juli 1919 ein „Allgemeiner Syrischer Kongreß" zusammen, der die sofortige Unabhängigkeit Syriens einschließlich Libanons und Palästinas forderte.

Der Westen jedoch reagierte, wie er auch heute reagiert, wenn in der Region Wahlen Ergebnisse zeitigen, die ihm nicht passen: Er ignorierte sie. Auf einer vom 19. bis 26. April 1920 in San Remo tagenden Konferenz einigten sich die Alliierten darauf, die arabischen Provinzen des Ottomanischen Reiches im Geiste des Sykes-Picot-Abkommens einvernehmlich unter sich aufzuteilen. Frankreich sollte ein Mandat für Syrien einschließlich Libanon und Großbritannien eines für Mesopotamien erhalten. Palästina sollte Mandat des Völkerbundes werden, der es wiederum England übertragen sollte. Angesichts dessen, daß der Völkerbund nicht nur vom Westen gegründet, sondern auch von diesem dominiert wurde, kann es niemanden verwundern, daß er die Ergebnisse der Konferenz bestätigte und die Mandate billigte.

Bereits wenige Monate später, im Juli 1920, marschierten die Franzosen in Damaskus ein und nahmen Syrien in ihren Besitz. Die Briten stießen in den ihnen zugestandenen Gebieten jedoch auf Widerstand. In Mesopotamien kam es zu schweren antienglischen Unruhen. Und in Palästina begannen sich die Araber gegen die Durchführung des zionistischen Programms zu organisieren. Die Briten beschlossen daraufhin, die Söhne des 1853 geborenen Scherifen Hussein von Mekka zu korrumpieren. Den Ältesten, Faisal, machten sie 1921 zum König des Irak. Der Begriff „König" darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Land erst ein knappes Jahrzehnt später, 1930, in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Und den arabischen Kritikern ihrer prozionistischen Politik kamen die Engländer insoweit entgegen, als sie den Geltungsbereich der Balfour-Deklaration auf Palästina westlich des Jordans beschränkten. Das abgetrennte Gebiet übergaben sie am 28. März 1921 Faisals jüngerem Bruder Abdullah (Abdallah) zur Verwaltung. Zwei Jahre später, am 25. März 1923, wurde das Gebiet zum selbständigen Emirat Transjordanien unter britischer Mandatsverwaltung. Es bedurfte erst noch eines zweiten Weltkrieges, bis dieser Teil der islamisch-arabischen Welt in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Am 22. Mai 1946 gewährte England Transjordanien im Vertrag von London die Unabhängigkeit. Drei Tage später nahm der Emir den Königstitel an.

Die Entlassung in die Unabhängigkeit, der knapp zwei Jahre später die Gewährung der Souveränität durch den britisch-jordanischen Vertrag über die Neuregelung der Truppenstationierung vom 15. März 1948 folgte, war der Dank der Kolonialherren für Abdullahs militärische Unterstützung im kurz zuvor beendeten Zweiten Weltkrieg. Auch nach dem Krieg setzte Abdullah seine proenglische und prowestliche Politik fort. Angesichts der hier nur ansatzweise beschriebenen Erfahrungen mit der angelsächsischen und westlichen Nahostpolitik wurde Abdullah diese Zusammenarbeit seitens seiner Landsleute als Kollaboration ausgelegt, was ihn das Leben kostete. Am 20. Juli 1951 fiel er vor der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem einem Attentat zum Opfer.

Sein Nachfolger wurde sein wegen dessen physischer Labilität von ihm stets verachteter ältester Sohn Talal. Dessen Regierungszeit währte nicht lange. Jordaniens zweitem König wurde unterstellt, geisteskrank zu sein, und auf einer geheimen Parlamentssitzung wurde der Thronwechsel beschlossen. Am 11. August 1952 verzichtete Talal auf die Krone zugunsten seines noch minderjährigen Sohnes Hussein. Bis zur Erlangung der Volljährigkeit führte ein Kronrat die Regierungsgeschäfte.

Am 2. Mai 1953 wurde Hussein inthronisiert. Der junge König war zu diesem Zeitpunkt siebzehneinhalb Jahre alt, aber nach dem arabischen Lunar-Kalender nunmehr volljährig. Hussein blieb sowohl das Schicksal seines Großvaters, von fremder Hand getötet zu werden, als auch jenes seines Vaters, die Krone zu verlieren, erspart. Vielmehr war ihm die bisher längste Regierungszeit der bis heute vier jordanischen Könige vergönnt. Sie endete erst nach über viereinhalb Jahrzehnten, als der „politische Methusalem der arabischen Welt" am 7. Februar 1999 in seiner Hauptstadt Amman einem Krebsleiden erlag.

Seitdem regiert Abdullah (Abdallah) II. Jordanien, dieses Haschemitische Königreich, das mehr oder weniger sinnig und treffend auch schon einmal als „künstliches Gebilde, resultierend aus einer kuriosen Kombination von Großmacht-Rivalitäten, sich widersprechenden Abmachungen, Geheimverträgen und einer Vielzahl persönlicher, familiärer und Stammes-Loyalitäten", als „Kunstprodukt, das auf der Landkarte wie ein Schnittmusterbogen aussieht, wie ein kurzgeratenes Kinderhemd mit einem langen Ärmel und einem ganz und gar verkorksten Kragen", als ein „Gebiet, das wie ein Schraubstock zwischen Ägypten, Syrien und Israel eingepreßt ist" oder als „zufällige Spätgeburt aus imperialistischen Interessenverschlingungen und arabischen Erneuerungsträumen" charakterisiert wird.

Foto: pa

Abdullah I. (sitzend): Jordaniens erster König im Jahre der Erlangung der Unabhängigkeit

Was Reußen und Preußen verbindet

Seitens der Wissenschaft wird inzwischen die These vertreten, daß die Bezeichnungen der meisten Völker auf andere Völker zurückgehen. Für die Russen scheint das der Fall zu sein. Sie stammen von den seit 862 in Nowgorod herrschenden schwedischen Normannen, den Warägern, ab, deren Führer Rurik mit seinen Brüdern das erste russische Staatswesen gründete. Die Waräger drangen im 9. Jahrhundert von Südostschweden über den „Ostweg" in das Gebiet zwischen Wolga und Dnjepr vor und gründeten die Reiche von Nowgorod (Neustadt) und Kiew. Die unterjochte einheimische Bevölkerung brauchte einen Namen für das eingewanderte fremde Volk und nannte es Rus oder Ros. Der Name wurde später von der herrschenden Oberschicht auf das ostslawische Volk und das Land übertragen, das fortan Rußland hieß.

Für die Herkunft der Bezeichnung Rus gibt es verschiedene Deutungen. Möglicherweise bezeichneten die slawischen Bewohner die Einwanderer als Fremde oder Fremdsprachige, die jetzt in ihrer Nachbarschaft lebten, so wie die Deutschen die Romanen Welsche (Fremde) nannten. Eine andere Lesart ist, daß die „Neuen" nach ihrem Weg über die Ostsee Ruotsie genannt wurden. Ruderer heißt auf finnisch Ruodsen. Vielleicht bezieht sich ihre Bezeichnung auch auf ihre Herkunft, denn die Waräger zogen aus dem Gebiet Roslagen nördlich von Stockholm nach dem Süden.

Zar Iwan IV., der Schreckliche, der von 1533 bis 1584 regierte, legte sich die Bezeichnung Herrscher aller Reußen (russisch: Samoderschez wsjesa rusi) zu. Samoderschez ist eine Lehnübersetzung von griechisch Pantokrator, was laut dem Fremdwörterduden ein „Ehrentitel für (den höchsten) Gott, auch für den auferstandenen Christus" ist. Mit wjesa rusi sind in diesem Titel nicht alle Russen, sondern die russischen Lande einschließlich der dort wohnenden Völkergemeinschaften gemeint. Der schreckliche Iwan hatte sich damit zum Allherrscher Rußlands befördert, ein Machtanspruch, der seit der russischen Revolution von 1917 keineswegs erloschen ist.

Man nannte die Russen früher auch Reußen. Dahinter verbirgt sich der mittelhochdeutsche Singular Riuse (=Russe) und der Dativ Plural ze Riusen (=Rußland). Die Gegend um Lemberg, das spätere Galizien, nannte man noch Mitte des 18. Jahrhunderts Rotreußen.

Die Preußen reimen sich auf die Reußen. Aber sonst gibt es da nichts zusammenzureimen. Die deutschesten aller Deutschen, bei denen angeblich sogar die Bäume exerzieren sollen, tragen einen litauischen Namen. Das Wort prud oder prut bedeutet im Litauischen stehendes Gewässer (Teich, See, Meer). Es stand Pate für die in einem wasserreichen Gebiet lebenden Pruzzi im Land Pruzia. Noch auf einer deutschen Straßenkarte von 1713 ist das spätere Ostpreußen nur lateinisch als Prussia benannt, obwohl in Königsberg schon 1701 der erste König „in Preußen" gekrönt wurde beziehungsweise sich selber krönte, wodurch Preußen für das gesamte Hohenzollerngebiet namengebend wurde. Erst nach der Ersten polnischen Teilung von 1772 konnte sich König Friedrich der Große König „von Preußen" nennen. Danzig und Thorn wurden gar erst 1793 bei der Zweiten polnischen Teilung preußisch.

Dieter W. Leitner

Bedenklicher Bestseller

Heilpraktiker Uwe Karstädt und Schauspieler Horst Janson über Homocystein

Manchmal erwecken Bestseller durchaus Neugier und man schaut sich ein Buch an, daß man vorher gar nicht zur Kenntnis genommen hat. Dies ist auch der Fall bei „Das Dreieck des Lebens“ von Uwe Karstädt, das über zehn Wochen auf der Bestseller-Liste des „Spiegels“ stand. Uwe Karstädt ist angeblich einer der führenden Heilpraktiker in Deutschland und hat nun zusammen mit dem beliebten und für seine 70 Jahre äußerst rüstigen Schauspieler Horst Janson besagten Bestseller auf den Markt gebracht.

Worum geht es? Das ist schnell erklärt: um Homocystein. Das ist eine Substanz, die im alltäglichen Stoffwechsel des Menschen vorkommt. Leider würden laut Uwe Karstädt Deutschlands Ärzte kaum etwas von der Wichtigkeit des Homocystein-Wertes wissen. Anhand dieses Wertes könne man Alzheimer, Darmkrebs, Diabetes, Herzinfarkt und andere Krankheiten schneller drohen sehen und durch das „Dreieck des Lebens“ bekämpfen können.

Beim „Dreieck des Lebens“ handelt es sich übrigens um eine Mischung aus den Vitaminen B 6, B 12 und Folsäure (auch als B 9 bekannt).

Diese, auf spezielle Weise gemischt, ist zu finden in einem Präparat (dessen US-amerikanische Bezugsquelle im Buch steht), würden zur Genesung und einem vitaleren Leben führen. Karstädts Lieblingssatz „Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen bin ich angehalten, meinen Lesern zu den von mir empfohlenen Produkten auch Alternativen zu bieten. Zum ‚PowerQuickZap‘ gibt es wegen seiner Einzigartigkeit eigentlich keine Alternative.“

Und Horst Janson? Der Kapitän von „Unter weißen Segeln“ erzählt eigentlich nur, daß Karstädt sein Heilpraktiker sei und er ihm seine Gesundheit verdankte, da er sich voll auf den Rat dieses Mannes verlasse. Ansonsten berichtet er von seiner Karriere, seiner Familie und seinem Hobby, dem Segeln. Horst Jansons Erzählungen lesen sich angenehm und interessant, passen aber absolut nicht zu dem Rest. Letztendlich wirkt Janson wie ein vom Wunderheiler Umgarnter. Oder brauchte der Schauspieler, dessen Eigenheim in München Ende 2005 kurz vor der Zwangsversteigerung stand, einfach nur Geld?

Auch wenn Uwe Karstädt Interessantes zum Thema Ernährung und Krankheiten berichtet, so ist sein Buch immer dann, wenn er auf Homocystein und die entsprechenden Gesundheitspräparate zu sprechen kommt, äußerst unseriös. Am Ende sagt er selbst: „... entscheiden Sie als mündiger Bürger ganz allein.“ *Bel*

***Uwe Karstädt: „Das Dreieck des Lebens“**, mit Sonderteil Horst Janson, Titan Verlag, München 2005, geb., 271 Seiten, 24,80 Euro, Best.-Nr. 5524*

Spiel mit dem Feuer

Autor provoziert mit Tabus und spricht damit vielen Bürgern aus der Seele

„Mein Kampf“ lautet der dick gedruckte Titel dieses Buches von Walter Willhöft. „Warum“, wird sich der Betrachter auf den ersten Blick kopfschüttelnd fragen, wählt ein Autor einen derart provozierenden Titel aus? Auf den zweiten Blick erkennt man jedoch, daß der Buchtitel komplett lautet „Mein Kampf ... um Anstand und Wahrheit, Fairneß und Gerechtigkeit sowie um Rechte und Pflichten aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“.

Doch was verbirgt sich hinter diesem aufwendigen und vor allem auffälligen Titel?

Walter Willhöft hat in diesem Buch sämtliche seiner Leserbriefe zu lückenhaften, falschen und mit Fehldeutungen belasteten Berichten aus der Gegenwart und der nahen Vergangenheit abgedruckt, welche zu seinem aufrichtigen Bedauern in den Zeitungen so gut wie nie veröffentlicht wurden.

Der Autor erläutert seine Beweggründe, dieses Buch herauszubringen, mit dem Zitat Willy Brandts „mehr Demokratie zu wagen“.

Hierbei ist anzumerken, daß Willhöft Leserbriefe zu recht heiklen und zum Teil schon fast anrüchigen Themen verfaßt, denn wer würde, ohne befürchten zu müssen, gleich als „rechtsdenkend“ eingestuft zu werden, öffentlich folgende Fakten zum Thema „Zuwanderung“ auf den Tisch legen: „Nach einer Emnid-Umfrage sind 63 Prozent der Deutschen der Meinung, daß zu viele Ausländer nach Deutschland einströmen. Die Anzahl der Ausländer wird zwischen 9 und 10 Prozent angegeben, Tendenz steigend. Für 2010 rechnet der Bund mit 25 Prozent Anteil und 2050 sogar mit 38 Prozent Ausländeranteil.“

Wobei der Autor eindeutig klarstellt, daß er keineswegs rechts gesinnt sei und es ihm lediglich um jene Ausländer gehe, welche aufgrund des Mißbrauchs des Asylrechtes zu unrecht in Deutschland blieben.

Immer wieder stößt der Leser auf relativ grenzwertige Äußerungen des Autors, bei denen es sich jedoch objektiv betrachtet lediglich um nackte Daten und Fakten handelt.

Wer würde zum Beispiel offen das unschöne Wort „Schmarotzer“ verwenden? Dabei heißt dieses Wort laut Duden „Auf Kosten anderer leben“, und auch hierbei sind natürlich nicht pauschal alle Ausländer gemeint, sondern selbstverständlich nur jene, welchen ohne eigene Leistungen zu erbringen, auf Kosten der deutschen Sozialsysteme ihr Leben hier verbringen.

Was die junge Rezensentin persönlich sehr angesprochen hat, war folgender Absatz:

„Und dann immer wieder der Bezug zu den Nazis. Wir gehen doch nun schon 60 Jahre geduckt durch die Gegend, und jedes Kind, das neu geboren wird, bekommt gleich den Zeigefinger ‚Na, Du böser Deutscher, schön geduckt gehen!‘“

Dies ist natürlich übertrieben ausgedrückt, doch zeigt sich der Wahrheitsgehalt darin, daß die Rezensentin als junge deutsche Frau im Ausland mehrfach von ebenfalls jungen Menschen lediglich aufgrund ihrer Herkunft als Nazi beschimpft wurde. (Jeweils beim Schüleraustausch nach England und Frankreich, da wurde sie einmal im Bus beschimpft und beim anderen Mal haben sie Schüler vor der Schule beleidigt.)

„Kein anderes Land wühlt so im Vergangenheitsschlamm wie die Deutschen, obwohl alle irgendwo Dreck am Stecken der Vergangenheit haben.“

Dieses Buch enthält in der Tat eine Unmenge an interessanten Zahlen, Daten, Geschichtshintergründen und Informationen, doch ist es auch mit Vorsicht zu genießen. *A. Ney*

***Walter Willhöft: „Mein Kampf ... um Anstand und Wahrheit, Fairneß und Gerechtigkeit sowie um Rechte und Pflichten aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“**, Mein Buch, Hamburg 2005, 228 Seiten, 12,80 Euro, Best.-Nr. 5526, zwei Wochen Lieferzeit*

Umdenken

Biedenkopf über Mißstände

Kurt Biedenkopf ist mit 76 Lebensjahren, mit fast einem halben Jahrhundert Bildungsarbeit als Hochschulprofessor und 30 Jahren in den Positionen der politischen Führungskader reich an Erfahrung. Seinen 15 Enkelkindern und jedem, der es wissen möchte, teilt er dies auch mit. Seine jüngste Publikation „Die Ausbeutung der Enkel“ stellt sich vor dem Hintergrund der fatalen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung in Deutschland als Plädoyer für eine Rückbesinnung auf die Vernunft dar.

Biedenkopf seziert auf akademischem Niveau und daher streckenweise auch sehr trocken die Regulierungswut des Staates und die Auswüchse des Sozialstaates. Die bestehende Krise ist für ihn eine Krise des Denkens. Der Wohlstandsstaat und das exponentielle Wachstum der Wirtschaft in früheren Jahren habe in allen Bereichen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und individuellen Lebens zu einem Verlust von Maßstäben, zu einer Entgrenzung und Relativierung geführt. Ob nun die keine Grenzen kennende Politik jedes Detail des menschlichen Lebens meint bürokratisch regeln zu müssen, oder ob der einzelne meint, die Steuergesetze nicht mehr einhalten zu müssen. Das Gleichgewicht befindet sich auf einer Schiefebene. So weit so schlecht.

Leider verharrt Biedenkopf weitestgehend in allgemeiner Andeutung und kommt nur selten auf konkrete Änderungserfordernisse zu sprechen. Dennoch, die Knute des Autors schlägt bisweilen blutige Wunden in den Sozialstaates Fleisch. Dieser sei an seiner unaufhaltsamen Expansivität gescheitert. Die heute vorgelegten öffentlichen Haushalte seien die Zeugnisse des Versagens. Deshalb bedürfe es eines „Controllings der selbstverwalteten Sozialsysteme“.

Der Familie räumt Biedenkopf eine wesentliche Funktion in einer freiheitlich und am Subsidiaritätsprinzip orientierten Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Subsidiarität bedeutet – hier wird der frühere sächsische Ministerpräsident einmal konkret –, daß der Staat nicht gesetzlich zu regeln hat, ob nun der Vater oder die Mutter oder beide zu welchen Anteilen die Möglichkeiten des Elterngeldes nutzen. Es darf nicht „oben“ (Staat) geregelt werden, was besser „unten“ (Familie) geregelt werden kann. Hier verweigere der Staat der Familie genau den Schutz, den er ihr nach Artikel 6 des Grundgesetzes eigentlich gewähren müßte. Der Schutzauftrag des Grundgesetzes sei eben keine Ermächtigungsgrundlage zur Vormundschaft, sondern der Auftrag, die Rechtsinhaber vor Vormundschaft zu schützen.

Biedenkopf fordert aber nicht nur dem Staat, sondern auch jedem einzelnen Bürger ein radikales Umdenken ab. Nichts werde mehr sein, wie es einmal war. Ad hoc und hoffnungsvoll denkt der Steuerzahler an die bierdeckelgroße Steuererklärung und das Ende aller Schwarzarbeit.

Biedenkopf, der sich vorwerfen lassen muß, als Ministerpräsident auch privat Dienstvilla, Hubschrauber, Dienstwagen und Personal unentgeltlich – also „entgrenzt“ – genutzt zu haben, ist sicherlich nicht der erkorene Hüter der Moral. Aber er kann für sich in Anspruch nehmen, in führender politischer Funktion mit der erste gewesen zu sein, der vor rund 25 Jahren auf die dramatische demographische Entwicklung hingewiesen hat. Alles nur Kassandrarufe? *B. Knapstein*

***Kurt Biedenkopf: „Die Ausbeutung der Enkel“**, Propyläen, Berlin 2005, geb., 224 Seiten, 16,95 Euro, Best.-Nr.: 5448*

Wie für DDR-Schüler gemacht

»Spiegel«-Autor legt ein Buch über die deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart speziell für Jugendliche vor

Eigentlich wäre eine kurzgefaßte deutsche Geschichte der Zeit von 1871 bis zur Gegenwart für Jugendliche zu begrüßen, steht es doch in der Regel bei Schulabgängern mit geschichtlichen Kenntnissen nicht zum besten. Voraussetzung wäre allerdings, daß wirklich geschildert wird, „wie Deutschland wurde, was es ist“, wie der Werbespruch des Verlages lautet. Ob dieses soeben erschienene Buch des ehemaligen „Spiegel“-Journalisten Peter Zolling diese Voraussetzung erfüllt, wurde gefällt.

Die Lektüre des Buches ruft Enttäuschung hervor. Zolling hält sich strikt an die heute geltenden Sprachregelungen über unsere jüngste Vergangenheit. Er ist geradezu ein Vorbild an politischer Korrektheit, und das bedeutet, daß Deutschland an allen unerfreulichen Entwicklungen der Zeit von 1871 bis 1945 allein schuldig ist. Was soll es heißen, daß die Bundesrepublik Deutschland „eine Republik (ist), die zum ersten Mal in der deutschen Geschichte allen Deutschen Freiheit und Einheit brachte“? Hat der Autor die Weimarer Republik vergessen? Wenn er das zweite Deutsche Reich schildert, fällt ihm überwiegend Negatives ein. Deutschlands Kehrseite sei „verdüstert“ durch die Forderung nach Gehorsam und Pflichterfüllung. Kein Wort über das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Männer, das es zu jener Zeit in ganz Europa noch nicht gab – außer im deutschen Kaiserreich. Nichts auch über die für die ganze Welt beispielhafte Bildungs- und Wissenschaftspolitik in Deutschland.

Es kommt in dem Buch nahezu nichts davon vor, wie die übrigen Staaten in Europa Politik betrieben haben. Bei Lesern dieses Buches muß der Eindruck entstehen, allein Deutschland habe von Kaiser Wilhelm I. bis zu Adolf Hitler aktive Politik betrieben, während die anderen Staaten reagierten, aber keine eigenen Ziele verfolgten.

Daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganz Europa „im imperialistischen Fieber lag“, stellt er korrekt dar, behauptet aber, daß in Deutschland in dieser Beziehung „besonders schrille Töne“ ausgestoßen worden seien und verweist dabei auf die deutschen Kolonien. Kurz darauf aber erzählt er, daß überall, wo die Deutschen etwa in Afrika auftauchten, schon die Fahnen der anderen Mächte flatterten, woraus man wohl schließen kann, daß der Imperialismus der übrigen europäischen Mächte das Streben des Reiches erheblich überstieg. Natürlich war für den Autor die angebliche „deutsche Drohpolitik“, die sich etwa im Flottenbau ausdrückte, Auslöser des Ersten Weltkrieges, ohne daß er allerdings über den Stand der Rüstungen, sei es zu Lande, sei es zur See, Zahlen und Tatsachen nennt, was für seine Behauptungen auch schädlich gewesen wäre.

Vom Versailler Friedensvertrag, in dem sich die unterlegenen Deutschen durch Unterschrift dazu bekennen mußten, allein schuldig am Ersten Weltkrieg zu sein, weiß er zu sagen, er sei hart gewesen, doch hätten die Deutschen noch Glück gehabt. Der Kriegsschuldparagraph habe „der Wahrheit entsprochen“.

Als nach dem Zusammenbruch der deutschen Kampfmoral 1918 überall im Reich Aufstände der Kommunisten ausbrachen, die Deutschland zu einer Sowjetrepublik nach dem Muster Rußlands machen wollten, da hatte der damalige sozialdemokratische Reichskanzler, spätere Reichspräsident Friedrich Ebert eine „übertriebene Furcht vor der bolschewistischen Bedrohung“; es seien ja nur „ein paar tausend Spartakisten“ gewesen, die den bewaffneten Aufstand anführten. Der Autor nimmt der damaligen Reichsregierung übel, daß sie die Aufstände durch die bewaffnete Macht niederschlagen ließ; so daß „zu vieles beim alten blieb“. Die SPD habe durch ihren Kampf gegen die kommunistischen Aufstände „Verrat an der Sache des Sozialismus“ geübt, liest man erstaunt.

Nicht nur an dieser Stelle wird deutlich, daß dieses Lehrbuch für die Jugend auch in der DDR hätte erscheinen können, jedenfalls in den Teilen, die sich mit der Zeit bis 1945 beschäftigen.

Ganz schlimm wird es, wenn es um die Zeit nach 1933 geht. Da wird jede gängige Propagandathese breitgetreten; selbst eine so alberne aus der britischen Kriegspropaganda stammende Behauptung wird wiederholt wie die, Göring habe gesagt, er wolle Meier heißen, wenn je ein feindliches Flugzeug über Deutschland erscheine. Eine Quelle wird hier ebensowenig angegeben wie bei anderen waghalsigen Behauptungen. Zolling vertritt die Ansicht, daß sich der Anschluß Österreichs ans Reich, den die Österreicher schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg forderten, der ihnen aber von den Siegermächten verboten wurde, nichts war als das Ergebnis von „Hitlers Eroberungswahn.“ Wen wundert's, daß nach Zollings Auffassung Deutschland die alleinige Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu tragen hat. Offenbar hatten alle übrigen Mächte von Polen über Großbritannien bis zur Sowjetunion nichts als Frieden und Freundschaft im Sinn. Deutschland ist an allem schuld, auch am gegen die Zivilbevölkerung geführten Luftkrieg. Um das zu „beweisen“, bringt man dann auch einmal Daten durcheinander. Kein Wort davon, daß bereits Ende August 1940 die Briten acht Luftangriffe gegen Berlin flogen und der britische Informationsminister drohte, man werde nunmehr Hamburg „pulverisieren“, wohl aber wird der deutsche Luftangriff im November 1940 auf das britische Rüstungszentrum Coventry mit seinen 17 über das ganze Stadtgebiet verstreuten Flugmotorenwerken als „Terrorangriff“ bezeichnet.

Daß es sich bei Zollings „Deutscher Geschichte“ erst in zweiter Linie um eine Geschichtsdarstellung handelt, geht aus dem Schlußkapitel „Rückschau und Ausblick“ hervor, in dem man liest, daß es „für das in den Jahren zwischen 1933 und 1945 von Deutschen anderen zugefügte Leid ... keinen Schlußstrich geben“ kann.

Den Deutschen wird eine „fortdauernde Verantwortung“ für die „jede Vorstellungskraft übersteigenden NS-Verbrechen“ zudiktiert. Deshalb endet das Buch mit dem Aufruf „rechtsradikales Gedankengut auszutrocknen“.

Zolling hat ein Buch geschrieben, das vermutlich in Kürze vom Bundespresseamt und den zahlreichen Bundes- und Landesämtern für politische Bildung ebenso unters Volk gestreut wird wie durch die parteinahen Stiftungen von der Adenauer- bis zur Böll-Stiftung. Geld für die Anschaffung des Buches auszugeben, dürfte sich damit erübrigen. *H.-J. von Leesen*

***Peter Zolling: „Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart“**, Hanser Verlag, München 2005, 368 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5525*

Ruth Maria Wagner
Königsberg in alten Ansichtskarten
103 Seiten, mit zahlr. z.Tl. farb. Abb., 15 x 22 cm
Best.-Nr.: 5267
€ 14,95

Welder, Michael:
Schönes Ostpreußen
Perle des Ostens
Geb., 59 Seiten,
Format: 21 x 20cm
Best.-Nr.: 1527
€ 9,95

Heimat Deine Sterne

CD

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 1**
Die unvergessenen Stars aus Oper und Operette: Wilhelm Strienz, Marika Rökk, Benjamino Gigli, Alfons Fügel, Erna Berger, Helger Rosvaenge, Herbert E. Groth, Heinrich Schlusnus uva., insg. 23 Titel, Laufzeit: 68:29 Minuten
Best.-Nr.: 1084, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 2**
Unvergessenen Film- und Schlagerstars: Ilse Werner Hans Albers, Rudi Schuricke, Rosita Serrano, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Heinz Goedecke, Insgesamt 27 Titel, Laufzeit: 63:54 Minuten
Best.-Nr.: 1085, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 3**
Das Wunschkonzert für die Deutsche Wehrmacht; Lieder, Märsche, Couplets Aus dem Inhalt: Rosemarie- Marsch, Erika- Marsch, u.v.m, ges. Laufzeit: 77:25 Minuten
Best.-Nr.: 1086, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 4**
Lili Marleen und das Tanzorchester des Soldatensenders Belgrad unter der Leitung von Friedrich Meyer. Interviews, Rundfunkberichte und Lieder. Aus dem Inhalt: Es geht alles vorüber, Lili Marleen, Rote Rosen, u.v.m. Laufzeit: 71:40 Minuten
Best.-Nr.: 1087, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 5**
Deutsches Volkskonzert im Großdeutschen Rundfunk. Aus dem Inhalt: Pausenzeichen, Heimat deine Sterne, Lied der Schiffswache, u.vm.
Laufzeit: 77:51 Minuten
Best.-Nr.: 1088, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 6**
Opernstars; Berühmte Opernstars der 30er Jahre singen anonym Schlager- und Tanzmusik. Aus dem Inhalt: Marcel Wittrisch: „Oh Donna Clara“, Willi Domgraf-Faßbaender: „Das Blumenmädchen von Neapel“,u.v.m.
Laufzeit: 78:34 Minuten
Best.-Nr.: 1089, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 7**
Kriegsweihnacht 1940
Aus dem Inhalt: Heimat deine Sterne, Ringsendung des Großdeutschen Rundfunks Heiligabend 1940, Drüben in der Heimat, u.v.m. Laufzeit: 79:17 Minuten
Best.-Nr.: 1697, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 8**
Die schönsten Schlager von Werner Bochmann mit Ilse Werner, Strienz, Heinz Rühmann, Rudi Schurike und den Comedian Harmonists. Laufzeit: 71:32 Minuten
Best.-Nr.: 2509, € 12,95

CD **Heimat deine Sterne Vol. 9**
Der Soldatensender Oslo: Vor etwa 10 Jahren hat der Norwegische Rundfunk rund 1500 Platten mit Aufnahmen, die seinerzeit für den deutschen Sender nach Oslo geschickt wurden, zurückgegeben. Auf der CD finden sich Lieder, Märsche und Reportagen. Umfangreiches bebildertes Booklet.
Laufzeit: 77 Minuten
Best.-Nr.: 4150, € 12,95

CD **Heimat Deine Sterne Vol. 10**
„Jugend im Dritten Reich“ - die verratene Generation.
Lieder, Märsche und Ausschnitte von zentralen HJ-Feiern.
Umfangreiches Booklet mit vielen Fotos. Laufzeit: 71:05 Minuten
Best.-Nr.: 4152, € 12,95

Heimat Deine Sterne **Sie sparen 20,- €**
alle 10 CDs zusammen
Best.-Nr.: 4161 **NUR € 109,95**

Grete Fischer
Letzter Sommer in Ostpreußen
Liebevoll schildert Grete Fischer in diesem Band die Heiterkeit ostpreußischer Sommer, die nur kurz von unvermutet hereinbrechenden Gewitterschauern unterbrochen werden, das Plachandern über den Gartenzaun, die Erntearbeit auf den weiten Feldern, schwere Arbeit, die aber doch mit Freude getan wird. Brosch., 72 Seiten
Best.-Nr.: 5512, € 4,95

Heinz Georg Podehl
Grüße aus Ostpreußen
Ostpreußen, das ist für die Vertriebenen immer noch Heimat, der man in Liebe schmerzvoll gedenkt. Doch für die in Ostpreußen Zurückgebliebenen sind schon seit langem Deutschland oder der Westen zum ersehnten Inbegriff des Wortes „Heimat“ geworden. 33 Briefe in den Westen spiegeln das Leben vier solcher „Vergessenen“ aus drei Generationen.
Brosch., 78 Seiten
Best.-Nr.: 5513, € 4,95

Gerhard Eckert
Anekdoten aus Ostpreußen
Ostpreußen und seine Menschen sind heute vielerorts nur noch in der von stiller Sehnsucht begleiteten Erinnerung lebendig. Insbesondere die Jüngeren können lediglich landschaftliche Reiseeindrücke gewinnen. Daher wollen die mehr als 100 Anekdoten dieses Buches mit den Begebnissen um bekannte und weniger bekannte Ostpreußen den Charakter dieses unverwechselbaren Menschenschlags deutlich werden lassen. Brosch., 93 Seiten
Best.-Nr.: 5247, € 5,95

Annemarie in der Au
Ich heirate Großpapa
Ein Feriensommer in Ostpreußen
Der Zauber der ostpreußischen Landschaft, eines stillen Dorfes, das umgeben ist von schier endlosen Wäldern und Seen, bildet den Schauplatz dieser reizenden Erzählung von den Sommerferien des Kindes Hanna bei Großchen und Großpapa.
Brosch., 94 Seiten
Best.-Nr.: 5514, € 5,95

Ostpreußische Klassiker

Humor aus Ostpreußen
In diesem fröhlichen Buch findet man köstliche Anekdoten und lustige Geschichten aus dem alten Ostpreußen, wie sie von Mund zu Mund gingen und wie sie einst in der „Georgine“ erschienen.
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 4191, € 9,95

Rudolf Meitsch
Ostpreußische Sprichwörter, Redensarten, Schwänke
Lorbas, nimm noch e Schlubberche Humor aus Ostpreußen. Vieles wird bekannt sein, manch Vergessenes wieder zu Tage treten.
Geb., 157 Seiten
Best.-Nr.: 1723, € 9,95

Klaus Klootboom
Der Carol
Aus dem Leben des Grafen Carol Sassenburg.
Geb., 125 Seiten
Best.-Nr.: 3715, € 9,95

Hans B. Meyer
Spaßige Geschichten aus Danzig
Bowkes und Pomuchelsköpp
„Der Humor ist die Harmonie des Herzens“, hat Marion Lindt einmal geschrieben - und was kann uns leichter hinweghelfen über Alltag, Sorgen und Sehnsucht nach Verlorengegangenem als diese Harmonie. Geb., 206 Seiten
Best.-Nr.: 4189, € 9,95

Buch der Woche

Andreas Platthaus
Alfred Herrhausen
Eine deutsche Karriere

Als Alfred Herrhausen im November 1989 durch eine Bombe der RAF getötet wurde, verlor nicht nur Helmut Kohl einen Vertrauten - das Land verlor einen der brillantesten Manager der Nachkriegszeit. Sein Werdegang vom Eliteschüler der NSDAP-Reichsschule in Feldafing zum Chef der Deutschen Bank und mächtigsten Bankier der Republik spiegelt deutsche Wirtschaftsgeschichte. Er gehörte zu ihren herausragenden Repräsentanten, neben Edzard Reuter oder Hanns Martin Schleyer, mit dem er das gleiche Schicksal teilen sollte. Andreas Platthaus schreibt die Biographie eines Unternehmers, der zugleich Visionär war, ebenso scharfsinnig wie unbequem. Herrhausen hat frühzeitig die Herausforderung der Globalisierung für Deutschland erkannt und die Wirtschaftselite gegen sich aufgebracht - nicht zuletzt mit seiner Forderung nach Schuldenerlaß für Länder der Dritten Welt. Es entsteht das überraschende Porträt eines Mannes, der zu Lebzeiten stets umjubelt und umstritten war, und in vielem seiner Zeit weit voraus.
Geb., 319 Seiten mit zahlr. S/W-Fotos auf Taf., 22 cm
Best.-Nr.: 5511, € 19,90

Ostpreußen-Flieger
Die Geschichte des Segelfliegens auf der Kurischen Nehrung.
Der internationale Segelflugsport hat seine Wurzeln in der Röhn auf der Wasserkuppe und in Ostpreußen auf der Kurischen Nehrung.
Best.-Nr.: 1038, € 21,00 VHS

Deutschland-Reise 1934
In brillanten Filmaufnahmen, wird eine Zeit lebendig, die durch den Zweiten Weltkrieg für immer untergegangen ist. Laufzeit: ca. 50 Min.
Best.-Nr.: 3285
€ 21,00 VHS

Allenstein in 144 Bildern
Ein historischer Bilderbogen mit 144 Aufnahmen zeigt Allenstein wie es einmal war. Neuauflage, 2004, geb., 80 Seiten, Format 19,5 x 27 cm
Best.-Nr.: 1163, € 12,95

Martin Kakies
Das Ermland in 144 Bildern
Ein historischer Bilderbogen mit 144 Aufnahmen zeigt das Ermland, wie es einmal war - die Städte, Dörfer, Landschaften und auch die Menschen in ihrem Alltag.
Geb., 80 Seiten, 144 Abb., Format 19,5 x 27 cm
Best.-Nr.: 3164, € 12,95

Martin Kakies
Von Memel bis Trakehnen in 144 Bildern
Ein historischer Bilderbogen mit 144 Aufnahmen zeigt die Region von Memel bis Trakehnen, wie sie einmal war...
Geb., 80 Seiten, 144 Abb., Format 19,5 x 27 cm
Best.-Nr.: 1531, € 12,95

Gerhard Ulrich
Ostpreußen in 144 Bildern
In diesem Buch ist Bildmaterial zusammengetragen worden, mit dem Städte und Landschaften Ostpreußens umfassend und lehrreich vorgestellt werden.
Geb., 80 Seiten, Format 19,5 x 27 cm
Best.-Nr.: 1529, € 12,95

Reinhard Scholzen - KSK
Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr.
Reich bebilderte Dokumentation über den Bundeswehr-Eliteverband.
Geb., 174 Seiten, Format 19,5 x 25 cm
Best.-Nr.: 3578, € 29,90

Töte die Deutschen
Die Wehrmacht als Opfer im östlichen Partisanenkrieg Vortrag des Professors der Bundeswehr-Universität München, Prof. Dr. Franz W. Seidler, über den Partisanenkrieg in Russland. Laufzeit: ca. 45 Min., Farbe
Best.-Nr.: 4717
€ 15,30 VHS

PMD
Preußischer Mediendienst

Gerd-Helmut Komossa
Von Masuren an den Rhein
Heimkehr in die Fremde.
Dieses Buch ist eine Liebeserklärung an Masuren und zugleich ein Antikriegsbuch, geschrieben von einem Soldaten
Geb. 231 Seiten
Best.-Nr.: 2310, € 24,90

Artur Kalkenings
Das Inferno Ostpreussen
Das Inferno 1945 in Ostpreußen
Die letzte Phase des 2. Weltkrieges, über zwei Millionen Menschen flüchten, ihr Einsatz ist ihr Leben. Ein Junge aus Ostpreußen schildert das ganze Inferno der Flucht und sein eigenes Schicksal
Brosch., 156 Seiten
Best.-Nr.: 1355, € 12,73

Ralf Georg Reuth
Entscheidung im Mittelmeer
Eine Fülle von Literatur beschäftigt sich mit militärischen Einzelaspekten des 2. Weltkrieges im Mittelmeerraum. Dieses Buch dagegen integriert erstmalig den Kriegsschauplatz Mittelmeer in den Gesamtzusammenhang der deutschen Strategie des zweiten Weltkrieges und kommt dabei zu neuen Erkenntnissen. Geb., 277 Seiten
Best.-Nr.: 3235, NUR € 10,20

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an:
Preußischer Mediendienst · Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis
		PMD - Gesamtkatalog	gratis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Weitere aktuelle Angebote finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Traditionelle Familie auf dem Rückzug

Wiesbaden – Die traditionelle Familie hat in den vergangenen Jahren gegenüber sogenannten „alternativen Lebensformen" erheblich an Boden verloren. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai mitteilte, stieg die Zahl „alternativer" Familien mit minderjährigen Kindern im alten Bundesgebiet (ohne Berlin) von 1996 bis 2004 um 37 Prozent an, in den Neuen Bundesländern um 13 Prozent. Als „alternativ" werden dabei alle familienähnlichen Lebensgemeinschaften mit Kindern betrachtet außer dem traditionellen Ehepaar mit Kindern.

Milliarden-Verschwendung

Berlin – Zwischen acht und 24 Milliarden Euro werden im deutschen Gesundheitswesen durch Korruption verschwendet. Diese Schätzung gab die deutsche Sektion der Organisation „Transparency International" (TI) im aktuellen „Jahrbuch Korruption" bekannt. Höhere Krankenkassenbeiträge seien daher falsch, so TI.

ZUR PERSON

Zermürbt und vertrieben

Ayaan Hirsi Ali, rechtsliberale niederländische Parlamentsabgeordnete somalischer Herkunft und engagierte Islam-Kritikerin, hat ihr Abgeordnetenmandat zurückgegeben und wird vermutlich auch ihre niederländische Staatsbürgerschaft verlieren, die ihr 1997 zuerkannt worden war.

Die offizielle Begründung hierfür ist, daß Hirsi Ali bei ihrem Asylantrag 1992 falsche Angaben zu ihrer Person gemacht und über Deutschland eingereist sei – ein sicheres Drittland, in das sie hätte abgeschoben werden müssen.

Kritiker sehen in der harten Gangart gegenüber der 36jährigen den Abschluß eines jahrelangen Kesseltreibens linker und islamistischer Gruppen, die sie wegen ihres Eintretens gegen Frauenunterdrückung im Islam mundtot machen wollen. Nachdem der Filmemacher Theo van Gogh, mit dem sie den Film „Submission" gedreht hatte, 2004 von einem Islamisten ermordet worden war, steht Hirsi Ali unter dauerndem Polizeischutz und schläft nur gelegentlich im eigenen Haus. Nachbarn hatten vor Gericht gefordert, daß die Politikerin ausziehen müsse, weil die Polizeipräsenz die Immobilienpreise drücke. Der Richter gab ihnen vor wenigen Tagen Recht und ließ Hirsi Ali bis Ende August Zeit, ihr Haus für immer zu verlassen.

Diese Maßnahme gab der Frau, die wegen einer drohenden Zwangsheirat und Drohungen vor ihrer islamischen Familie geflohen war, den Rest. Hirsi Ali wird in die USA ziehen, wo eine Anstellung bei der neokonservativen Denkfabrik „American Enterprise Institute" auf sie wartet. Der niederländische Schriftsteller Leon de Winter sprach von einem „sehr, sehr traurigen Tag für die Niederlande".

»Auf geht's!«

Zeichnung: Götz Wiedenroth

Lamaspucke

Alles wird wieder so, wie es war: Sogar die edlen Revolutionäre aus Südamerika sind auferstanden / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Jetzt wird's endlich wieder gemütlich, so wie früher, als alles noch an seinem Platze war. Der neue SPD-Chef Kurt Beck säuselte in seiner Antrittsrede die roten Delegierten 75 Minuten lang in eine längst versunkene Vergangenheit zurück, in der sie von „Verteilungsgerechtigkeit" und „Chancengleichheit" und „Zusammenhalt der Gesellschaft" träumen durften, ganz entspannt und völlig losgelöst von Krise, Koalition und Kassennotstand.

Mancher Sozialdemokrat fühlte sich an Erich Ollenhauer erinnert, den SPD-Chef zwischen Kurt Schumacher und Willy Brandt, der es vermochte, selbst Umbrüche wie das Godesberger Programm von 1959 mit einem derart dicken Lack sozialdemokratischer Floskeln zu überziehen, daß sich kein Genosse einen Splitter einriß. Von Beck ist kein neues Godesberg zu befürchten, er ist fest entschlossen, die SPD diesmal durchschlafen zu lassen. Da ihn Inhalte nicht übermäßig interessieren und ihm Aufgeregtheiten jedweder Art aus Gemütsgründen zuwider sind, hat er die pathetisch als „Godesberg 2" intonierte „Agenda 2010" still im Schrank verschwinden lassen. Schluß mit dem hastigen Reformgelaber, der „neuen Mitte" und all dem Gefuchtel, mit dem Gerhard Schröder die armen Sozen völlig außer Atem gebracht hatte.

Man ist wieder zuhause, wo es warm ist, weil hier die Luft seit 50 Jahren steht. Den heimeligen Mief staubiger Anekdoten, vergammelter Spruchbandparolen und noch älterer Ideologien bezeichnen die Medien als „Stallgeruch", eine Art Genossenlockstoff, von welchem Kurt Beck dem Vernehmen nach reichlich verströmt, was ihn unwiderstehlich machte.

Ja, Heimat erkennt man an den Gerüchen, die sich einem vor langer Zeit eingeprägt haben, das ist auch in der Politik nicht anders. Groß ist die Verzückung, wenn einem die Düfte jener längst verschollen geglaubten goldenen Vergangenheit plötzlich aufs Neue die Nase streicheln.

Als Fidel Castros Abgesandter zusammen mit Venezuelas Präsident Hugo Chávez und Boliviens frischgebackenen Staatschef Evo Morales in Wien vor die Massen trat, versetzte der Geruch von Zuckerrohr, Gewehr-Öl und Lamaspucke das begeisterte linke Publikum schier in Trance. Daß das revolutionäre Aroma ausgerechnet aus Lateinamerika herübergeweht kommt wie einst im Pariser Mai 1968, als der damals unlängst dahingemähte Che Guevara aller fortschrittlichen Geister Ikone war, ließ die Leidenschaft zur Ekstase reifen.

Südamerika war in besseren Tagen das Traumland aller westeuropäischen Nach-Schulschluß-Revolutionäre. Dort war alles wie aus dem Lehrbuch, die Reichen reich und böse, die Armen wirklich arm und in der Seele blütenrein. Noch dazu handelte es sich bei den Armen zum großen Teil um richtige Indianer (oder wenigstens Mestizen). Wer Winnetou in den Armen seines Gefährten hatte sterben sehen, wußte, daß unter ihren Federn der Edelmut der Welt bewahrt war. Daß die Indios in den Anden keine Federn, sondern so komische Hüte auf dem Kopf hatten und Pierre Brice nicht im Entferntesten ähnlich sahen, war rasch verkraftet.

Der bekennende Marxist Morales ist ein echter Indianer, der in seinem früheren Leben tatsächlich Vieh (Lamas nämlich) durch die Berge getrieben oder Koka angebaut hat. Wäre er nicht so häßlich und würde sich obendrein zum Vegetarier wandeln, hätte er das Zeug zum Revolutionsheiligen – fast wie „Che" damals. Vielleicht sollte Genosse Evo hin und wieder einen weisen Indianerspruch aufsagen. Das wirkt ungemein! Falls ihm keine einfallen, ist ihm der Verfasser dieser Zeilen gern behilflich. Als die alte linke Welt noch in Ordnung war, die Friedensbewegung noch marschierte und die Geschmacksknospen auf der Zunge unter verdünntem Nicaragua-Solidaritätskaffee verwelkten, hatten wir viel Freude am Selbstverfertigen angeblicher Indianersprüche. Selbst der bodenloseste Schwachsinn löste bei den Zuhörern in jener Zeit spontan tiefe Nachdenklichkeit aus, sofern man ihn als Weissagung des alten Häuptlings XY verkaufte: „Wenn der Adler am Morgen um den Berg kreist, zählt die Glucke ihre Eier. Haben Sie das verstanden?" *So* gewinnt man moralische Autorität und Ansehen!

> Wenn Evo Morales nicht so häßlich wäre, könnte er zum roten Heiligen aufsteigen wie »Che«

Die Rollenverteilung ist perfekt: Während Boliviens Morales die liebe Rothaut mit der schlichten Weisheit von Adlern, Bergen und so weiter verkörpert, macht uns Venezuelas Chávez den roten Barrikaden-Rambo, der sie alle zu Brei schlägt. Daß er in Wahrheit breitärschig auf einem Ölfaß sitzt, das nicht alle wird, und jeden zu korrumpieren versucht, der ihm nützlich erscheint, verbuchen wir unter der Rubrik „Imperialistische Propaganda", die auch Schuld sein wird, wenn Venezuela nach dem Abgang des feisten Revolutionärs restlos bankrott ist, woran ab dem zweiten Semester kein angehender Volkswirt mehr die geringsten Zweifel hegt. Auch daß Morales schon jetzt eingestanden hat, daß er eigentlich gar nicht weiß, wie das geht, ein Land regieren und solche Sachen eben, macht ihn doch im Grunde nur noch niedlicher.

Sowohl der biedere Vorortgenosse von der guten alten SPD als auch der in die Jahre gekommene Guerillero-Fan im verwaschenen Che-Guevara-Hemdchen ist also wonnevoll zurückgekehrt in die Zeit seiner jugendlichen Reinheit, als er Schuld und Verantwortung nur in der zweiten Person kannte. Damit das späte Glück nicht von Zwischenrufen aus der Wirklichkeit gestört wird, müssen giftige Realitätsmahner natürlich verschwinden. Die Niederländer schreiten mit der Verbannung der unerträglichen Ayaan Hirsi Ali abermals der Menschheit voran, wenn es gilt, das Gute vor dem Wirklichen zu schützen.

Schließlich lieben wir nicht bloß Indianer, auch bei uns im Land haben wir uns eine Variante des edlen Wilden zurechtretouschiert und nennen sie den „Mitbürger mit Migrationshintergrund". Hirsi Ali wollte uns einreden, daß der „Mitbürger" keineswegs durchweg edel ist und seine oft miese Lebenssituation nicht ausschließlich auf unsere Fremdenfeindlichkeit, sondern auch auf Verfehlungen der Migranten selbst zurückzuführen ist.

Nun, da Hirsi Ali vermutlich bald Asyl in den USA beantragen muß, werden auch ihre widerlichen Provokationen verstummen.

Die OECD hat die Chance sofort ergriffen und ein neues Faß zur deutschen Ausländerfeindlichkeit aufgemacht: Migrantenkinder hätten in Deutschland viel schlechtere Chancen als Einwandererkinder in anderen Ländern. Warum? Das liegt natürlich an deren Ausgrenzung und mangelnder Betreuung durch die Deutschen.

Gut, daß solche Schlüsse immer schon parat liegen, sie jeder erwartet hat und deshalb auch keiner nachhakt. Australien beispielsweise ist laut OECD-Studie ein leuchtendes Beispiel, und man möchte meinen, wir sollten uns es zum Vorbild nehmen. Eher beiläufig räumen die Experten ein, daß die größte Gruppe der untersuchten Migrantenkinder auf dem fünften Kontinent nicht etwa aus der Türkei oder Arabien stammt, sondern aus Großbritannien. Darin einen Zusammenhang zu sehen zu ihrer besseren Integration, wäre rassismusverdächtig und wird daher vermieden. Solche Details in die Welt zu trompeten könnte darauf hinauslaufen, daß die Deutschen darüber nachdenken, welche Zuwanderer kulturell hierher passen und welche eher weniger und darauf, daß sie anfingen, ihre Aufnahmepolitik nach diesem Kriterium neu auszurichten. Damit wären wir wieder kurz vor der Erkenntnis, zu der uns die ausgetriebene Hirsi Ali so gern ermuntert hätte.

Die OECD-Bildungsdirektorin Barbara Ischinger weiß um diese Gefahr und übergeht den Punkt daher im Laufschritt, um lieber mehr „Integrationsprogramme" zu fordern. Nur die schaffen schließlich Etats und Planstellen für ihre Kollegen. Zudem lenkt Ischingers „Integration" geradewegs ins Ziel aller linken Schulphantasie: die Gesamtschule.

ZITATE

*Venezuelas marxistischer Präsident **Hugo Chávez** verriet auf dem „Alternativ-Gipel" linker Gruppen zum EU-Lateinamerika-Gipfel in Wien, was er **mit seinen Gegnern vorhat**:*

„Für jedes Schwein kommt der Schlachttag!"

*Die Präsidentin der Universität Frankfurt/Oder, **Gesine Schwan, warnt** die Deutschen davor, sich angesichts antideutscher, antirussischer und antisemitischer Sprüche aus dem polnischen Regierungslager **von Polen abzuwenden**. Im „Spiegel" vom 15. Mai gab sie zu bedenken:*

„Alle Umfragen zeigen, daß die Polen eine wachsende Sympathie für die Deutschen aufbringen – mehr übrigens als andersherum."

*Die regelrechte **Flucht** der Islamkritikerin **Ayaan Hirsi Ali** aus den Niederlanden nach einer **beispiellosen Kampagne** gegen die 36jährige kommentiert die „Welt" vom 16. Mai mit Bitterkeit:*

„Es ist die Rache der Provozierten, die derzeit ungebremst durch die Niederlande tobt ... Vor allem mit ihren Vorwürfen gegen die männerdominierte, archaische moslemische Welt hat sie viele durch religiöse Toleranz geprägte Niederländer aufgebracht ... Vor allem deshalb konnten sich Neider und Gegner jetzt mit einem beinahe schon wollüstigen Eifer auf die angreifbare, immer noch junge Frau stürzen."

*Die „Frankfurter Allgemeine" vom 15. Mai **warnt** vor dem **Antidiskriminierungsgesetz**:*

„Im Ergebnis wird die Vertragsfreiheit abgeschafft ... Weil eifrige Richter im Namen der Gleichheit die Einmischung des Staates auf kleine Anbieter ausweiten dürften, werden auch der Privatmann, der drei Wohnungen zu vermieten hat, oder der Krämerladen an der Ecke kaum ungeschoren davonkommen ... In Frankreich werden bereits Testkunden losgeschickt, um Beweise für Strafverfahren gegen vermeintliche Diskriminierer zu sammeln."

Wertewandel

Rußland drohe auszusterben,
sagte Putin klipp und klar –
kein Versuch mehr schönzufärben,
wie das früher üblich war.

Doch auch er – wie allerorten –
macht die Therapie sich leicht,
glaubt, mit Geld und Kinderhorten
werde Heilung schon erreicht.

Ist's denn richtig, dieses Leiden,
das Europas Völker plagt,
bloß dem Mangel anzukreiden?
Nein, es hat der Geist versagt!

Just die Wertefasler geben
selber Zeugnis vom Verfall –
Werte gilt es vorzuleben
hier und dort und überall.

Und ob heute, ob vor Zeiten
steht und fällt des Volkes Kraft
mit der liebevoll bereiten,
der gewollten Mutterschaft.

Gebt ihr Rang und Würde wieder,
reiht die Eigensucht zurück,
und der Segen kommt hernieder
auf das Land als Kinderglück.

Pannonicus